



SEESTADT BREMERHAVEN

Stadtverordnetenversammlung

Niederschrift

**über die
17. öffentliche Sitzung
in der 21. Wahlperiode**

am 30.10.2025

Anwesenheitsliste:**Vorstand**

Herr Stadtverordnetenvorsteher von Haaren (SPD)
 Frau Stadtverordnete von Twistern (CDU), Erste Beisitzerin
 Herr Stadtverordneter Dr. Hammann (SPD), Beisitzer – bis 15:55 Uhr anwesend
 Frau Stadtverordnete Kargoscha (CDU), Beisitzerin – bis 12:30 Uhr anwesend
 Frau Stadtverordnete Schiller (Bündnis 90/ Die Grünen+P), Beisitzerin

SPD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Allers
 Frau Stadtverordnete Batz
 Frau Stadtverordnete Böttger-Türk
 Herr Stadtverordneter Caloglu
 Frau Stadtverordnete Czak
 Herr Stadtverordneter Hoffmann
 Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner
 Herr Stadtverordneter Ofcarek
 Frau Stadtverordnete Ruser
 Herr Stadtverordneter Viebrok

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Dertwinkel
 Frau Stadtverordnete Hilck
 Frau Stadtverordnete Köhler-Treschok
 Frau Stadtverordnete Milch
 Herr Stadtverordneter Önal
 Herr Stadtverordneter Raschen, MdBB
 Herr Stadtverordneter Schott
 Frau Stadtverordnete Steinbach
 Herr Stadtverordneter Ventzke

BD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Brinkmann
 Herr Stadtverordneter Teichert
 Frau Stadtverordnete Tiedemann, MdBB
 Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P

Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt
 Frau Stadtverordnete Coordes
 Herr Stadtverordneter Kaminiaz
 Frau Stadtverordnete Zeeb – bis 17:25 Uhr anwesend

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Freemann
 Herr Stadtverordneter Miholic

Fraktion DIE MÖWEN

Frau Stadtverordnete Brand
 Frau Stadtverordnete Knorr
 Herr Stadtverordneter Secci

AfD-Gruppe

Herr Stadtverordneter Jürgewitz
 Herr Stadtverordneter Koch – von 11:28 Uhr bis 13:32 Uhr abwesend

Einzelstadtverordnete Claudia Baltrusch

Frau Stadtverordnete Baltrusch

Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga

Herr Stadtverordneter Kocaaga, MdBB

Einzelstadtverordneter Sven Lichtenfeld

Herr Stadtverordneter Lichtenfeld, MdBB

Einzelstadtverordneter Torsten Neuhaus

Herr Stadtverordneter Neuhaus – bis 12:30 Uhr anwesend

Einzelstadtverordneter Sascha Schuster

Herr Stadtverordneter Schuster, MdBB – bis 17:20 Uhr anwesend

Entschuldigt

Herr Stadtverordneter Litau (FDP)

Herr Stadtverordneter Schäfer (Einzelstadtverordneter)

Herr Stadtverordneter Stark (BD)

Frau Stadtverordnete Wittig (SPD)

Schriftführung:

Herr Jährling (Büro der Stadtverordnetenversammlung)

Herr Littmann (Büro der Stadtverordnetenversammlung)

Magistrat:

Oberbürgermeister Grantz – bis 15:55 Uhr anwesend

Bürgermeister Neuhoff

Stadtrat Busch

Stadtrat Charlet

Stadträtin Eulig von 14:00 Uhr bis 14:47 Uhr anwesend

Stadtrat Günthner

Stadtrat Heinrich – bis 15:55 Uhr anwesend

Stadtrat Prof. Dr. Hilz

Stadtrat Holz

Stadträtin Kathe-Heppner

Stadtrat Parpart – bis 15:15 Uhr anwesend

Stadtrat Skusa – bis 15:55 Uhr anwesend

Stadträtin Toense

Verwaltung:

Magistratsdirektor Polansky

Bohlmann (Pressesprecherin) - von 10:45 Uhr bis 15:00 Uhr anwesend

Schröder (stellv. Pressesprecher)

Grafelmann (Rechnungsprüfungsamt)

Emmerlich (Stadtkämmerei)

Dr. Fuchs (Rechts- und Versicherungsamt)

Oltmanns (Stadtplanungsamt) – ab 11:42 Uhr anwesend

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN eröffnet die 17. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in der 21. Wahlperiode um 10:00 Uhr.

Er begrüßt die Zuhörenden am Radio sowie vor dem TV. Weiter begrüßt er die Presse und bittet, die Handys abzuschalten.

Er begrüßt Torsten Neuhaus, der als Nachrücker für Bianca Ax, in die Stadtverordnetenversammlung eingezogen ist.

Er weist auf das Mitwirkungsverbot gemäß § 11 der Verfassung der Stadt Bremerhaven hin und stellt fest, dass die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist und die Sitzungsunterlagen entsprechend der Geschäftsordnung übersandt worden sind.

Er bittet darum, dass aufgrund des Livestreams keine personenbezogenen Daten Dritter genannt werden und dass eine Abmeldung bei der Schriftführung erfolgen möge, falls jemand die Sitzung vorzeitig verlässt und nicht wiederkommt.

Vor der Sitzung in das Ratsinformationssystem nachträglich eingepflegt bzw. an die Mitglieder verteilt, die nicht am elektronischen Sitzungsdienst teilnehmen:

	öffentlich	TOP	Bezeichnung
14	Mitteilungen auf Anfragen nach § 39 GStVV	1.1.1 1.2.1 1.3.1 1.4.1 1.5.1 1.6.1 1.7.1 1.8.1 1.9.1 1.10.1 1.11.1 1.12.1 1.13.1 1.14.1	MIT-FS 67/2025 MIT-FS 68/2025 MIT-FS 69/2025 MIT-FS 70/2025 MIT-FS 71/2025 MIT-FS 72/2025 MIT-FS 73/2025 MIT-FS 74/2025 MIT-FS 75/2025 MIT-FS 76/2025 MIT-FS 77/2025 MIT-FS 78/2025 MIT-FS 79/2025 MIT-FS 80/2025
2	Vorlagen	3.12.1 3.14	V-80/2025 V-79/2025
2	Änderungsanträge	3.1.1 3.1.2	StVV - Ä-AT 9/2025 StVV - Ä-AT 10/2025
2	Mitteilungen auf Anfragen nach § 38 GStVV	6.2 6.3	MIT-AF 21/2025 MIT-AF 24/2025
Aus der vergangenen Sitzung sind alle Anfragen beantwortet.			

Beschluss (Einfügen Tischvorlagen in Tagesordnung):
Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zu.

Der Beschluss ergeht bei 4 Enthaltungen (BD).

Stadtverordneter TIMKE:

Die Fraktion Bündnis Deutschland beantragt heute, den TOP 3.1, Quartalsbericht 2/2025 der Beteiligungs- und Wirtschaftsbetriebe der Stadt Bremerhaven aus dem nicht öffentlichen Teil

der heutigen Sitzung in den öffentlichen Teil zu verlegen, sofern es sich bei dem Inhalt der Vorlage um Gesellschaften handelt, die zu 100 Prozent im Besitz der Seestadt Bremerhaven sind. Denn es gibt für die Vertraulichkeit dieser städtischen Betriebe weder eine Grundlage noch eine Notwendigkeit. Anstatt die vorliegenden Zahlen dieser Gesellschaften für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen, versteckt man sie im vertraulichen Teil der heutigen Sitzung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in unserer parlamentarischen Demokratie gibt es den Grundsatz der Öffentlichkeit. Das heißt, dass die Politiker alle parlamentarischen Beratungen und Entscheidungen der Öffentlichkeit zugänglich machen müssen, außer es stehen zwingende Gründe dem entgegen, wie beispielsweise juristische Entscheidungen, der Datenschutz, die Belange schutzwürdiger Dritter oder Ähnliches. Nur aus diesen Gründen kann von diesem Öffentlichkeitsgrundsatz Abstand genommen und Vorlagen der Allgemeinheit entzogen werden. In Bremerhaven wird der Grundsatz der Öffentlichkeit seit Jahren wie eben in diesem Fall in das Gegenteil verkehrt. Hier werden Vorlagen grundlos in den nicht öffentlichen Teil der Sitzung verlegt, um dann zu argumentieren, dass diejenigen, so wie ich jetzt, die Transparenz und Öffentlichkeit fordern, begründen müssen, dass die Vorlagen im öffentlichen Teil der Sitzung verlegt werden können. Das ist eine krude parteipolitische Haltung der Mehrheitsfraktion, mit der auch endlich Schluss sein muss. Das ist eine Verdrehung der Tatsachen und damit müssen wir in dieser Stadt endlich aufhören. Liebe Kolleginnen und Kollegen, genauso, wie wir hier nachher den Haushalt der Seestadt Bremerhaven für 2025 öffentlich diskutieren mit all seinen finanziellen Risiken, denn die Bürger dieser Stadt haben auch da ein Recht darauf, zu erfahren, wie es um die städtischen Finanzen bestellt ist. Genauso haben die Einwohner Bremerhavens aber auch das Recht darauf, zu erfahren, wie es finanziell um die städtischen Gesellschaften bestellt ist, die zu 100 Prozent im Besitz der Seestadt Bremerhavens sind. Und daher bitten wir darum, nein, daher fordern wir, dass TOP 3.1 der Allgemeinheit zugänglich gemacht wird, indem man in den öffentlichen Teil verschiebt.

Bürgermeister NEUHOFF:

Sehr geehrter Herr Timke, ich habe Verständnis, ich habe Verständnis für Ihr erneut vorgetragenes Anliegen. Weise aber zum heutigen Zeitpunkt darauf hin, dass wir uns gerade in einer rechtlichen Auseinandersetzung befinden, was die Veröffentlichung von Quartalsberichten, Zwischenberichten von Gesellschaften angeht. Von daher würde ich für heute darum bitten, dass wir bei der gängigen Praxis, die bisher angewandt worden ist, diese Berichte im nicht öffentlichen Teil auch bearbeiten. Darüber hinaus bitte ich, zur Kenntnis zu nehmen, dass hier nicht der Eindruck entsteht, dass kommunale Gesellschaften, die in Mehrheitsverhältnissen oder in 100-prozentigen Verhältnissen zur Stadtgemeinde Bremerhaven stehen, eben im stillen Kämmerlein ihre Politik machen. Diese Gesellschaften sind gemäß GmbH-Gesetz verpflichtet, ihre Jahresabschlüsse zu veröffentlichen. Also auch dort können Entwicklungen aus den Gesellschaften durch die Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Es ist also nicht so, wie möglicherweise verstanden wird, es wird dort im stillen Kämmerlein gearbeitet. Das ist mitnichten der Fall. Wir reden hier lediglich über die Quartalsberichte, über die Entwicklungen, wir reden dort auch über Besonderheiten von Rechtsstreitigkeiten in den Gesellschaften. Wir halten dieses nach bestehender Rechtslage, im nicht öffentlichen Teil zu behandeln. Aber mein Rechtsamt hat mich darauf hingewiesen, wir sind aktuell in einem Fall in einer rechtlichen Auseinandersetzung. Und möglicherweise gibt dann das Ergebnis eines Richterspruches Auskunft, wie wir uns möglicherweise dazu verständigen, aber ich erinnere daran, das war, und ist noch aktuell gängige Praxis. Und daran bitte ich heute noch festzuhalten.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss (Antrag Timke):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 13 Ja-Stimmen (BD, MÖWEN, AfD, Baltrusch, Lichtenfeld, Neuhaus, Schuster).

Beschluss (Tagesordnung):

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die Tagesordnung.

Der Beschluss ergeht bei 9 Nein-Stimmen (BD, AfD, Baltrusch, Lichtenfeld, Neuhaus) und 1 Enthaltung (Schuster).

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch kurz zwei, drei Worte zu diesem Saal verlieren. Ihnen ist sicherlich aufgefallen, dass hier umfangreiche Umbaumaßnahmen stattgefunden haben: Der Saal ist deutlich heller als früher, moderner gestaltet und berücksichtigt sowohl die Wünsche, die wir als Büro an das Architekturbüro – ich nenne sie gleich – herangetragen haben, als auch die Anforderungen der Volkshochschule für die verschiedensten Veranstaltungen, die hier stattfinden. Auch die STÄWOG hat Wert auf einige Veränderungen gelegt. Sie sehen zum Beispiel, dass die alten Heizkörperverkleidungen im 70er-Jahre-Stil entfernt wurden. Es gibt neue Lichtenanlagen, und es wurden energetische Maßnahmen umgesetzt. Ich bin überzeugt – nein, ich weiß es für mich – dass ein wunderschöner Saal entstanden ist, in dem wir nun hervorragend tagen können: hell, lichtdurchflutet und mit einer verbesserten Akustik durch die neuen Paneele, die Sie rückseitig sehen. Mein Dank gilt an dieser Stelle der STÄWOG, stellvertretend dem Geschäftsführer Herrn Lückehe und Herrn Czerwinski, die uns eng begleitet haben. Ebenso danke ich dem Architekturbüro Wiedenroth, insbesondere Herrn Wiedenroth und Frau Siems, die uns – auch das Büro – sehr intensiv beraten und unterstützt haben. Sie sehen ja auch die neuen Steckdosen im Fußboden, die ein großer Wunsch waren, damit an den Tischen ausreichend Strom zur Verfügung steht. Die Tische selbst sind noch die alten. Ich hoffe, dass Sie beim nächsten Mal an neuen Tischen und auf neuen Stühlen sitzen werden – diese sind bereits im Zulauf. Ich möchte nicht alle beteiligten Handwerksbetriebe einzeln aufzählen, von Malerei über Fußboden- und Parkettarbeiten bis zu Elektro und Heizung. Aber allen gilt unser Dank. Gleiches gilt für die sehr zielorientierte Zusammenarbeit mit der Volkshochschule und den dortigen Mitarbeitenden. Ich glaube, ich spreche für uns alle: Es ist ein Raum entstanden, der sich deutlich von dem abhebt, was wir vorher gewohnt waren – und in dem das Tagen mit Sicherheit auch Spaß macht. Vielen Dank.

Tagesordnung:

TOP	Bezeichnung	Vorlage - Nr.
1	Anfragen in der Fragestunde	
1.1	Klimacampus Bremerhaven (FDP-Fraktion)	StVV - FS 67/2025
1.1.1	Klimacampus Bremerhaven (FDP-Fraktion) - Tischvorlage	MIT-FS 67/2025
1.2	Vornamen Bürgergeld (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld)	StVV - FS 68/2025
1.2.1	Vornamen Bürgergeld (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld) - Tischvorlage	MIT-FS 68/2025
1.3	Ausfall der Landes-Pauschalleistungen für Erzieher:innen in Ausbildung – Kompensation durch die Stadt Bremerhaven? (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld)	StVV - FS 69/2025
1.3.1	Ausfall der Landes-Pauschalleistungen für Erzieher:innen in Ausbildung – Kompensation durch die Stadt Bremerhaven? (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld) - Tischvorlage	MIT-FS 69/2025
1.4	Dauerhafter Erhalt und geordnete Weiterführung der Bremerhavener Tafel (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld)	StVV - FS 70/2025
1.4.1	Dauerhafter Erhalt und geordnete Weiterführung der Bremerhavener Tafel (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld) - Tischvorlage	MIT-FS 70/2025
1.5	Umsetzung des Wohnungsaufsichtsgesetzes in Bremerhaven (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga)	StVV - FS 71/2025
1.5.1	Umsetzung des Wohnungsaufsichtsgesetzes in Bremerhaven (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga) - Tischvorlage	MIT-FS 71/2025
1.6	Versorgung von Schulen mit iPads (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga)	StVV - FS 72/2025
1.6.1	Versorgung von Schulen mit iPads (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga) - Tischvorlage	MIT-FS 72/2025
1.7	Ausbau des Frauenhauses (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga)	StVV - FS 73/2025
1.7.1	Ausbau des Frauenhauses (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga) - Tischvorlage	MIT-FS 73/2025

1.8	Entsiegelung öffentlicher Flächen (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga)	StVV - FS 74/2025
1.8.1	Entsiegelung öffentlicher Flächen (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga) - Tischvorlage	MIT-FS 74/2025
1.9	Umsetzung des Integrationskonzeptes (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga)	StVV - FS 75/2025
1.9.1	Umsetzung des Integrationskonzeptes (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga) - Tischvorlage	MIT-FS 75/2025
1.10	Antrag auf Hochstufung der nördlichen Verbindung von der BAB zum stadtbremischen Überseehafen über Cherbourger Straße / Hafentunnel / Cherbourger Straße / Wurster Straße (CDU-Fraktion)	StVV - FS 76/2025
1.10.1	Antrag auf Hochstufung der nördlichen Verbindung von der BAB zum stadtbremischen Überseehafen über Cherbourger Straße / Hafentunnel / Cherbourger Straße / Wurster Straße (CDU-Fraktion) - Tischvorlage	MIT-FS 76/2025
1.11	Finanzierung des Ausbaus des Ganztagsunterrichts (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P)	StVV - FS 77/2025
1.11.1	Finanzierung des Ausbaus des Ganztagsunterrichts (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage	MIT-FS 77/2025
1.12	Nachnutzung des alten Polizeireviers Geestemünde (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P)	StVV - FS 78/2025
1.12.1	Nachnutzung des alten Polizeireviers Geestemünde (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage	MIT-FS 78/2025
1.13	Vereinbarkeit von Denkmalschutz und Barrierefreiheit (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P)	StVV - FS 79/2025
1.13.1	Vereinbarkeit von Denkmalschutz und Barrierefreiheit (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage	MIT-FS 79/2025
1.14	Heimische Tierwelt schützen (BD-Fraktion)	StVV - FS 80/2025
1.14.1	Heimische Tierwelt schützen (BD-Fraktion) - Tischvorlage	MIT-FS 80/2025
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift (16. öffentliche Sitzung)	StVV - V 77/2025
3	Vorlagen	
3.1	Haushaltssatzung 2025, Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 und des Finanzplans 2023 bis 2027, hier:	StVV - V 78/2025

Fortsetzung der Beratung des Entwurfs des Haushaltsplans
2025

- | | | |
|--------|---|---------------------|
| 3.1.1 | Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P zu Vorlage StVV - V 78/2025 - Haushaltssatzung 2025, Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 und des Finanzplans - Tischvorlage | StVV - Ä-AT 9/2025 |
| 3.1.2 | Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, FDP zu Vorlage StVV - V 78/2025 - Haushaltssatzung 2025, Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 und des Finanzplans - Tischvorlage | StVV - Ä-AT 10/2025 |
| 3.2 | 23. Änderung des Flächennutzungsplanes "Werftquartier" Feststellungsbeschluss | StVV - V 70/2025 |
| 3.3 | Bebauungsplan Nr. 500 „Die Werft“ Satzungsbeschluss | StVV - V 69/2025 |
| 3.4 | 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 461 „Stadtteilzentrum Wulsdorf“ Aufstellungsbeschluss | StVV - V 72/2025 |
| 3.5 | Erhaltungssatzung „Goethequartier einschließlich der Hafenstraße“ gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB, Satzungsbeschluss | StVV - V 71/2025 |
| 3.6 | Klimaanpassungsstrategie 2025 für die Stadtgemeinde Bremerhaven | StVV - V 68/2025 |
| 3.7 | Änderung der Ausschussbesetzung (Einzelstadtverordnete Baltrusch, Neuhaus und Schäfer) | StVV - V 73/2025 |
| 3.8 | Regionalforum Unterweser
Hier: Neustrukturierung der Gremien | StVV - V 64/2025 |
| 3.9 | Freizeit- und Kulturkarte - "Bremerhaven-Karte"
hier: Beendigung des Angebots | StVV - V 65/2025 |
| 3.10 | Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Behandlung von Petitionen auf kommunaler Ebene | StVV - V 75/2025 |
| 3.11 | Empfehlungen des Petitionsausschusses | StVV - V 62/2025 |
| 3.12 | Rechnungslegung der Fraktionen und der Gruppe für das Jahr 2024 | StVV - V 74/2025 |
| 3.12.1 | Rechnungslegung der WfB-Fraktion für das Jahr 2024 - Tischvorlage | StVV - V 80/2025 |
| 3.13 | Wahl einer/eines Beisitzerin/Beisitzers im Vorstand der Stadtverordnetenversammlung | StVV - V 76/2025 |

- | | | |
|----------|--|-------------------|
| 3.14 | Ortsgesetz zur Änderung des Hundesteuerortsgesetzes -
Tischvorlage | StVV - V 79/2025 |
| 4 | Anträge | |
| 4.1 | Frauenberatungsstelle Zukunft im Beruf (ZIBnet) in
Bremerhaven erhalten (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P) | StVV - AT 15/2025 |
| 4.2 | Die Zukunft der Häfen in Bremerhaven (Bündnis 90/DIE
GRÜNEN + P) | StVV - AT 16/2025 |
| 4.3 | Nutzung der Wärmepotentiale von Nordsee und Weser für
die Fernwärmeversorgung von Bremerhaven (Bündnis
90/DIE GRÜNEN + P) | StVV - AT 17/2025 |
| 4.4 | Gebühren für die Nutzung von Außenflächen neu regeln -
Abschaffung der sog. „Terrassensteuer“ (BD-Fraktion) | StVV - AT 19/2025 |
| 4.5 | Weiterentwicklung der SAIL Bremerhaven –
familienfreundlicher, moderner, attraktiver (BD) | StVV - AT 21/2025 |
| 5 | Anfragen | |
| 5.1 | Empirische Befunde zum Bildungs- und Teilhabepaket.
Expertise vom Paritätischen Wohlfahrtsverband (GRÜNE+P) | StVV - AF 21/2025 |
| 5.2 | Sachstand Erstellung eines Konzeptes
Städtepartnerschaften (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN +
P) | StVV - AF 22/2025 |
| 5.3 | Schülerbeförderung – Antragsstellung und
Verfahrensabläufe (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P) | StVV - AF 24/2025 |
| 6 | Mitteilungen | |
| 6.1 | Mitteilung zu Ä-AT 5/2024 Kommunale Wärmeplanung | MIT-AT 1/2025 |
| 6.2 | Empirische Befunde zum Bildungs- und Teilhabepaket.
Expertise vom Paritätischen Wohlfahrtsverband (GRÜNE+P)
- Tischvorlage | MIT-AF 21/2025 |
| 6.3 | Schülerbeförderung – Antragsstellung und
Verfahrensabläufe (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P) -
Tischvorlage | MIT-AF 24/2025 |

TOP 1 Anfragen in der Fragestunde

TOP 1.1 Klimacampus Bremerhaven (FDP-Fraktion)

StVV - FS 67/2025

**TOP 1.1.1 Klimacampus Bremerhaven (FDP-Fraktion) -
Tischvorlage**

MIT-FS 67/2025

Stadtverordneter FREEMANN fragt.

Stadtrat GÜNTNER antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtverordneter FREEMANN:

Herr Stadtrat, recht herzlichen Dank. Ich habe noch mal eine Nachfrage. Und zwar würde mich interessieren, wie hoch der konkrete Mittelanteil in den Jahren '26 und '27 ist, können Sie das schon sagen?

Stadtrat GÜNTNER:

Nein, aber insgesamt stehen 928.000 zur Verfügung. Und wenn Sie sich vor Augen halten, was der Bau einer Schule in Bremerhaven kostet, haben Sie eine ungefähre Vorstellung, was der Bau einer neuen Berufsschule, über die ja in der Stadt Bremen schon seit vielen Jahren geredet wird, dann in der Stadt Bremen kostet. Und dann kriegen Sie eine Vorstellung, wie weit man mit 928.000 Euro kommt. Klar ist aber, von diesen 928.000 wird natürlich Bremerhaven seinen entsprechenden Anteil bekommen.

Stadtverordnete COORDES:

Ich hätte gerne eine weitere Nachfrage. Und zwar, wir hatten ja in einem Antrag der KOA, der ja hier mehrheitlich beschlossen worden ist, die Berichterstattung in den Fachausschüssen Schule und Kultur und Arbeit und Soziales zum Thema Klimacampus. Können wir damit rechnen, dass diese genauere Berichterstattung noch stattfindet, damit die Ausschussmitglieder auch Gelegenheit haben, noch mal detailliertere Fragen zu stellen?

Stadtrat GÜNTNER:

Ja, das können wir natürlich grundsätzlich machen. Man muss nur, finde ich, darauf hinweisen, und das wird ja auch in der Antwort deutlich, das, was ursprünglich mal unter dem Stichwort Klimacampus, versehen mit der Zahl 100 Mio., ich habe schon darauf hingewiesen, gucken Sie, was eine Schule in Bremerhaven kostet, wie weit kommen Sie dann mit 100 Mio., alle möglichen Interessen ausgelöst hat. Und auch die Frage ausgelöst hat, was kann man rund um das Thema Klimacampus am Standort Bremerhaven machen. Wird in der Weise, wie das dort geplant war und wie das ja auch sehr aufwendig aufgesetzt worden ist von der senatorischen Behörde, wie in Bremen vieles sehr aufwendig aufgesetzt wird, so nicht umsetzbar sein. Zweite Bemerkung, wir haben im vergangenen Jahr, weil wir ja eine sehr umfangreiche Fort-, Weiterbildungs-, Ausbildungs-Trainingsstruktur rund um das Thema erneuerbare Energien haben, sowohl mit den Akteurinnen und Akteuren aus diesem Bereich als auch natürlich mit dem Handwerk zusammen gesessen, weil Klima ja nicht nur das ist, was im Bereich Onshore, Offshore, Wasserstoff stattfindet, sondern auch Klima,

das ist, was natürlich im Bereich von Handwerksberufen stattfindet, wenn es um energetische Sanierung geht, wenn es um Heizungs- und Lüftungstechnik und Ähnliches geht, also diese Themen alle mit einzubeziehen. Unser Interesse ist nur gewesen, nicht zu sagen, wir reden jetzt als erstes, egal was bei Klimacampus rauskommt, über Steine, so wie das in der Stadt Bremen gemacht wird, sondern wir reden vor allem über die Frage, was soll da hinterher drin stattfinden. Was kann da hinterher drin stattfinden und welche Möglichkeiten haben wir dafür an dem Standort auch. Und insofern ist das, finde ich, wenn man die Schleife zu dieser großen Überschrift Klimacampus machen will, das, was nach meiner Auffassung der richtige Weg ist.

Stadtverordnete COORDES:

Ich habe Sie jetzt so verstanden, das wäre meine zweite Nachfrage dazu, dass wir mit einer Berichterstattung in den Ausschüssen zu einem etwas späteren Zeitpunkt rechnen können, so wie Sie es ja auch beschlossen haben.

Stadtrat GÜNTNER:

Ja, Frau Stadtverordnete, wir können das Gleiche, was wir hier der Stadtverordnetenversammlung gerade berichtet haben, natürlich gerne noch mal berichten. Es wird gegebenenfalls unwesentlich darüber hinausgehen. Berichterstattung löst aber das grundsätzliche Thema nicht, erstens, dass der Senat mit dem Klimafonds auf die Bretter gegangen ist. Und zweitens, dass damit die Vorstellung, es gäbe ganz viel Geld, mit dem man in dem Bereich was machen könnte, nicht umgesetzt werden kann. Und drittens habe ich beschrieben, was der pragmatische Bremerhavener Ansatz ist mit den vorhandenen Akteurinnen und Akteuren, deswegen ja auch diese Studie, darüber zu reden, was brauchen wir, was hilft uns wirklich weiter? Einen weiteren Trainingssimulator, einen weiteren Kletterturm, ein weiteres Irgendwas brauchen wir, glaube ich, nicht, sondern eher eine Verzahnung dieser Aktivitäten. Und dann gezielte, gerade wenn es um Handwerk geht, gezielte Themen, die das Thema dann auch nach vorne weiterentwickeln.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.2 Vornamen Bürgergeld (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld)

StVV - FS 68/2025

TOP 1.2.1 Vornamen Bürgergeld (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld) - Tischvorlage

MIT-FS 68/2025

Stadtverordneter LICHTENFELD fragt.

Stadtrat GÜNTNER antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.3 Ausfall der Landes-Pauschalleistungen für Erzieher:innen in Ausbildung – Kompensation durch die Stadt Bremerhaven? (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld) StVV - FS 69/2025

TOP 1.3.1 Ausfall der Landes-Pauschalleistungen für Erzieher:innen in Ausbildung – Kompensation durch die Stadt Bremerhaven? (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld) - Tischvorlage MIT-FS 69/2025

Stadtverordneter LICHTENFELD fragt.

Stadtrat Prof. Dr. HILZ antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtverordneter LICHTENFELD:

Herr Hilz, ich würde mal fragen, wie will der Senat oder Sie, Herr Hilz, zukünftig Schüler motivieren, überhaupt eine pädagogische Ausbildung, die ja drei Jahre dauert, für null Euro zu machen? Es muss ja einen kleinen Anreiz dafür geben. Haben Sie sich darüber schon mal Gedanken gemacht?

Stadtrat Prof. Dr. HILZ:

Also wie der Senat das findet, das kann ich Ihnen nicht beantworten, das müssen Sie an anderer Stelle fragen. Wir haben, wie gesagt, es geht hier bei diesem Zuschuss um einen Zuschuss zu Digitalmitteln und nicht zur Unterstützung des Lebensunterhaltes. Grundsätzlich sind wir froh, dass die Bafög-Reform so angepasst wurde, dass jetzt Eltern und erfolgsunabhängiges Bafög zur Verfügung steht für diese Ausbildung. Das ist schon mal ein guter Schritt. Des Weiteren kann ich Ihnen meine persönliche Meinung nicht hier sagen, weil die nicht mit dem Magistrat abgestimmt ist, aber es gibt auch weitere Möglichkeiten im Bereich, die in der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung entsprechend abgestimmt werden, zum Beispiel eine duale Ausbildung. In Bremen testet man das sogenannte PIA-Modell, auch das sind Möglichkeiten, um eine finanzielle Unabhängigkeit während der Ausbildung einigermaßen zu ermöglichen.

Stadtverordneter LICHTENFELD:

Herr Hilz, Sie hören ja nun draußen die Proteste, was wollen Sie denn oder was gedenken Sie denn zu tun, weil die fühlen sich ja alle da ein bisschen auf den Schlipps getreten vom Land Bremen, nicht von Ihnen persönlich, dass die Erzieher eigentlich nicht nachher sagen: „Okay, komm, lass uns alle nach Niedersachsen gehen, wir verlassen das schöne Bundesland Bremen.“ Haben Sie da eine Antwort zu?

Stadtrat Prof. Dr. HILZ:

Wir bieten hier in der Stadt Bremerhaven eine hochwertige, hochqualitative Ausbildung an, die einen guten Berufseinstieg danach ermöglicht. Das alleine ist, glaube ich, ein ganz wichtiges Kennzeichen, eine ganz wichtige Botschaft, die ich immer wieder nehme. Ich bin sehr dankbar für alle Lehrkräfte und weiteres Personal, die in unserer Berufsschule dort entsprechend sich dafür einsetzen. Natürlich ist es so, dass der Wegfall dieser Leistung kurzfristig einmal zu einem Protest offensichtlich geführt hat, aber das Land Niedersachsen ist jetzt auch nicht ein Land, das durch finanzielle Anreize Schülerinnen und Schüler weglockt.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.4	Dauerhafter Erhalt und geordnete Weiterführung der Bremerhavener Tafel (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld)	StVV - FS 70/2025
--------------------	--	--------------------------

TOP 1.4.1	Dauerhafter Erhalt und geordnete Weiterführung der Bremerhavener Tafel (Einzelstadtverordneter Lichtenfeld) - Tischvorlage	MIT-FS 70/2025
----------------------	---	-----------------------

Stadtverordneter LICHTENFELD fragt.

Stadtrat GÜNTNER antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.5	Umsetzung des Wohnungsaufsichtsgesetzes in Bremerhaven (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga)	StVV - FS 71/2025
--------------------	---	--------------------------

TOP 1.5.1	Umsetzung des Wohnungsaufsichtsgesetzes in Bremerhaven (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga) - Tischvorlage	MIT-FS 71/2025
----------------------	--	-----------------------

Stadtverordneter KOCAAGA fragt.

Stadtrat CHARLET antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtverordneter KOCAAGA:

In wie vielen Fällen haben die Wohneigentümer oder Vermieterinnen hierauf nicht reagiert. Und welche Maßnahmen können dann erfolgen oder sind erfolgt?

Stadtrat CHARLET:

Das ist eine berechtigte Frage, ich kann Ihnen nicht die aktuelle Zahl nennen. Das kann ich Ihnen gerne einmal nachreichen. Wir stehen tatsächlich vor der Herausforderung, dass natürlich teilweise Eigentümer dieser Gebäude für uns nicht direkt erreichbar sind. Und das ist auch ein Aspekt, den wir ganz akut angreifen und auch verbessern wollen. Wir brauchen eine verstärkte Durchschlagskraft, auch auf Eigentümer, die Anweisungen von uns ignorieren. Das hat verschiedene Etappen, die ich jetzt gar nicht in Gänze ausführen will, das hat aber die Frage auch zugrunde, wie können wir diese Person finden, wie können wir auch Durchsetzungszwänge besser durchsetzen. Und das ist etwas, woran wir aktuell arbeiten.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.6 Versorgung von Schulen mit iPads (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga) StVV - FS 72/2025

TOP 1.6.1 Versorgung von Schulen mit iPads (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga) - Tischvorlage MIT-FS 72/2025

Stadtverordneter KOCAAGA fragt.

Stadtrat Prof. Dr. HILZ antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Wie lange dauert durchschnittlich die Reparatur der defekten oder nicht funktionsfähigen iPads?

Stadtrat Prof. Dr. HILZ:

Wie in der Antwort ausgeführt, reparieren wir normalerweise die iPads nicht, sondern wir tauschen sie aus. Der Austausch erfolgt relativ kurzfristig. Die Reparatur erfolgt dann bei einem Dienstleister. Und danach wird es wieder zur Verfügung gestellt, aber im ersten Schritt reparieren wir die iPads nicht, sondern wir tauschen sie aus.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Werden die iPads mit vollständigem Zubehör übergeben, zum Beispiel Ladekabel, Touchpen und Schutzhülle?

Stadtrat Prof. Dr. HILZ:

Ja. Also Schutzhülle mit Tastatur, Ladegerät ist dabei, Stifte sind nicht dabei.

Stadtverordneter MIHOLIC:

Ich wollte Sie auch noch fragen, erstens, ist es richtig, dass der Magistrat im Gegensatz zu Bremen die Restmittel aus dem Digitalpakt nicht umgewidmet hat, um zusätzliche Mittel zu beschaffen?

Stadtrat Prof. Dr. HILZ:

Das ist nicht richtig. Die Stadt Bremerhaven hat genauso wie die Stadt Bremen Mittel des Digitalpaktes umgewidmet, um dadurch zusätzliche Geräte zu beschaffen, sodass wir jetzt einen gewissen Pool haben, um diese eben genannte Austausche auch vornehmen zu können. Also wir sind da genauso vorgegangen wie die Stadt Bremen.

Stadtverordneter MIHOLIC:

Herr Stadtrat, eine weitere Frage, ist es richtig, dass der Magistrat aufgrund der unbesetzten Stelle Leitung Digitalpakt die Versorgung mit iPads nicht prioritär bearbeiten konnte?

Stadtrat Prof. Dr. HILZ:

Auch das ist tatsächlich nicht richtig. Natürlich war es mit einer unbesetzten Stelle eine Herausforderung, die Bearbeitung prioritär weiterhin durchzuführen. Es ist aber, ein Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Schulamt, gelungen, das weiterhin zu machen. Außerdem ist die Stelle seit einigen Wochen auch wieder besetzt, sodass das gesamte Schulamt dort wieder voll funktionsfähig ist.

Stadtverordneter MIHOLIC:

Teilen Sie die Einschätzung des zentralen Elternbeirats, wie in der Nordsee-Zeitung wiedergegeben wurde, dass die iPads nicht zeitnah repariert werden und veraltet sind?

Stadtrat Prof. Dr. HILZ:

Die teilen wir nicht. Wie gesagt, es erfolgt keine Reparatur, sondern ein Austausch der Geräte, was relativ kurzfristig immer möglich gemacht wird. Sie sind auch nicht veraltet, die iPads der Generation 7 haben zwar nicht das neuste Betriebssystem mehr, aber sie sind noch voll im Support, das heißt, alle sicherheitsrelevanten Updates werden mit diesem Betriebssystem gefahren, also sie sind völlig uneingeschränkt nutzbar.

Stadtverordneter MIHOLIC:

Meine letzte Frage, vielen Dank. Wie wir ja alle wissen, ist ja aufgrund der Haushaltslage im Land sowie in der Stadt wirklich alles mittlerweile infrage gestellt worden. Da wollte ich Sie fragen, ist eine Finanzierung der Ausstattung mit Endgeräten auch zukünftig gewährleistet? Gibt es so was wie ein Leasingvertrag, der uns längerfristig absichert?

Stadtrat Prof. Dr. HILZ:

Eine gute Frage, denn der Haushaltsentwurf des Landes sieht für das kommende Jahr 8 Mio. Euro vor, um in Leasing für defekte Endgeräte, also Ersatzgeräte einzusteigen. Für das Jahr '27 sind sogar 12 Mio. vorgesehen. Das heißt, das Land beabsichtigt weiterhin, beide Stadtgemeinden vollumfänglich eins zu eins mit digitalen

Endgeräten auszustatten, stellt dafür Mittel bereit, sodass es nicht mehr in Kaufgeräte geht, sondern in einen Leasingvertrag, der bereits ausgehandelt ist. So hat der Staatsrat es seinerzeit in der Bildungsdeputation berichtet. Das heißt, wir gehen davon aus, dass diese Mittel ausreichend sind, um auch in der Stadtgemeinde, also in der Stadt Bremerhaven Schülerinnen und Schüler und das Personal entsprechend eins zu eins auszustatten mit diesen Endgeräten.

Stadtverordneter MIHOLIC:
Also auch die Verträge sind vorhanden?

Stadtrat Prof. Dr. HILZ:
Ich kann es jetzt nur so wiedergeben, wie ich es in der Bildungsdeputation verstanden habe. Die Verträge sind bereits ausgehandelt. Und das Land ist verpflichtet, wenn Geräte beschafft werden, diese Verträge zu nutzen, aber erst dann, wenn Geld zur Verfügung steht. Das würde mit dem Beschluss des Landeshaushaltes, Doppelhaushalt 2026/27 dann erfolgen.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.7 Ausbau des Frauenhauses (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga)

StVV - FS 73/2025

TOP 1.7.1 Ausbau des Frauenhauses (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga) - Tischvorlage

MIT-FS 73/2025

Stadtverordneter KOCAAGA fragt.

Stadtrat GÜNTNER antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtverordnete SCHILLER:
Danke Herr Stadtrat, für die Antwort schon mal soweit. Eine weitere Nachfrage, und zwar, ist denn die barrierefreie Wohnung inzwischen komplett übergeben, sodass wenn sich jetzt eine Frau mit Gewalterfahrung, die auf Barrierefreiheit in der Gewaltschutzwohnung angewiesen ist, beim Frauenhaus meldet, jetzt auch dort eine Unterkunft bekommt?

Stadtrat GÜNTNER:
Das ist die Wohnung, die wir zusätzlich übergeben haben, die barrierefrei ist, wie Sie richtig feststellen. Und die jetzt zusätzlich in dem Kontingent ist, das vom Frauenhaus mit angeboten wird.

Stadtverordnete SCHILLER:

Also das steht auch jetzt schon wirklich zur Verfügung, okay. Das ist gut. Dann so wie ich das Konzept zum Ausbau des Frauenhauses verstehe, ist ja vorgesehen, dass alle Frauen, die im Frauenhaus Schutz suchen, zentral auch sehr nah dort, wo sie wohnen, nämlich im Frauenhaus direkt auch betreut werden können. Und wenn wir jetzt aber fünf Plätze haben, die nicht in dem Frauenhaus sind, sondern an einem anderen Ort, wie werden diese Frauen denn dann betreut? Also wie wird sichergestellt, dass die die gleiche Begleitung und Unterstützung erfahren können?

Stadtrat GÜNTNER:

Also erstens, es geht darum, dass wir nach der Istanbul-Konvention die 30 Plätze, die notwendig sind, sicherstellen können. Das können wir sicherstellen. Zweitens, die Frage, ob immer Frauen aufgenommen werden können im Frauenhaus, hängt auch daran, wie die Belegungspraxis im Frauenhaus ist. Hängt an der Frage, wie lange zum Teil Menschen auch im Frauenhaus dann sind. Unser Interesse ist, dass in Notsituationen schnell geholfen werden kann, dass dafür entsprechend die Plätze auch vorgesehen sind. Und dass wir nicht in Situationen kommen, wo eine Bewohnerin des Frauenhauses zwei Jahre im Frauenhaus ist, weil das letzten Endes Plätze für andere Schutzsuchende dann schließt. Und weil es aber unabhängig von der Frage, haben wir 30 Plätze im Frauenhaus ja oder nein, immer eine Situation geben kann, in der das Frauenhaus nicht aufnehmen kann oder gegebenenfalls auch nicht aufnehmen will aus irgendwelchen Gründen, ist es bisher bereits so gewesen, dass dann nicht den Frauen gesagt worden ist: „Geh mal wieder zu deinem schlagenden Ehemann oder schlagenden Partner zurück.“ Der Eindruck ist ja so ein bisschen aus manchen Ecken auch erweckt worden. Sondern dass Polizei und Bürger- und Ordnungsamt dann immer darauf geachtet haben, dass diese Frauen woanders untergebracht werden können, auch dafür gibt es ja entsprechende Möglichkeiten. Und wir haben jetzt noch mal gesagt, wenn wir sozusagen als überlaufende Möglichkeit brauchen, stellen wir in einer weiteren Einrichtung der Stadt, wo wir auch Plätze auch für andere Menschen haben, Plätze zur Verfügung. Und die Betreuung muss dann entsprechend natürlich auch vom Frauenhaus mit organisiert werden.

Stadtverordnete SCHILLER:

Also das heißt, dann kommen Wegstrecken für die Frauenhaus angestellten Personen, also die sich um die Frauen kümmern, dann noch dazu? Okay. Wie sieht der Zusammenhang aus, aus Ihrer Sicht, zwischen der sehr hohen Belegung des Frauenhauses und der Verfügbarkeit von Wohnraum, in den Wohnungsgrößen und Wohnungsarten, die von gewaltbetroffenen Frauen und ihre Kinder benötigen? Jetzt konkret auf die Bremerhavener Situation bezogen.

Stadtrat GÜNTNER:

Ja, genau, also das Gebäude gehört der STÄWOG, wo das Frauenhaus drin ist. Bisher habe ich die STÄWOG immer so erlebt, in allen Zusammenhängen, wenn jemand kommt und sagt: „Ich habe hier eine Frau mit einem Kind, die ist im Frauenhaus, die sucht eine Wohnung, könnt ihr helfen?“ Dass dann die STÄWOG nicht sagt: „Machen wir nicht. Also sind wir nicht dabei.“ Sondern, dass natürlich dann entsprechend geguckt wird, wie man das gelöst bekommt. Deswegen finde ich dieses Argument, also ich sage dann immer, wenn mir dieses Argument vorgetragen wird, es seien ja Frauen dann so lange im Frauenhaus, weil es gäbe ja bekanntermaßen in Bremerhaven nicht genug Wohnungen, nicht genug Wohnraum. Sage ich immer, ja, das Argument kenne ich, das ist ein Argument für die Stadt Bremen, trifft in der Stadt Bremen übrigens auch zu. Trifft auch in Berlin zu, trifft in Hamburg zu, trifft in München zu. Bremerhaven haben wir dieses Problem bisher nicht, dafür finden sich Lösungen. Man muss nur am Ende auch ein Interesse daran haben, diese Lösung

dann zu finden. Und man muss ein Interesse daran haben, dass das was als Notunterkunft, und das ist es ja faktisch, eine Anlaufstelle für Frauen, die aus den bekannten Gründen zu Hause raus müssen, dass das dann auch als Notunterkunft genutzt werden kann und nicht als Dauerwohnen dann sich herausstellt. Dafür braucht es dann alternative Lösungen. Und die haben was damit zu tun, wie Akteurinnen und Akteure in Bremerhaven zusammenarbeiten können. Und der dritte Punkt, ich will ihn ja durchaus machen, weil ich den auch relevant finde, ich finde das gut, dass die Bundesrepublik Deutschland der Istanbul-Konvention beigetreten ist und sich verpflichtet hat, sie umzusetzen. Ministerpräsidentenkonferenz hat letzte Woche, ich glaube, einstimmig beschlossen, wer bestellt, muss auch bezahlen. Die Bundesrepublik Deutschland tritt einer Konvention bei, die Ländervertreterinnen und -vertreter klopfen sich auf die Schulter, auch die Vertreterinnen klopfen sich auf die Schulter. Und anschließend wird gesagt: „Hier Kommune, setz mal um.“ Machen übrigens die Gleichen, die sich hinsetzen und sagen: Die Kommunen müssen mehr Geld einsparen, die Kommunen müssen im Sozialbereich mehr einsparen, die Kommunen müssen bei Hilfe zur Erziehung mehr einsparen, die Kommunen müssen bei freiwilligen Leistungen einsparen. Die Gesetzesinitiative im Deutschen Bundestag hat ja ihren Ursprung noch in der letzten Legislaturperiode, in der eine Bundesfamilienministerin offensichtlich, Klammer auf, ein bisschen spät, Klammer zu, erkannt hat, dass dieses Spiel, wir beschließen irgendwas und es steht auf Papier und andere sollen es mal machen und dafür das Geld zur Verfügung stellt, nicht funktionieren kann. Insofern finde ich es absolut richtig, wenn es für Frauen beziehungsweise für von Gewalt betroffenen Menschen einen Rechtsanspruch dann auch darauf gibt. Dann ist aber natürlich klar, dass dieser Rechtsanspruch, der wird von der Kommune umgesetzt, aber die, die diesen Rechtsanspruch einführen, müssen dann auch dafür sorgen, dass die Kommune das Geld dafür bekommt, dass dieser Rechtsanspruch dann auch umgesetzt werden kann. Weil ansonsten Papier sehr geduldig ist.

Stadtverordnete SCHILLER:

Ich habe Sie jetzt gerade so verstanden, dass aus Ihrer Sicht die aktuelle Verfügbarkeit von Wohnraum in Bremerhaven oder Knappheit von Wohnungen in Bremerhaven keinen signifikanten Einfluss auf die Aufenthaltsdauer von Frauen im Frauenhaus hat? Habe ich Sie da richtig verstanden? Dass es nicht so sei, dass wir signifikanten Anteil von Frauen im Frauenhaus haben, die nur deswegen dort noch sind, weil sie woanders keinen Wohnraum mehr finden.

Stadtrat GÜNTNER:

Dafür müsste man sich den Einzelfall angucken, Frau Stadtverordnete, erstens. Zweitens, ich habe keine Lust, mich mit theoretischen Fragen zu beschäftigen.

Stadtverordnete SCHILLER:

Also es ist eine ganz praktische Frage, weil ich das häufig höre aus Ecken, aus dem Gewalthilfesystem, sage ich jetzt mal.

Stadtrat GÜNTNER:

Also ich habe Sie ja darauf hingewiesen, wenn eine Frau, die im Frauenhaus untergebracht ist, sagt: „Ich suche eine Wohnung, ich habe geguckt, ich bin da nicht fündig geworden“, melden Sie sich gerne, kümmern wir uns darum, ich bin mir sicher, dass man mit der STÄWOG da was hinbekommt.

Stadtverordnete SCHILLER:

Okay. Dann eine letzte Frage noch. Die Antwort auf die Zusatzfrage des Kollegen lese ich so, dass Bremerhaven sehr stark darauf setzt, dass durch das Gewalthilfegesetz, das jetzt ja in Kraft tritt, Mittel von Bund und Land für die Gewalthilfe zur Verfügung gestellt werden und Bremerhaven entsprechend im Anschluss dann sich selbst aus der Finanzierung des Gewalthilfesystems zurückzieht? Lese ich das richtig, dass Bremerhaven vorhat, sich bei dem Thema Gewalthilfe finanziell aus der Verantwortung zu ziehen, nur weil dann Geld von Bund und Land kommt? Sodass quasi kein zusätzlicher Gewaltschutz da ist, sondern einfach nur noch, Bremerhaven das einfach nicht mehr bezahlen muss?

Stadtrat GÜNTNER:

Ich finde, das ist ein ziemlich billiger Versuch, Frau Stadtverordnete. Ich habe Ihnen erst eben deutlich gemacht, erstens, dass wir ein Interesse daran haben, dass Schutz suchende Frauen Schutz finden. Ich habe Ihnen zweitens deutlich gemacht, dass wir deswegen auch mit den Lösungen, die ich beschrieben habe, nicht nur die 30 Plätze jetzt erreichen, sondern auch für den Überlauf, in Anführungszeichen, weitere Plätze schaffen. Und zum Dritten habe ich Ihnen deutlich gemacht, dass nach meiner Überzeugung es richtig ist, wenn es dieses Gesetz gibt, dass sich daraus dann entsprechende Kostenfolgen ergeben. Die dann von denen, die dieses Gesetz beschlossen haben, zu tragen sind. Dass dann also zukünftig, das was im Bereich von Frauenhäusern in der Republik, und das ist ja nicht nur ein Thema, das in Bremerhaven eine Rolle spielt, sondern das an vielen Orten eine Rolle spielt, notwendig ist, dann auch vom Bund, von den Ländern, die das beschließen, finanziert wird.

Stadtverordnete SCHILLER:

Das heißt, Bremerhaven wird keine kommunalen Mittel für die Gewalthilfe einkürzen, auch wenn Gelder von Bund und Land fließen?

Stadtrat GÜNTNER:

Sie können jetzt die Fragen noch auf sieben verschiedene Arten irgendwie in der Weise, wie Sie die gerne beantwortet hätten, stellen. Viel Spaß dabei. Ich habe Ihnen meine Antwort gegeben.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Herr Stadtrat, ich gehe davon aus, dass Sie genug politische Erfahrung im Land Bremen und in Bremerhaven gesammelt haben und dort auch sehr aktiv waren. Ihre Äußerung eben zur Finanzierung – bei der alle Stadtverordneten mitgeklatscht haben – wirft die Frage auf, wer letztendlich dafür zuständig ist. Ich bin ebenfalls der Meinung: Wenn auf Landes- oder Bundesebene ein Gesetz beschlossen wird, müssen dafür auch die entsprechenden finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Aber wenn das nach Ihrer Ansicht nicht der Fall ist – wer soll dann diese Verantwortung tragen?

Stadtrat GÜNTNER:

Ich habe Sie ja darauf hingewiesen, oder ich habe bei der Kollegin Schiller eben in der Beantwortung darauf hingewiesen, dass die Ministerpräsidentenkonferenz in der letzten Woche einstimmig gesagt hat: „Wer bestellt, muss bezahlen.“ Abstrakter nennt sich das Konnexität, ist was, was wir auch immer abstrakt diskutieren, aber es wird an dieser Stelle ganz konkret. Es haben in dieser Woche, ich glaube, gestern oder vorgestern, Oberbürgermeister vieler Städte in Deutschland auf die prekäre Finanzlage in den Kommunen hingewiesen, die zu ganz großen Teilen was damit zu

tun hat, dass Brüssel, Berlin, Bundesländer Beschlüsse fassen. Und anschließend sagen: „Hier Kommunen, macht mal, setzt das mal um.“ Das funktioniert am Ende des Tages nicht mehr, weil klar ist, wenn ich was umsetzen will, wenn ich was ausbauen will, brauche ich dafür die entsprechenden Mittel. Und deswegen ist klar, ich habe das ja gesagt, ich finde es richtig, dass die Bundesrepublik Deutschland die Istanbul-Konvention mit umsetzt. Man kann die Frage stellen, wie ernsthaft so was eigentlich ist, wenn man dann jahrelang sich nicht darum kümmert, wie das eigentlich, da, wo es konkret umgesetzt werden muss, nämlich vor Ort in den Kommunen, auch ausfinanziert wird. Man kann sich natürlich hinstellen und sagen: „Das sollen die Kommunen machen, soll Bremerhaven machen, soll wer auch immer machen, die werden es schon irgendwie hinkommen.“ Das funktioniert nur am Ende des Tages nicht. Darauf habe ich hingewiesen und deswegen ist mir das in diesem Zusammenhang auch wichtig.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Sie haben recht mit ihrer Formulierung. Aber letztendlich die Frauen, die auf der Straße sind, für die brauchen wir eine Lösung. Wer soll an dieser Stelle sich verantwortlich fühlen und die Lösung bereitstellen?

Stadtrat GÜNTNER:

Aber Herr Kollege, da drehen wir uns ein bisschen im Kreis. Also nach Istanbul-Konvention 30 Plätze, ich habe darauf hingewiesen, die 30 Plätze haben wir, plus noch mal die fünf Überlaufplätze, erstens. Zweitens, das Gewaltschutzgesetz wird, und ich bin mir sicher, dass die Kommunen darauf achten werden und die Länder darauf achten werden, dazu beitragen, dass diese Infrastrukturen dann auch entsprechend ausfinanziert werden. Das ist unsere Erwartung, sonst braucht man eine solche gesetzliche Regelung nicht zu machen. Wenn man sich hinsetzt und sagt: „Wir beschließen irgendwas, aber die Umsetzung, da kümmern wir uns nicht drum, die finanzieren wir auch nicht, da sollen sich mal andere darum kümmern“, funktioniert am Ende Umsetzung nicht. Funktioniert nicht Schutz und Hilfe für Frauen, funktioniert auch am Ende nicht, der Sozialstaat und funktionieren am Ende auch nicht die Kommunen. Das ist der Zusammenhang, auf den man immer wieder hinweisen muss. Man kann aus Oppositionsgründen sich hinstellen und sagen, wir kritisieren jetzt mal den Magistrat, prima, billiger Punkt, hilft am Ende nicht weiter. Weil die objektiven Problemlagen, die die Kommunen haben, darauf habe ich ja hingewiesen, sind dramatisch. Das sehen Sie, wir reden ja nachher noch mal über den Haushalt, die sind dramatisch. Und das ist ja nicht ein reines Bremerhavener Phänomen. Es ist kein Bremerhavener, also es waren jetzt Oberbürgermeister anderer Städte, die auf die kommunalen Problemlagen hingewiesen haben, aber mit den gleichen Argumenten, mit denen in dieser Stadt auch immer darauf hingewiesen wird. Und ich würde mir deswegen wünschen, Herr Kollege Kocaaga, weil Sie ja nicht nur hier sitzen, sondern auch ja in der Bremischen Bürgerschaft, dass Sie die Botschaft auch natürlich mit in die Landeshauptstadt nehmen, weil auch da muss diese Botschaft gehört werden. Es funktioniert nicht, geduldige Beschlüsse auf Papier zu fassen und sich mit der Frage, wo das Geld herkommt, nicht auseinanderzusetzen.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Ich bin auch der Meinung, Land und Bund müssen ihre Verantwortung durchführen. Ich bin völlig bei Ihnen. Aber letztendlich am Ende sehen Sie das auch nicht so, dass das Problem im Kommunenbereich gelöst werden muss?

Stadtrat GÜNTNER:

Ja, Herr Stadtverordneter, ich habe das jetzt hier im Raum nicht so verstanden, dass irgendjemand das anders sieht, dass man Frauen, die von Gewalt betroffen sind, helfen muss. Dass dafür entsprechende Plätze auch im Frauenhaus oder anderen Einrichtungen bereitstehen müssen, dass die Belegung im Frauenhaus von dem Träger des Frauenhauses entsprechend organisiert wird. Ich habe nur darauf hingewiesen, und der Punkt ist mir wichtig, dass es eben dann auch immer um die Frage geht, wer bezahlt so was?

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Zur Fragestunde habe ich folgende Anmerkung. Wir sind jetzt genau bei der Hälfte der gestellten Fragen angekommen. Offensichtlich ist es nicht ausreichend, sich immer genau auf eine Stunde zu kaprizieren, wie das unsere Geschäftsordnung vorsieht. Ich möchte daran erinnern, dass wir hier eine ganz große Koalition haben, das vornehmste Recht der Opposition ist es tatsächlich zumindest, Fragen zu stellen, und das innerhalb des parlamentarischen Raumes. Wenn jetzt durch diese strikte Einhaltung dieser Stundenregelung dieses Recht beschnitten wird, ist das nicht im Interesse unserer städtischen Demokratie. Ich möchte also hiermit beantragen, die restlichen Fragen aufzurufen und sie abzuarbeiten am heutigen Tage. Und rege an, dass wir uns interfraktionell über die Frage, ob eine Fragestunde tatsächlich genau eine Stunde dauern muss oder eventuell verlängert werden kann, mal außerhalb dieser Sitzung unterhalten.

Stadtverordneter ALLERS:

Die Fragestunde hier im Parlament hat eine lange Tradition. Ich kann mich an Zeiten erinnern, da waren es vielleicht 20 Minuten, weil gezielt nur einige Fragen gestellt worden sind. Das ist hier aber ausgeartet in einen, sage ich einfach mal, Frage-Antwort-Spiel zu Punkten, wo ich ganz deutlich sagen muss, sämtliche Fragen, die wir natürlich nicht alle im Zuschauerraum kennen, aber die wir als Parlament kennen, die wir auch einlesen konnten, von Frage 1.1 bis 1.14 können alle in den Fachausschüssen gestellt werden. In den Fachausschüssen höre ich so gut wie nie irgendwas, dass jemand was nachfragt. Das Zweite, wir haben hier 60 Minuten unserer Zeit für eine Stadtverordnetenversammlung eingeplant nur für Fragen. Die Fragen, die hier sich auf einmal ziehen wie Kaugummi, wo man sich selbst fragt, wo ist eigentlich noch die Frage selbst inhaltlich, wird hier gar nicht mehr gestellt, sondern es ist einfach nur noch ein, ich sage jetzt einfach mal, herum argumentieren von: Ich habe mal gehört und ich bin der Meinung, darauf wird hingewiesen auch, alle Fragen, die hier nicht beantwortet werden, werden schriftlich beantwortet. Das heißt, keiner der Stadträte oder Stadträtinnen entziehen sich ihrer Verantwortung, um das ganz deutlich zu machen. Die 60 Minuten, ich habe eben gerade zu einer Kollegin schon gesagt, ja, wenn die Opposition sich gegenseitig blockiert und auf einmal die Fragen immer weiterfragt und weiterfragt, dann ist es halt so. Und die zweite Möglichkeit, die jeder Stadtverordnete hier hat, und ich habe noch nicht einmal erlebt, dass eine Stadträtin oder ein Stadtrat sich geweigert hat, schriftliche Anfragen oder Gesprächsanfragen in irgendeiner Form nicht zu beantworten. Das ist bei uns das Tagesgeschäft. Und wissen Sie, warum wir das als SPD-Fraktion machen? Weil wir wesentlich schneller die Antworten bekommen, als jetzt wieder auf eine Stadtverordnetenversammlung zu warten, die nur vier- bis sechsmal im Jahr in diesen Räumlichkeiten zukünftig weiterhin tagen wird. Dementsprechend werden wir das natürlich ablehnen, Herr Kaminiarz, es tut uns wirklich sehr leid. Wenn wir hier 60 Minuten einplanen, das ist schon eine ganze Menge. Eigentlich war es auch früher so, dass bei einer Haushaltsdebatte und einer Haushaltsstadterordnetenversammlung nur über den Haushalt debattiert worden ist, deswegen fangen wir morgens um zehn schon an. Wenn ich mir jetzt vorstelle, dass wir noch die Zeit der Fragen, Anfragen der Fragestunde, auch noch ausweiten, das haben wir ja schon erlebt bei den Anträgen, die wir nachher, wir als Koalition vonseiten der SPD schon in die Fachausschüsse hineingeschoben haben. Eine meiner Stadtverordneten wird, so Gott will und wir hier im Parlament auch, zu einem Antrag reden, der am 28.04 dieses Jahres gestellt worden ist, am 28.04. Jetzt haben wir aber schon Ende Oktober. Bedeutet, das Ding ist schon wieder, in Anführungszeichen, die Anfrage, das wird despektierlich, schon wieder sechs Monate alt. Und ich kann mich daran erinnern, dass wir in der Vergangenheit hier ganz schön rumgekrabbelt haben, weil wir hier Anträge hatten, die sich schon teilweise inhaltlich überholt hatten. Weil wir auch in den Debatten nicht dazu gekommen sind, diese Anträge auch wirklich alle rechtzeitig und zeitlich vernünftig abzuarbeiten. Jetzt sich hier hinzustellen, nur weil meine Anfragen 1.11 bis 1.13 noch nicht drangekommen sind, da muss ich ganz offen sagen, das ist der Zeit geschuldet, wenn die anderen Fragesteller das Zeitfenster sich dann dafür rausnehmen, dann ist es korrekt, weil wir 60 Minuten haben. Aber jetzt zu fordern, wir erweitern das doch, bis wir alle Fragen abgearbeitet haben. Was für ein Beschluss soll das denn dann werden? 1 Stunde 30, 1

Stunde 40? Oder lassen wir das offen bis zur letzten Frage? Dann brauchen wir mit Anträgen und Vorlagen gar nicht mehr arbeiten, weil wir es zeitlich nicht schaffen. Und dieses ist ein, ich sage jetzt einfach mal, kein Vollzeitparlament wie die Bremische Bürgerschaft, die über zwei Tage als Landtag tagt, sondern wir sind eine Stadtverordnetenversammlung. Und deswegen kann ich nur auffordern, wenn man hier Fragen stellt, und das sind Fragen wirklich, die ich bis jetzt gehört habe, hätte man alles rechtzeitig und wesentlich frühzeitiger schon mit den Stadträten hier klären können. Nein, man möchte natürlich die Bühne haben, kann ich auch verstehen, je mehr Anfragen ich stelle, desto mehr kann ich auch meinen Namen hier hören, ist auch korrekt, ist auch absolut legitim. Aber Herr Kaminiarz, sich jetzt hier hinzustellen und zu sagen: „Tut mir leid, wir müssen die Fragen noch mal etwas erweitern“, das funktioniert nicht. Wir werden diesen Antrag ablehnen. Ich habe den begründet. Und hoffe auf Unterstützung von denjenigen, die der gleichen Meinung sind. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Stadtverordneter RASCHEN:

Lieber Kollege Sönke Allers, wir machen das natürlich gemeinsam, Anträge in Ausschüssen, SPD, FDP und CDU, das macht ja nicht nur die SPD, das vorweg. Lieber Kollege Kaminiarz, man kann auch wirklich alles ad absurdum führen. In der Bremischen Bürgerschaft wird die letzte Frage vor 60 Minuten aufgerufen und dann ist Deadline. Wenn Ihre Kollegin zehn Minuten, zehn Minuten, permanent dieselben Nachfragen stellt, dann ist es Ihr Problem, wenn wir die Fragen in 60 Minuten nicht abgearbeitet bekommen. Es stehen 60 Minuten, was ist denn passiert? Vor vier, fünf Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung hat die Nordsee-Zeitung angefangen, aus der Fragestunde umfangreich zu berichten. Mittlerweile berichten sie schon im Vorfeld darüber. Jetzt haben wir ein Wulst von 20 Anfragen. Wie lange sollen wir denn die Fragestunde machen? Zwei Stunde, drei Stunden, vier Stunden, fünf Stunden? Ich meine, der Magistrat beschließt am Mittwoch die Antworten, das wird hier vorgetragen, das Magistrat, Kollektivbeschluss. Jetzt kommen die ganzen Nachfragen. Das ist die Einzelmeinung eines Stadtrates, nicht die Meinung des Magistrats. Kann ich auch fragen, welchen Mehrwert hat denn Mitteilung eines Stadtrates? Weil es ist ja nicht die Meinung des Magistrats, nicht abgestimmt. Deswegen, 60 Minuten sind 60 Minuten. Und da muss man sich vielleicht auch bei der einen oder anderen Nachfrage mal etwas zurücknehmen. Das, was Herr Kocaaga und Frau Schiller hier vorgetragen haben, das kommt dazu, dass wir nur sechs, weiß ich gar nicht, sechs oder sieben Anfragen abgearbeitet bekommen haben. Und Herr Allers hat es ja gerade gesagt, wie lange wollen wir es denn machen, bis die letzte Anfrage weg ist? Wird auch in Bremen nicht gemacht, wird auch in anderen Parlamenten nicht, deswegen heißt es Fragestunde, nicht Fragetag, nicht Fragewoche, nicht Fragemonat, sondern Fragestunde und dann ist es eine Stunde und die langt auch aus. Und dann muss sich der eine oder andere Fragesteller vielleicht in Zukunft mal fragen, ob er die Nachfrage dann wirklich noch stellen muss. Denn Frau Schiller hat sich wirklich die ganze Zeit im Kreis gedreht, da kam nichts Neues bei raus. Das hat natürlich auch viel Zeit gekostet. Eigentlich haben wir heute Haushaltsberatung. Das ist, glaube ich, viel wichtiger als sich mit diesen ganzen Fragen zu beschäftigen. Auch das hat Herr Allers schon gesagt, man kann in den Ausschüssen fragen, man kann auch mal zum Telefon greifen. Wir haben uns, glaube ich, jetzt mit vier oder fünf Fragen zum Thema Autoposer im Fischereihafen beschäftigt. Da ist alles gemacht worden, die Polizei kümmert sich, aber sie kann nicht permanent da sein. Vier- oder fünfmal sind diese Fragen hier gestellt worden. Mit welchem Zweck? Es ist ein Problem und die Polizei versucht, das Problem in den Griff zu kriegen. Daher, wir werden den Antrag ablehnen, eine Stunde ist eine Stunde und damit muss man sich begnügen.

Stadtverordneter TIMKE:

Unsere Fraktion steht ja nicht im Verdacht, häufig mit der Koalition zu stimmen, aber ich denke, wenn die Koalition mal was Richtiges sagt, dann muss man das auch unterstützen. Herr Kaminiarz, Sie haben eben in Ihrem Redebeitrag, und das ist eigentlich der Grund, warum ich hier nach vorne gekommen bin, Sie haben eben in Ihrem Redebeitrag den Satz genannt, ich zitiere: „Im Interesse der politischen Demokratie“, würde das liegen, dass man

Anfragen auch hier umfassend beantwortet und dass eben alle Anfragen drankommen. Und ich sagen Ihnen, im Interesse der politischen Demokratie liegt es, dass möglichst viele verschiedene Fragen hier behandelt werden, verschiedene Themen, denn es ist Aufgabe dieses Parlaments und vor allem Aufgabe der Opposition, dass hier der Magistrat befragt wird. Und wenn es nicht, und da stimme ich mit Herrn Allers und Herrn Raschen überein, wenn es nicht Ihre eigene Abgeordnete eben wäre, die hier diese vielen weiteren Fragen, die jetzt noch auf der Tagesordnung liegen, behindert hätte durch, ja, aus meiner Sicht sogar fragwürdigen Nachfragen, dann hätte ich mich auch gar nicht gemeldet. Ihre Kollegin, Herr Kollege Kaminiarz, ihr steht es doch frei, jederzeit nicht nur in den Ausschüssen zu fragen, sondern auch Anfragen, schriftliche Anfragen an den Senat zu stellen. Nach der fünften Nachfrage habe ich zu meinen Kollegen gesagt, warum stellt sie eigentlich keine schriftliche Anfrage? Sie können doch 25 Fragen zu dem Themenbereich stellen. Sie handeln oder Ihre Kollegin handelt unkollegial, weil sie anderen Oppositionsparteien hier die Möglichkeit gibt, im persönlichen Gespräch Nachfragen an die Senatoren zu stellen. Entschuldigung, an den Magistrat. Aber hier die Behandlung von weiteren wichtigen Anfragen an den Magistrat zu verhindern und sich dann hier hinzustellen und von Demokratie zu reden, Herr Kaminiarz, Sie wollen den Menschen Sand in die Augen streuen. Und das finde ich unredlich. Wir werden diesen Antrag ablehnen. Vielen Dank.

Stadtverordneter MIHOLIC:

Offensichtlich ist hier im Raum die Verwechslungsgefahr so hoch, dass ich noch mal daran erinnern muss, dass wir uns hier in der Stadtverordnetenversammlung befinden und nicht im ZDF Fragenhagel. Das Fragerecht ist dafür da, neue Erkenntnisse zu gewinnen für die politische Arbeit oder für die Bevölkerung und nicht eine Art PR-Stunde, in der Hoffnung, dass die Nordsee-Zeitung alle Fragen einfach artig mitschreibt. Ich mache einen Vorschlag zur Güte, stellen wir doch einfach mal nicht siebenmal dieselbe Frage in Folge, um ein wenig Empörung zu erzeugen. Vielleicht kommen wir dann auch schneller voran. Üblicherweise sollten die 60 Minuten weitestgehend reichen. Ich erinnere mich auch an Stadtverordnetenversammlungen, da haben wir es auch geschafft, die Fragestunde in einer halben Stunde zu beenden. Das war noch in Zeiten, wo die Nordsee-Zeitung nicht jede Frage quasi noch mal aufgeführt hat. Ich finde es außerordentlich schade, dass heute, wo wir Haushaltsberatungen haben, bei jeder Gelegenheit versucht wird, einen Skandal herbeizuführen, wo es eigentlich gar nicht nötig ist. Nehmen wir mal an, hier die Frage zum Frauenhaus, da haben wir wirklich zehn, 15 Minuten verloren. Und ich habe mich eigentlich gezügelt, um mich nicht doch hintenanzustellen, um die Frage zu stellen, diesen Sachverhalt, lösen wir den eigentlich mit Skandalisierung und mit Populismus oder vielleicht halt mit Sachlichkeit und Konstruktivität. Das lassen Sie vermissen. Und daher, ja, lehne ich Ihren Antrag ab, wir müssen die Fragestunde bei einer Stunde belassen.

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Ich habe nicht gesagt, dass wir über die Stunde hinausgehen sollen, sondern dass wir einfach weitere Fragen zulassen sollen, weil unsere Geschäftsordnung § 39 nicht sagt, die Fragestunde dauert genau eine Stunde, sondern sie dauert in der Regel eine Stunde. Darum habe ich gesagt, wir möchten jetzt die Fragestunde fortsetzen.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Das Fragerecht ist das vornehmste Recht der Opposition. Das wurde hier auch schon gesagt. Und das ist so und das ist in allen Parlamenten so. Und es ist begrenzt auf eine Stunde, und das ist auch richtig so, da stimme ich Ihnen zu. Nur wie hier damit eben umgegangen wird, und da muss ich Ihnen auch zustimmen, ist, ehrlich gesagt, etwas daneben. Es werden hier, ich sage mal, blödsinnige Fragen gestellt, wie zum Beispiel ständige Wiederholungen zu Autoposern oder es werden Fragen gestellt, die tatsächlich schriftlich gestellt werden sollten, weil nur dann sind sie vernünftig zu beantworten, so wie die Vornamen beim Bürgergeld beispielsweise oder Ausfall der Landespauschalleistung oder Umsetzung des

Wohnungsaufsichtsgesetzes oder Versorgung von Schulen mit iPads. All das gehört nicht in die Fragestunde. Das kann man ganz normal fragen, da kriegt man auch vernünftige Antworten vom Magistrat. Und auf der anderen Seite, Herr Allers, zu sagen, das gehört alles in die Ausschüsse, da müssen Sie natürlich der Opposition schon die Möglichkeit geben, wichtige Fragen hier zu stellen. Weil natürlich möchte die Opposition diese öffentliche Bühne nutzen für die Öffentlichkeit. Und die Öffentlichkeit ist in erster Linie hier und nicht in den Ausschüssen. Da ist das Publikum selten da, es gibt keine Übertragung und auch die Zeitung ist nicht immer vor Ort. Insoweit, Herr Allers, wäre es vielleicht, oder auch Herr Raschen genauso, vielleicht mal wieder an der Zeit, dass Sie auch mal wieder in der Opposition sind, damit Sie auch merken, wie das Leben in der Opposition ist und was Sie als Opposition brauchen. Sie sind etwas verwöhnt, natürlich mehr noch in der SPD als derzeit in der CDU. Aber das ist so, es wird mal wieder Zeit, dass sich hier mal sozusagen der Wind dreht und Sie auch mal wieder auf der harten Oppositionsbank Platz nehmen, dann haben Sie vielleicht etwas mehr Verständnis auch für die Opposition. Dennoch ist der Antrag von Herrn Kaminiarz in diesem Fall falsch, sowohl hier als auch in anderen Parlamenten. Die Stunde ist die Stunde. Und wenn seine eigenen Leute den Laden hier aufhalten, dann kann er sich nicht beklagen, dass die Zeit nicht reicht. Wenn Frau Schiller hier ellenlange Monologe führt zu wirklich völlig unsinnigen Themen und sich immer wieder mit dem Gleichen befasst, sorry, dann ist irgendwann die Stunde vorbei und man kommt eben nur zu ein, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben Fragen und nicht zu 14, wie hier eigentlich vorgesehen war. Also, wir stimmen in diesem Fall dem Antrag nicht zu.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss (Antrag Kaminiarz):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 6 Ja-Stimmen (GRÜNE+P, Kocaaga).

TOP 1.8 Entsiegelung öffentlicher Flächen (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga)

StVV - FS 74/2025

TOP 1.8.1 Entsiegelung öffentlicher Flächen (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga) - Tischvorlage

MIT-FS 74/2025

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.9 Umsetzung des Integrationskonzeptes (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga)

StVV - FS 75/2025

TOP 1.9.1 Umsetzung des Integrationskonzeptes (Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis Kocaaga) - Tischvorlage

MIT-FS 75/2025

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.10 Antrag auf Hochstufung der nördlichen Verbindung von der BAB zum stadtbremischen Überseehafen über Cherbourger Straße / Hafentunnel / Cherbourger Straße / Wurster Straße (CDU-Fraktion) StVV - FS 76/2025

TOP 1.10.1 Antrag auf Hochstufung der nördlichen Verbindung von der BAB zum stadtbremischen Überseehafen über Cherbourger Straße / Hafentunnel / Cherbourger Straße / Wurster Straße (CDU-Fraktion) - Tischvorlage MIT-FS 76/2025

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.11 Finanzierung des Ausbaus des Ganztagsunterrichts (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P) StVV - FS 77/2025

TOP 1.11.1 Finanzierung des Ausbaus des Ganztagsunterrichts (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage MIT-FS 77/2025

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.12 Nachnutzung des alten Polizeireviers Geestemünde (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P) StVV - FS 78/2025

TOP 1.12.1 Nachnutzung des alten Polizeireviers Geestemünde (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage MIT-FS 78/2025

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.13 Vereinbarkeit von Denkmalschutz und Barrierefreiheit (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P) StVV - FS 79/2025

TOP 1.13.1 Vereinbarkeit von Denkmalschutz und Barrierefreiheit (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage MIT-FS 79/2025

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.14 Heimische Tierwelt schützen (BD-Fraktion) StVV - FS 80/2025

TOP 1.14.1 Heimische Tierwelt schützen (BD-Fraktion) - Tischvorlage MIT-FS 80/2025

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift

TOP 2.1 Genehmigung der Niederschrift (16. öffentliche Sitzung) StVV - V 77/2025

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

Der Beschluss ergeht bei 1 Nein-Stimme (Jürgewitz).

TOP 3 Vorlagen

TOP 3.1 Haushaltssatzung 2025, Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 und des Finanzplans 2023 bis 2027, hier: Fortsetzung der Beratung des Entwurfs des Haushaltsplans 2025 StVV - V 78/2025

TOP 3.1.1 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN StVV - Ä-AT 9/2025
+ P zu Vorlage StVV - V 78/2025 - Haushaltssatzung 2025, Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 und des Finanzplans - Tischvorlage

TOP 3.1.2 Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, FDP zu StVV - Ä-AT 10/2025
Vorlage StVV - V 78/2025 - Haushaltssatzung 2025, Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 und des Finanzplans - Tischvorlage

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Wir kommen zu TOP 3.1. Ihnen liegen hierzu die Änderungsanträge 3.1.1 und 3.1.2 vor, die wir in diesem Zusammenhang mitdiskutieren und anschließend selbstverständlich getrennt abstimmen. Zum Haushalt 2025 noch eine kurze Erklärung: In einer Haushaltssitzung gelten besondere Rederegularien. Jede Fraktion erhält 20 Minuten zusätzliche Redezeit, eine Gruppe 10 Minuten und ein Einzelabgeordneter 5 Minuten – jeweils zusätzlich zu den regulären Redezeiten. Die Reihenfolge der Haushaltsdebatte erfolgt wie in den vergangenen Jahren. Zunächst spricht der Bürgermeister, Herr Stadtrat Neuhoff. Anschließend ergibt sich die Reihenfolge aus dem Ergebnis der letzten Wahlen: SPD, CDU, Bündnis Deutschland, Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P, AfD, FDP, Die Möwen. Danach folgen die Einzelabgeordneten Lichtenfeld, Schuster, Kocaaga, Baltrusch und Neuhaus. Damit treten wir in die Haushaltsdebatte ein. Ich bitte den Bürgermeister, Herrn Neuhoff, ans Mikrofon.

Bürgermeister NEUHOFF:

Ich darf mich zunächst bei Ihnen einmal für den Austausch der Anlage 6 heute entschuldigen. Bei näherer Betrachtung der Unterlagen, die wir Ihnen fristgerecht zugestellt haben, ist aufgefallen, dass wir in der Anlage 6, auf Seite 2, unter § 3 die Steuersätze für Grundsteuer A und B falsch übernommen haben. Die Wichtigkeit dieser Korrektur ist begründet, wenn wir die falsche Vorlage heute als Anlage zur Haushaltssatzung beschlossen hätten, hätte das möglicherweise zu einer Versagung des Haushaltes führen können, weil die darin ausgewiesenen Hebesätze eine Mindereinnahme bei der Grundsteuer begründen, die zu einem weiteren Defizit des Haushaltes '25 führen würden. Und vom Senat und von der Aufsichtsbehörde so nicht mitgetragen werden. Erlauben Sie mir den Hinweis, dass wir nach der Haushaltsberatung am 26. Juni diesen Jahres den Haushalt relativ zügig zur Genehmigung dem Senat zur Verfügung gestellt haben. Der Senat hat circa sechs Wochen später, am 12. August diesem Haushalt seine Versagung gegenüber gebracht, die Genehmigung nicht erteilt. Und hat dieses insbesondere begründet mit Veranschlagungen, die in unübersehbarer Weise gegen die Grundsätze eines geordneten Haushaltes oder einer geordneten Haushaltswirtschaft und oder eine Bindung an die geltenden Gesetze verstoßen. Und hat ausgemacht, dass das Haushaltsrisiko der Stadt Bremerhaven zum damaligen Zeitpunkt 94,8 Mio. Euro aus Sicht des Senats beträgt. Dieser Betrag setze sich zusammen aus 24,8 Mio. Euro Anpassung an den Steuerkraftausgleich von 50 auf 100 Prozent. Das ist als rechtswidrig angesehen worden. 36 Mio. Euro Sozialleistungsausgaben sind als unrealistisch geringer als das heranzuziehende Maßgebliche des Vorjahres veranschlagt, begründet worden. Und 16 Mio. Euro für die globalen Minderausgaben sind in Anbetracht des erheblichen Haushaltsrisikos als nicht auflösbar bewertet worden. Mit dem Ergebnis des Senats hat es 14 Tage später ein sogenanntes Spitzengespräch gegeben, an dem der Präsident des Senats Dr. Bovenschulte, der Senator für Finanzen Björn Fecker, der Oberbürgermeister und meine Person teilgenommen haben. Und wir haben in einem konstruktiven Gespräch die weitere Herangehensweise, bis hin zu einer Genehmigung des Senats erörtert. Dazu war es notwendig, in einem ersten Schritt zur Sicherung unserer Liquiditätslage, die

seinerzeit am 03. September beschlossene Vorlage über die Verfügung von sofortigen haushaltssichernden Maßnahmen zu beschließen. Das hat der Magistrat getan. Und damit war eine der Kernvoraussetzungen zur Liquiditätssicherung stabilisiert worden, nämlich dass wir in Form von Vorauszahlungen, von Schlüsselzuweisungen handlungsfähig geblieben sind. In einem zweiten Schritt war völlig klar, dass die beanstandenden Punkte bewertet werden und dadurch, dass wir eine nicht ausgeglichen Haushaltsentwurf auch mit Korrekturen präsentieren werden, die Frage zu stellen beziehungsweise zu beantworten, wie wir dann zu einer Genehmigung mit dem Senat hinbekommen. Und der Senat hat relativ deutlich gemacht, dass neben dem Haushalt eben auch ein sogenanntes Haushaltssicherungskonzept als Haushaltssatzung 2025 zu erstellen ist. Wir haben auf die einzelnen Punkte entsprechend reagiert. Wir haben unsere Ihnen vorliegende Haushaltssatzung '25 dahin gehend bereinigt, dass wir unser Verständnis von einem Steuerkraftaufkommen und einer Erweiterung des innerbremischen Finanzausgleiches um 50 Prozent zu erhöhen, entsprechend korrigiert. Diese von mir politisch in den Raum geworfene Initiierung hat leider nicht zum Erfolg geführt, sodass wir also den Haushalt um 42,8 Mio. Euro als Forderung gegenüber dem Senat entsprechend herausgenommen haben. Bei den 16 Mio. globalen Minderausgaben haben wir deutlich gemacht, und auch nachgewiesen, dass wir zu einem späteren Zeitpunkt des in Kraft treten des Haushaltes nicht in die Lage versetzt werden, tatsächlich 16 Mio. einzusparen, sondern wir haben deutlich gemacht, dass diese Summe um 10,9 Mio. Euro zu korrigieren ist. Und haben den reduzierten Betrag von 5,1 Mio. Euro auch entsprechend in die Haushaltssatzung eingepflegt. Wir halten nach Absprache mit den Ämtern diesen Betrag für realistisch, wenn der Haushalt in Bälde in Kraft tritt. Wir haben auch den nicht beanstandeten Hinweis korrigiert, dass wir neben dem 100-prozentigen Steuerkraftaufkommen auch 8,3 Mio. Euro als Erhöhung des Ausgleiches für das Gemeindesteueraufkommen aus dem stadtbremischen Überseegebiet eingefordert haben. Der Senat hat darauf nicht hingewiesen, aber das wäre noch ein Punkt gewesen, der im Nachgang möglicherweise zu einer Beanstandung geführt hätte, deswegen haben wir ihn auch rausgenommen. Wir haben nicht korrigiert den Vorwurf, dass wir bei den Sozialleistungsausgaben falsche Ansätze präsentiert haben. Die kritisierten 36,0 Mio. Euro Sozialleistungsausgaben sind in Anführungszeichen von uns auf Bitten senatorischer Behörden anders gebucht worden, sodass sie in der Haushaltsthematik nicht ausgewiesen werden konnten. Wir haben diese angewiesene Buchung dahin gehend korrigiert, dass wir die Einnahmen und Ausgaben entsprechend haushaltskonform, wie wir es eh vorhatten, gebucht haben. Und haben diesen Punkt entsprechend auch dem Senat gegenüber deutlich gemacht, dass er eben kein Fehler der Stadt Bremerhaven darstellt, sondern möglicherweise aufgrund von Kommunikationsschwierigkeiten zwischen der Senatorin für Soziales und dem Senat für Finanzen entstanden ist. Wir haben dann die sich abzeichnenden konjunkturellen Änderungen aufgenommen, die zu einer Verbesserung von Einnahmen geführt haben. Und wir haben auch das durch den Senat gestern beschlossene Gesetz im Rahmen der Haushaltsverbesserungsmaßnahmen von 11,6 Mio. entsprechend in unseren Haushaltsentwurf aufgenommen, sodass wir Ihnen anstelle von 94,8 Mio. Euro Defizit, bewertet durch den Senat, nunmehr einen Haushalt mit einem Defizit von ca. 40 Mio. Euro präsentieren. Da hinzukommen, war ein Kraftakt. Das Haushaltssicherungskonzept, das Sie in der Anlage finden, zeigt auf Seite 19, wie wir die Anstrengungen der Stadt Bremerhaven auf kurzem Wege organisieren konnten. Wir hatten den Teil 1, das Sanierungsprogramm, mit 20 Mio. bereits im Magistrat beschlossen. Wir haben es auch im Finanz- und Wirtschaftsausschuss vorgestellt. Es ist ein immenser Kraftakt, den wir zusammen, zusammen mit den Amtsleitungen der öffentlichen Verwaltung organisiert bekommen haben. Alle diese Maßnahmen sind nicht politisch motivierte Maßnahmen gewesen, sondern sie sind aus den Verwaltungsämtern gekommen. Und führen dazu, dass wir im Rahmen des gesamten Sanierungsprogrammes, an dem auch die Stadtgemeinde Bremerhaven in den nächsten drei Jahren seinen Anteil zu leisten hat, eben 20 Mio. Euro Einsparung

darstellen können. Teil 2 ist das, was wir noch on top leisten. Im Rahmen der strukturellen Maßnahmen, die auf den vorherigen Seiten entsprechend einzeln explizit begründet werden, hatten wir zunächst einen Ansatz von 4 Mio. Euro ausgemacht. Das war dem Senat zu wenig, der Verhandlungskommission, mit denen wir die Vorbereitung zur Genehmigung erarbeitet haben. Wir sind also in zwei weiteren Schritten noch mal gebeten worden, die Erwartungshaltung des Senats zu erfüllen. Wir werden realistisch einen Betrag von 10,4 Mio. Euro einsparen können. Das war noch mal ein Kraftakt, der, das brauche ich Ihnen nicht näher erläutern, dadurch verbunden ist, dass wir eben entsprechende Maßnahmen, Projekte in den nächsten Jahren möglicherweise schieben, abspecken oder gar nicht mehr ausführen. Wir haben dann noch mal durch eine Konsolidierung im Stellenabbau ca. 900.000 Euro als Einsparpotenzial für 2025 aufweisen können. Wir haben durch Konsolidierung von Investitionsausgaben noch mal 3,3 Mio. Euro als mögliche Einsparmaßnahme darlegen können. Und wir haben anstelle der globalen Minderausgaben, das war auch eine Forderung des Senats, nunmehr eine sogenannte Ämterumlage, das heißt, das was wir eigentlich gehofft haben, einsparen zu können, wird jetzt explizit auf die Ämter verteilt, einen realistischen Betrag von 6,2 Mio. ausweisen können. In Summe sparen wir 30,4 Mio. Euro. Ein Kraftakt, wie insbesondere auch Betroffene so empfinden. Meine Damen und Herren, neben der Verabredung, ob diese ausgearbeiteten Schritte dazu reichen werden, vom Senat eine Genehmigung zu erhalten, gab es dann aber noch eine aufschiebende Bedingung. Nämlich die, dass wir eine sogenannte Gemeindefinanzordnung akzeptieren. Es hält sich das Gerücht, dass ich derjenige gewesen sein soll, der diesen Begriff ins Spiel gebracht hat. Ich kann das mit Genugtuung von mir weisen. Der Begriff Gemeindefinanzordnung ist erstmalig aufgetaucht in einem Schreiben zur Genehmigung des Haushaltes 2024 über den Senator für Finanzen. Und selbstverständlich haben wir unter Ziffer 6 wohlwissend zur Kenntnis nehmen dürfen, dass der Senat beabsichtigt, eine sogenannte Gemeindefinanzordnung aufzuerlegen. Wir haben dann das Ganze begrüßt, weil wir sagen, wenn es etwas zu reglementieren gibt, dann kann es gar nicht verkehrt sein. Das schafft Sicherheit auf allen Seiten. Aber wenn, möchten wir ganz gerne an der Mitgestaltung beteiligt werden. Und wir möchten auch, dass eine Gemeindefinanzordnung dann aber auch, ich sage mal, für alle drei Gebietskörperschaften, für das Land und für die beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven entsprechend gelten muss. Im April diesen Jahres gab es ein vertrauliches Gespräch mit den Spitzen aus dem Haus des Senators für Finanzen, indem mir mitgeteilt worden ist, dass man in einer Vorbereitung einer sogenannten Gemeindefinanzordnung ist. Und dass sie eigentlich jetzt möglicherweise auch im politischen Raume mal besprochen werden kann. Vier Monate später habe ich dann über die Arbeitsebene erfahren, dass es einen Entwurf gibt, den möchte ich mal ganz milde wertschätzen, indem ich sage, das sind Copy-and-Paste-Bereiche aus der Landesverfassung, aus der Landeshaushaltsordnung und aus der Stadtverfassung. Nichts, was on top gekommen ist, nichts, was strukturell aus meiner Sicht, aus Sicht meiner Kämmerei und auch aus Sicht meines Rechtsamtes dazu führte, dass wir sagen, dieses Gesetz hat eine Struktur. Und selbstverständlich steht es dem Senat und auch der Bremischen Bürgerschaft zu, Gesetze für das Land zu beschließen. Wenn diese Gesetze dann aber zur Anwendung kommen und wir feststellen, dass wir als Stadtgemeinde eben benachteiligt werden, dann führt so ein Gesetz in der Regel dazu, dass geklagt wird. Um der Klage entgegenzutreten, haben wir, Stadtkämmerei, Rechts- und Versicherungsamt, auch in Abstimmung mit der Magistratskanzlei darauf reagiert und haben nicht nur Herrn Fecker, sondern auch den Präsidenten des Senats, Herrn Bovenschulte und Frau Justizsenatorin Dr. Schilling darauf hingewiesen, dass wir eine andere Auffassung haben, an einer formalen Struktur eines Gesetzes. Wir sind letzte Woche Freitag darüber informiert worden, dass der Senat beabsichtigt, am vergangenen Dienstag ein Gesetz in Richtung Gemeindefinanzordnung zu erlassen, die die Finanzbeziehung zwischen den drei Gebietskörperschaften regelt, aber insbesondere dem Umstand geschuldet ist, dass wir aus der Bundesgesetzgebung

heraus durchaus als Land in die Lage versetzt werden, auch wieder Konjunkturkredite aufnehmen zu dürfen. Und dazu ist quasi diese Gemeindefinanzordnung mit abgearbeitet worden. Die Ihnen vorliegenden Änderungsanträge beziehen sich gleich auf Ziffer 3. Ich weise nur der guten Ordnung halber darauf hin, dass ich meinen Job für die Verhandlungskommission damit vollends erledigt habe. Ich habe Ihnen einen, mit der Arbeitsgruppe des Senats zu erwartenden Haushaltsvorschlag unterbreitet, der in enger Abstimmung mir suggeriert, dass dieser Haushalt in einer der nächsten Senatssitzungen durchaus genehmigt wird. Ob diese mitverankerte formale Voraussetzung dieser Gemeindefinanzordnung heute positiv zu begrüßen, dieser Punkt ist obsolet geworden, weil der Gesetzgeber, respektive das Land, über den Senat bereits diese Gesetzgebung beschlossen hat, und nunmehr für die Lesung in die Bremische Bürgerschaft anschiebt. Ich möchte damit zum Ausdruck bringen, dass wenn es als Kritikpunkt kommt, der Senat möglicherweise diesem Haushaltsentwurf trotz vorheriger Abstimmung nicht zu genehmigen. Und als Begründung heranzieht, dass eine Nebenabrede, die mit dem Haushaltsgenehmigungsverfahren relativ wenig zu tun hat, dazu führt, dass dieser Haushalt nicht genehmigt wird, dann sage ich Ihnen, dann werden wir möglicherweise prüfen müssen, welche rechtlichen Schritte wir gegen eine Entscheidung einleiten. Wir haben uns in den letzten Wochen, da bin ich dem Team um meinen Amtsleiter Herrn Emmerlich von der Kämmerei, dankbar. Wir haben Haushaltsberatung mit der Vertretungskommission führen dürfen, die ich mir schon viel früher gewünscht hätte, die ausgeblieben sind. Wir haben uns konstruktiv auseinandergesetzt, wir haben die unterschiedlichen Sichtweisen und die unterschiedliche Definition von Passagen entsprechend ausräumen können. Und wir waren noch mal an so einem Punkt, wo wir gesagt haben, wir müssten eigentlich diese Verhandlung als gescheitert ansehen. Glücklicherweise war es dann wie in Rom bei einer Papstwahl, so irgendwann kam weißer Rauch und wir hatten ein Ergebnis präsentiert. Dieses Ergebnis ist das Minimum, das Minimum, worauf sich der Senat für eine Genehmigung verständigen wird. Wir wissen auch aus der vorangegangenen Haushaltsberatung, dass diese Veränderung zu Veränderungen führen werden. Und wir wissen auch, dass sich möglicherweise auch bisher berücksichtigte Institutionen nicht mehr gewürdigt fühlen, das ist eine Konsequenz aus einer nicht ausreichenden Finanzausstattung. Im Redebeitrag von Herrn Kollegen Stadtrat Günthner ist deutlich geworden, dass es bereits Proteste gibt. Die Proteste kommen aus allen Landeshauptstädten, die dort regierenden Oberbürgermeister, Bürgermeister aus den Rathäusern haben eine Formulierung in Richtung des Bundes und des Bundeskanzlers gegeben, dass zukünftig und vorangegangene Entscheidungen des Bundes zulasten der Länder des sogenannten Konnexitätsprinzips auskömmlich finanziell auszustatten sind. Wir, nicht nur in Bremerhaven, wir als Gemeinden, als Städte in Deutschland sind am Minimum. Wir sind nicht mehr finanziell auskömmlich ausgestattet. Das geht durch alle Bereiche. Und ich habe davor gewarnt, wenn es uns nicht gelingt, mit dem Land in Verhandlung zu kommen, dann werden wir eine Spaltung der Gesellschaft nicht ausschließen können. Das ist etwas, wo ich sage, das will weder die Verwaltung noch die Stadtverordnetenversammlung, aber wir werden uns bei immer weniger Geld darauf verständigen müssen, wie wir dieses Geld einsetzen. Und da sage ich, zunächst sind dann die gesetzlichen Auflagen und Verpflichtungen erforderlich. Und man wird sich sukzessive von freiwilligen Leistungen verabschieden müssen. Ich hoffe, dass uns diese Drangsalität erspart bleibt. Ich hoffe, dass wir nicht nur den Haushalt '25, sondern auch in weiteren Gesprächen mit dem Land eine Verabredung finden, die münden sollte eigentlich auch in eine Neuordnung des innerbremischen Finanzausgleiches, weil nur, weil ich die Forderung zuletzt aufgestellt habe, dass ich, und nicht nur ich, sondern auch meine Kämmerei, der Auffassung sind, dass wir mehr Geld vom Land bekommen müssten, nicht weil wir damit quasi die Anstrengung, die wir zu unternehmen haben, aussetzen wollen, sondern weil wir glauben, dass uns dieser Mehranspruch zusteht. Wir werden heute nur den Haushalt '25 auf den Weg bringen. Aber ich kann Ihnen sagen, ich werde in den anschließenden Gesprächen nicht lockerlassen, meine Position gestärkt durch die Kämmerei weiter

aufrechtzuerhalten. Wir müssen in einen neuen innerbremischen Finanzausgleich eintreten. Ich finde, dass wir, und das habe ich auch an verschiedenen Stellen durchaus detailliert und transparent begründet, dass wir schlechter gestellt werden als die Stadtgemeinde Bremen. Und ich glaube, dass es uns guttut, wenn wir mit vereinten Kräften, und das geht über die Stadtverordnetenversammlung hinaus, das geht auch an die Bremerhavener, adressiert an die Bremerhavener Bürgerschaftsabgeordneten, deutlich machen, wir sind kein Anhängsel, wir sind gleichberechtigter Partner in einem Zwei-Städte-Staat. Lassen Sie mich zum Abschluss nur einen Hinweis geben, Sie gehen ja gleich in die inhaltliche Diskussion, die ich sehr begrüße. Sie werden sich sicherlich über die Formulierung zu Ziffer 3 streiten. Es gibt von der Regierungskoalition einen Änderungsantrag, es gibt von der Opposition Bündnis 90/DIE GRÜNEN+P einen entsprechenden Änderungsantrag. Wenn Sie darauf herumreiten, ich weiß nicht, wer die Synopse kennt, welche Veränderungen eigentlich jetzt eingetreten sind. Es sind nur marginale Veränderungen. Ich habe mir sagen lassen, man stört sich über den sogenannten Sparkommissar. Ich habe mir gerade die Frage gestellt, wenn es eine Gleichbehandlung eines Sparkommissars für beide Stadtgemeinden gibt, und möglicherweise der Finanzsenator Fecker seinem Kämmererkollegen Fecker für die Stadtgemeinde Bremen erklären muss, dass ein Finanzsenator einen Sparkommissar einsetzt, dann finde ich, wird die Diskussion ad absurdum geführt. Ich glaube, da könnte der Senat noch mal nachhaken. Aber es steht mir nicht zu, dem Senat heute zu sagen, was er zu tun und zu lassen hat. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und wünsche uns eine anregende Debatte.

Stadtverordneter ALLERS:

Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich mache schon etwas länger Kommunalpolitik, aber es ist zum ersten Mal, dass ich hier stehe, um ein zweites Mal einen Haushalt hier einzubringen für die Stadt Bremerhaven. Das ist ungewohnt und auch, muss ich sagen, für mich politisch nicht so einfach, das auch dementsprechend hier dann zu begründen, nicht inhaltlich, sondern emotional. Der Schwerpunkt wird bei dieser Debatte das Haushaltssicherungskonzept sein. Der Finanzsenator, wurde eben schon bekannt gegeben, hat den Bremerhavener Haushalt abgelehnt, weil er aus seiner Sicht nicht rechtskonform ist. Und dementsprechend entstand dann der Eindruck, Bremerhaven kann nicht mit Geld umgehen, als einzige Stadt in Deutschland und als einzige Gemeinde. Und da muss man jetzt mal sich das mal genau angucken. Bremerhaven ist nicht die einzige Kommune, die haushaltstechnisch nicht mehr in der Lage ist, den Haushalt auskömmlich zu finanzieren. Die Städte und Gemeinden rutschen in ein Rekordminus. Und der Städte- und Gemeindetag hat schon seit Jahren darauf hingewiesen, wie massiv die Schieflage ist, haushaltstechnisch in der gesamten Bundesrepublik von Nord bis Süd und von Ost bis West. Und selbst die Gemeinden und Städte, die vor einigen Jahren noch einigermaßen finanziell gut dastanden, sind radikal runtergerutscht. Der Oberbürgermeister ist ja oft auf dem Gebiet Städte- und Gemeindetag und tauscht sich mit Kollegen aus. Und da ist es das absolut beherrschende Thema. Und laut dem kommunalen Finanzreport 2025 der Bertelsmann-Stiftung, verbuchen alle Städte und Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland für 2024 ein Minus von 24,8 Mrd. Euro. 24,8 Mrd. Und da muss man ganz deutlich auch mal die Relation sehen, in welchem Bereich wir uns hier befinden. Und die Gründe sind nicht hausgemacht, sondern es ist die Inflation, steigende Sozialausgaben, Tarifierhöhungen und damit auch steigende Personalkosten und so wie höhere Energiepreise. Diese ganzen Themen holen uns tagtäglich in unserer kommunalpolitischen Arbeit immer wieder ein, wo wir versuchen, irgendwo die Löcher noch zu stopfen. Und außerdem haben sich die Personalkosten bundesweit in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Nicht weil man überbordend Personal eingestellt hat, weder in Bremerhaven noch in anderen Städten und Kommunen, sondern weil aus der Zwangslage heraus man mehr Personal brauchte, um diese ganzen Probleme

irgendwie zu fassen. Und dazu kommt auch noch ein großer Stellenaufbau und die Tarifabschlüsse, die man nicht vergessen darf. Und die nächsten Tarifabschlüsse stehen auch uns wieder ins Haus. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben natürlich absolut das Recht auf eine gute Bezahlung, wie es sich gehört. Und gleichzeitig muss man auch immer wissen, bei jeder Haushaltsberatung, die wir in der Vergangenheit gemacht haben, war immer die große Unbekannte, wo liegen ungefähr die Tarifabschlüsse. Vor Jahren habe ich einmal einen Tarifabschluss miterlebt, wir hatten so von 3,8 bis 4,5 Prozent gerechnet, dann noch mal ein kleines Plus einberechnet auf 5 Prozent. Der Tarifabschluss landete bei 7,8 Prozent. Das kriegte man noch gerade irgendwie gelöst. Aber die Menge an Herausforderungen steigen auch für diese Stadt. Und wenn ich noch mal dazu komme, die Sozialausgaben bundesweit sind in den vergangenen zwei Jahren um ein Viertel auf 85 Mrd. Euro in diesem Land gestiegen. Und die Kommunen, die hier benannt werden, wie Bremerhaven, tragen ein großes Spektrum dieser sozialen Ausgaben, die überwiegend bundesgesetzlich geregelt, aber nicht ausreichend vom Bund gegenfinanziert werden. Ich habe da öfters mit meinen Bundestagsabgeordneten gesprochen, ich sage: „Wenn ihr eure Gesetze erlasst, denkt auch daran, wir müssen das irgendwie finanzieren.“ Man kann sich nicht dann immer hinstellen, dass man Gutes für die Bevölkerung tut, und den Rest machen die da unten. Die da unten sind die Gemeinden, die das ganze Sozialsystem am Laufen halten. Ob es ein kleiner Ort ist hier im Landkreis, man hat ja mitbekommen, wie der Landkreis in Schieflage ist. Oder ob es eine Stadt ist wie Bremerhaven, unabhängig von den zusätzlichen Herausforderungen, die wir hier haben in unserer Region, wirtschaftlich, steuerrechtlich und so weiter und so fort. Und das wurde eben schon mal gesagt, wer bestellt, muss auch bezahlen. Man kann nicht ins Restaurant gehen und sagen, wir machen eben mal kurz das Fünf-Gänge-Menü und dann zeigt man auf den, der da am Nebentisch ist, der kann das dann nachher übernehmen, die Kosten. Und so fungiert der Bund. Ich habe immer schon gesagt, eigentlich müsste der Bund sich auch aufstellen, nicht nur bei Kasernen und anderen öffentlichen Einrichtungen, sondern auch bei Kitas und auch bei Schulen, die Neubauten zu finanzieren. Es ist ja gerade eben angesprochen worden, Finanzierung, die wir hier noch gar nicht richtig angesprochen haben, was es auch für Herausforderungen für die Belastungen der Kommunen bedeutet. Es ist gerade heute in der Nordsee-Zeitung berichtet worden über die Eröffnung der neuen Grundschule Lehe. Und auch dass diese finanziert worden ist über ein Modell. Und da möchte ich Ihnen mal ganz kurz mal aufweisen, was wir für Abzahlungszeiträume haben, nur an einem einfachen Beispiel. Die Eishalle, die wir hier vor round about zwölf bis 14 Jahren hier errichtet haben, werden wir mit den letzten beiden Tranchen 2048 und 2051 abbezahlt haben. Und noch interessanter ist es, dass wir dieses und nächstes Jahr die letzten beiden Tranchen für den Anbau der Stadthalle abbezahlt haben, die 1992 gebaut worden ist, das war nur das Rondell und das Foyer. Und diese Belastung ziehen wir mit durch. Gerade auch bei den gesamten Bereichen Sporthallen, Schulen, Kitas und so weiter. Und die Kommunen sind, und auch wir in Bremerhaven sind nicht mehr in der Lage, das einfach locker aufzufangen. Das ist nicht mehr möglich. Gestern haben die Oberbürgermeister der Landeshauptstädte klipp und klar deutlich gemacht, dass sie ihre Städte finanziell am Limit sehen, finanziell am Limit. Und das ist jetzt nicht einfach so nach dem Motto, wir springen mal auf den fahrenden Zug auf. Aus Stuttgart, der Oberbürgermeister hat klipp und klar gesagt, wir können nicht mehr, finito, es geht nicht. Und das ist ein Brandbrief an die Bundesregierung der Landeshauptstädte aller 13 Flächenländer. Bremen, Hamburg, Berlin habe ich da nicht wahrgenommen, entweder ist es zu unwichtig für Bremen oder man hat anscheinend im Rathaus keine finanziellen Probleme. Und da muss ich auch noch eins ganz deutlich sagen, was uns auch massivst hier in Schwierigkeiten bringt, dass Bremerhaven die einzige Kommune ist, die einzige im ganzen Bereich der Bundesrepublik Deutschland, die herangezogen wird zur Sicherung des Stabilitätspakts, des Finanzausgleiches. Das muss man sich mal vorstellen, Bundesland wie Niedersachsen müsste dem Bund mitteilen: Wir haben Probleme, wir

können unseren Verpflichtungen nicht nachkommen, weil die Stadt Göttingen, die habe ich mal rausgesucht, nicht aufgrund der finanziellen Situation, sondern aufgrund der Einwohnerzahl, den Stabilitätspakt gefährdet, weil sie nicht mehr zahlungsfähig sind in der Form, dass sie nicht mehr den finanziellen Beitrag leisten zwischen dem Bundesland und dem Bund. Bremerhaven ist die einzige, das muss man sich vorstellen, das ist die einzige Kommune, die dieses auch noch mit schultern muss. Wir reden heute über das Haushaltssicherungskonzept. Bremen hat Bremerhaven aufgefordert, ein Haushaltssicherungskonzept zu beschließen, damit das Land Bremerhaven weiterhin finanziell unterstützt. Und das sieht eigentlich so aus, als wenn Bremerhaven grundsätzlich nicht mit Geld umgehen kann und maßlos über seine Verhältnisse leben würde. Man muss nur den Haushalt anschauen, wo die meisten Mittel hinfließen und was davon abgedeckt wird. Und das ist absolut nicht der Fall. Uns fehlen einfach die finanziellen Mittel, um unsere gesamten Infrastrukturen zu unterhalten, Schulen, Kitas und so weiter und so fort. Wir bauen drei neuen Schulen, aber auf der anderen Seite haben wir Riesenprobleme, unsere jetzt hier stehenden Schulen überhaupt sanieren zu können. Seestadt Immobilien eiert von einer Ecke zur nächsten. Die STÄWOG hilft und unterstützt. Wir haben Arbeitsmarkträger, die auch noch da mit einspringen. Aber die Schulen in ihrer Form und auch die Sporthallen sind in dieser Größenordnung einfach nicht mehr so zu sanieren, wie wir es eigentlich müssten, weil wir es nicht mehr können. Und was ich auch deutlich sagen muss, mit diesem Haushaltssicherungskonzept, da komme ich jetzt gleich zu, sind wir Bremerhaven auch wirklich finanziell ins absolute Limit gegangen. Mehr ist nicht mehr möglich. Also die Zitrone ist nicht ausgepresst, die Zitrone ist platt. Und immer noch deutlich zu machen, was wir hier wirklich uns mühsam abgerungen haben an Einsparung ist, 2025 werden wir 20 Mio. einsparen aus diesem Haushalt, 2026 27,8 und 2027, das ist ja dann die Legislaturperiode, 33,8 Mio. Euro. Dann können wir uns natürlich auch keine Eskapaden mehr leisten, dann heißt es nämlich wirklich sparen wie bei der Goethe-Schule, wir switchen mal ganz kurz um. Und dieses Haushaltssicherungskonzept, muss man ganz deutlich sagen, gliedert sich natürlich auf in strukturelle Maßnahmen. Beim Personal, der Protest ist da, eine Stellenreduzierung um 101 Stellen in den nächsten vier Jahren. Ich sage auch gleich, das Haushaltssicherungskonzept ist angehängt, kann im Internet gelesen werden, Seite 10, kann man alles nachlesen, was dann auf die Stadt zukommt. Ist eine Reduzierung um 3 Prozent. Und das berichte ich jetzt nicht hier und vertrete es, weil es mir Spaß macht, sondern es sind Notwendigkeiten, die wir einführen. Und das heißt also, Ziel ist es daher, die Personalausgaben der übrigen Verwaltung bis 2029 nachhaltig auf dem Niveau von 2024 fortzuschreiben ist, auf Seite 9. Das heißt, Bremen hat uns auferlegt: Ihr habt die Personalkosten zu deckeln, außer bei gewissen Ausnahmen, Polizei, Lehrkräfte und Kitas. Ich verweise aber nur auf die Herausforderung, die wir haben in sozialen Bereichen und in vielen anderen Bereichen, wo es um Unterhalt geht von Gebäuden und, und, und, und. Wir brauchen auch Personal, um diese ganzen Maßnahmen abdecken zu können. Und dementsprechend hat der Magistrat der Stadt Bremerhaven natürlich ein Bündel von Steuerungsmaßnahmen, den Anstieg der Personalkosten, kurz-, mittel- und langfristig begrenzen müssen. Weitere Maßnahmen sind strukturelle Maßnahmen. Sozialleistungsausgaben werden wir hier runterfahren um 1,6 Mio. Euro 2025, 5,1 Mio. Euro 2026 und 9,4 Mio. Euro 2027. Und das fällt einer Stadt nicht leicht. Und jedem ist vollkommen in diesem Hause bewusst, was das bedeutet. 2027 9,4 Mio. Euro, das sind fast 10 Mio. Euro, bei einem Haushalt, der gerade mal knapp 1 Mrd. hat. Und die strukturellen Maßnahmen bei den Investitionen, alleine um 3,3 Mio. Euro runterfahren, Investitionen in strukturelle Maßnahmen. Und genauso auch, das hört sich natürlich ein bisschen einfach an, stellenbezogene Sachausgaben, 2026 und 2027 jeweils um eine halbe Million Euro zu kürzen. Und wo nicht gekürzt wird, wird gedeckelt. Nicht weil man nicht kürzen kann, sondern wir müssen wir einen Deckel drauf halten. So, das heißt bei den Zuschüssen und Zuwendungen, den Deckel 2026 2,7 Mio. und 2027 3,4 Mio. Und bei den strukturellen Maßnahmen, sonstige konsumtive Aufgaben gedeckelt 1 Mio. 2026 und 2027 1,7 Mio., dazu kommt auch

noch die Ämterumlage. Und dann komme ich zum Punkt, der ganz entscheidend ist, das sind die städtischen Beteiligungsmaßnahmen. Unsere städtischen Gesellschaften ächzen unter den Herausforderungen und wissen auch nicht mehr, wie sie diesen finanziellen Herausforderungen überhaupt noch bewältigen sollen. Und da werden wir trotzdem sämtliche städtische Gesellschaften durchleuchten müssen und die Geschäftsführer sind dann dementsprechend auch aufgefordert, hier den Beitrag zu leisten. Das wird nicht ohne Schrammen und Beulen abgehen. Und ich bin gespannt, was an Einsparungsvorschlägen dann von den städtischen Geschäftsführern hier dann vorgelegt werden kann. Und dann muss man auch ganz deutlich, es ist schon öfters mal gesagt worden, aber ich habe gerade über unsere städtischen Gesellschaften gesprochen wie die BVV oder auch die Bädergesellschaft, die Herausforderung hat mit den Bädern. Die sind nicht alle tiptopp in Ordnung, da stehen große Investitionen an. Und gleichzeitig erleben wir, wenn wir hier ein Haushaltssicherungskonzept erstellen müssen, wie in Bremen die Spielchen gemacht werden zwischen der BSAG und der Geno Nord. Wir verschieben mal wieder kurz von Bremen Stadt auf Bremen Land und dann haben sie nachher festgestellt, oh, jetzt haben die Bremerhavener doch noch protestiert, Mist, erwischt, Entschuldigung, es war ein Versehen, wollten wir eigentlich nicht so. Und da muss ich eins ganz deutlich sagen, unser Haushalt ist glasklar und transparent. Wir haben hier keine Möglichkeiten, irgendwo was woanders hinzuschieben. Schön wäre es ja gewesen, wenn das Land gesagt hätte: „Wir unterstützen die BSAG, Bremerhaven, wie sieht es bei euch denn aus?“, die Bilanzen kann jeder lesen, sie sind öffentlich, das ist im zweistelligen Millionenbetrag, „können wir euch unterstützen, in welcher Form und welcher Größenordnung? Wie sieht es bei den Bädern aus? Wie sieht es bei eurem Krankenhaus denn aus als Vollversorger?“ Reinkenheide deckt ja nicht nur die Bevölkerung hier in Bremerhaven ab, einer der größten Arbeitgeber dieser Stadt, sondern auch den gesamten Landkreis und auch die andere Weserseite. Und es sind nicht wenige, die aus Bremen kommen, die sich hier medizinisch versorgen lassen. Wir haben keine Schranke nach dem Motto: Wir möchten gerne erst mal Ihren Gesundheitspass sehen, oh, Landkreis Cuxhaven, kostet 15 Prozent mehr. Der Landkreis macht das auf einer ganz anderen Ebene mit seinen touristischen Einrichtungen, ob Bremen oder auch in Cuxhaven, da heißt es dann, alle, die nicht Einwohner sind, zahlen eben so und so viel Prozent mehr. Das machen wir nicht. Aber uns hier ins Carrée zu stellen, Bremerhaven kann keinen Haushalt aufstellen, der nicht auskömmlich finanziert ist, muss ich auch ganz deutlich den Bremer Finanzsenator fragen, wie sollen wir das machen mit den zusätzlichen Themen, die uns aufgebürdet werden? Ich habe mich auch manches Mal gefragt, wie sieht man das eigentlich aus Bremen gegenüber Bremerhaven? Und wir kommen heute ja noch zu einer Debatte bezüglich der Antragsänderung. Da möchte ich auch kurz darauf eingehen. Ich habe eben kurz das Haushaltssicherungskonzept in seiner Größe dargestellt. Und eins ist auch ganz deutlich, es kann sich auch kommunalpolitisch sich niemand hier rausreden: Das ist viel zu umfangreich, das konnte man in der Kürze nicht lesen. Das sind 15 Seiten, nicht mehr und nicht weniger. Und alles, was sich daraus an Fragen entwickeln kann, da steht die Kämmererei, der Kämmerer auch zur Verfügung. Und dieses, ich sage es mal ganz offen, dieser Austausch zwischen Bremen und Bremerhaven in den letzten zwölf Monaten bezüglich des Austausches über den Haushalt in Bremerhaven, habe ich noch nie erlebt, solange ich Kommunalpolitik mache. Das Umgehen mit der Stadtgemeinde aus dem Bremer Rathaus heraus und auch vom Finanzsenator, das war, muss ich ganz ehrlich sagen, nicht, wie man sich das in einem Zwei-Städte-Staat vorstellt, Augenhöhe gibt es nicht, sondern die da oben, die da unten. Natürlich sind wir am Ende der Nahrungskette. Der Bremer Senat kann beschließen, was er will, ein Bundesland wie Niedersachsen wird sich auch nicht daran ausrichten, ob da noch irgendwie das Kommunalparlament von Cuxhaven noch groß was dazu beizutragen hat. Aber hier geht es auch noch um eine besondere historisch gewachsene Situation über Jahrzehnte, wenn Bremen immer berichtet: Ihr in Bremerhaven, die Häfen. Nein, das sind nicht unsere Häfen. Das sind die stadt- und landesbremischen Häfen. Und dafür hat man auch

Verantwortung zu tragen. Und wenn man denen dann auf einmal aufzeigt, auch haushaltstechnisch, das ist schön, dass ihr unsere Infrastruktur nutzt, damit die Häfen genutzt werden, wir müssen aber die Kosten bezahlen. Auch die Barkhausenstraße, die permanent runtergerockt wird, ich sage es mal ein bisschen lapidar, oder aber auch die Rickmersstraße, oder aber auch die Wurster Straße bis zum Tunnel und selbst die Tunnelkosten, da muss ich auch sagen, muss man auch noch etwas nachverhandeln. Und der Hinweis, ja, das sind ja Arbeitsplätze in Bremerhaven, da muss man sich mal die Einpendler angucken, das ist nicht mehr wie vor 30, 40 Jahren, dass die meisten Werftarbeiter und Hafenarbeiter und Angestellten in Bremerhaven wohnen. Die wohnen drum herum. Die Steuergelder fehlen uns. Das macht sich bei jeder Haushaltsdebatte immer wieder bemerkbar, dass wir die Steuereinnahmen nicht haben. Und das bedeutet auch für den Bremer Senat auch ein Umdenken. Man hat es ja auch gesehen an der Nordmole, nach dem Motto: Ja, die müssen wir unbedingt ja mal machen, weil die Bremerhavener ihre Nordmole lieben, das hat damit nichts zu tun, sondern es sind einfach Infrastrukturmaßnahmen, die umgesetzt werden müssen. Und wir, muss ich auch deutlich sagen, strecken uns schon ganz schön bis an das Ende der Decke. Und dann kommen natürlich noch die ganzen Auflagen des Bundes dazu, ob es Klimaschutz ist, ob es die Versorgung mit Kitas ist, Ganztags-Kitas, Mensen und so weiter und so fort. Das muss eine Stadt wie Bremerhaven mit seinen ungefähr, die einen sagen 110.000 die anderen sagen 118.000 Einwohner, ich bin positiv, ich sage mal ca. 120.000 Einwohner, hier mit seinen sozialen Strukturen wuppen, als Oberzentrum, mit allem, was wir haben. Wir fangen auch nicht an, das Stadttheater auf einmal neu auszurichten, wer aus dem Landkreis kommt, zahlt den doppelten Preis, das können wir gar nicht, sondern es wird alles gleichbehandelt. Aber wir müssen die Kosten immer wieder reinholen, das habe ich auch gesehen bei der Haushaltsdebatte, beim Stadttheater, um 17 Mio. Euro. Was heißt das im Umkehrschluss? Im Umkehrschluss heißt es, dass Bremerhaven deutlich politisch sich positioniert hat, dass der Umgang mit uns so nicht mehr weitergehen kann. Bremerhaven, Bremen kann das natürlich fortführen. Und deswegen auch komme ich jetzt mal zum Änderungsantrag, den wir hier einbringen werden. Ich lese den mal ganz kurz vor, hat nicht jeder vorliegen. Es geht um Position 3 auf dem Papier. Unser Änderungsantrag lautet der Koalition, ich habe Sie nicht vergessen, Herr Raschen: „Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, dass ihr der Gesetzentwurf des Senats zur 'Ausführung der kommunalen Finanzaufsicht' umgehend zur Kenntnis gegeben wird, damit sie sich inhaltlich damit beschäftigen kann.“ Eine Frage, Herr Stadtverordnetenvorsteher, wenn ich jetzt meine Redezeit beendet ist, kann ich danach den Antrag noch mal neu begründen? Dann werde ich den Antrag nachher einbringen, weil wir als Fraktion ja noch dreimal fünf Minuten Redezeit haben. Richtig? Gut. Weil Sie eben geläutet haben. Dann bedanke ich mich erst mal für die Aufmerksamkeit bezüglich des Haushaltssicherungskonzeptes, danach wird von mir auch noch mal, ich sage es, die SPD wird ihn einbringen, in Abstimmung mit der CDU und FDP, dann unseren Änderungsantrag zur Haushaltssicherung einbringen.

Stadtverordneter RASCHEN:

Ich bin jetzt seit 1995 Mitglied der Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung. Dass das Land uns einen Haushalt nicht genehmigt hat, ist auch für mich ein erstes Erlebnis, aber kein positives. Und natürlich ist Bremerhaven anders zu bewerten als eine Stadt in einem Flächenland, weil im Land Bremen gibt es zwei Städte, Bremen und Bremerhaven. Nur anders als in Bremerhaven hat die Stadt Bremen ganz wenig eigene Beschäftigte, weil die meisten Beschäftigten arbeiten für das Land und machen die Arbeit für die Stadt mit. Und deswegen ist die Vergleichbarkeit zwischen Bremen und Bremerhaven auch sehr unterschiedlich. Wir haben im Juni hier einen Haushalt beschlossen, der gut begründet war und der genehmigungsfähig gewesen wäre. Man hat die ganze Zeit, über sechs Wochen verstreichen lassen und hat einen Tag vor dem Ereignis nach zehn Jahren wiederbelebt, SAIL 2025, uns mitgeteilt, dass

sie den Haushalt nicht genehmigen. Es gab in der ganzen Zeit keine Gespräche, man hat einfach sechs Wochen verstreichen lassen. Und hat uns einen Tag vor diesem Ereignis, SAiL 2025 mitgeteilt: „Wir genehmigen den Haushalt nicht.“ Und Herr Allers hatte ja angefangen, ich versuche das jetzt noch zu begründen, der Punkt 3 im Beschlussvorschlag: „Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt den Erlass einer Gemeindefinanzordnung zur Konkretisierung der Kommunalaufsicht gemäß Artikel 147 der Landesverfassung, verbunden mit der Erwartung, dass auf dieser landesrechtlichen Grundlage die Finanzaufsicht über die Stadtgemeinde Bremen und die Stadt Bremerhaven als Teil der Kommunalaufsicht rechtssicher und abschließend geregelt wird.“ Sie alle 48, sollen etwas begrüßen, was der Senat am Dienstag beschlossen hat. Und ich glaube, nur ganz wenige haben das, was der Senat beschlossen hat, die Bremische Bürgerschaft hat es noch gar nicht beschlossen. Und das wird jetzt auch unsere große Aufgabe sein, auch unsere Kollegen in Bremen, hier aus Bremerhaven, auch der Koalition, hinzuwirken, dass das eben so in Bremen nicht beschlossen wird, weil die kontrollieren uns, was soll denn Fecker machen? Morgens als Landessenator den kommunalen Senator beschimpfen, das wird ja nicht passieren. Das heißt, wir werden nur auf Bremerhaven gucken und das kann so nicht weitergehen. Ach so, und deswegen bringen wir jetzt diesen Antrag hier ein, und das gehört auch damit zu, es kann natürlich auch nicht angehen, dass wir Koalition, SPD, CDU und FDP, jetzt sagen, wir verschieben dieses Thema mit der Kommunalaufsicht, gleichzeitig aber eine Senatorin aus Bremerhaven am Dienstag das mit beschließt. Hier müssen wir jetzt auch mal gucken, dass Bremerhavener Funktionäre in Bremen auch mal die Jacke Bremerhavens anziehen und deutlich Kritik üben, weil sonst wird Bremen immer weiter gegen Bremerhaven arbeiten. Und das ist die Situation. Es ist einfach, weil zwei unterschiedliche Koalition in Bremen SPD, Grüne und Linke, und hier SPD, CDU und FDP. Das kann aber nicht in der Konsequenz bedeuten, dass Bremen uns von oben herab behandelt, das muss endlich ein Ende haben. Bürgermeister Neuhoft hat eben vorgetragen, im April '25 - April '25, also fast ein halbes Jahr - gab es die ersten Überlegungen. Und zwei Tage, bevor wir hier heute tagen, beschließt der Senat das. Und das zeigt einfach, wie es einfach nicht geht. Und so kann man miteinander nicht umgehen. Und das muss hier auch deutlich anders werden. Ich erinnere noch mal daran, der Staatsgerichtshof hat gerade diese Landesregierung, die uns erzählen will, dass wir nicht mit dem Haushalt umgehen, deutlich in die Schranken verwiesen. Deutlich in die Schranken verwiesen. Meine Fraktion in Bremen hat beide Prozesse gewonnen. Und diese Landesregierung, anstatt mal in sich zu gehen, macht genauso weiter und tut so auf uns. Sie selber haben Hausaufgaben zu machen. Wir machen hier heute ein Haushaltssicherungskonzept. Wo ist denn das Haushaltssicherungskonzept des Landes Bremen und der Stadt Bremen? Es gibt nur ein Haushaltssicherungskonzept für Bremerhaven. Unsere Verfassung sagt aber auch, es hat gleiche Lebensbedingungen in Bremen und Bremerhaven zu geben. Wenn wir uns jetzt Auflagen machen, Dinge zurückzufahren, wo Bremen nichts macht, dann kann es die gleichen Lebensbedingungen in Bremen und Bremerhaven nicht geben. Dann wird es irgendwann zu einer drastischen Verschlechterung kommen. Ich nehme mal das Beispiel ÖPNV. Bremen baut für 99 Mio. Bremen Nord elektrisch aus, 99 Mio. Euro. Das Land Bremen gibt 60 Mio. Euro für einen Betriebshof Elektromobilität in der Stadt Bremen aus. Eine einzige Straßenbahnverlängerung kostet 82 Mio. Euro, round about, nur diese paar Sachen, 240 Mio. Euro. Jetzt kommt das Gegenbeispiel, Bremerhaven Bus hat für sieben portugiesische Wasserstoffbusse 5,6 Mio. Euro vom Land bekommen. Und für die drei Mercedes, die jetzt dieses Jahr gekommen sind, als Bundeszuschuss 1,1 Mio. Euro. Macht 6,7 Mio. Euro gegen 240 Mio. Euro. Wie man daraus ableiten kann, dass es doch gleiche Lebensbedingungen gibt, erschließt sich mir nicht. Dann gibt es Vergleiche, Feuerwehr, angeblich ist unsere Feuerwehr zu groß. Kann man die Feuerwehr Bremerhaven mit der Feuerwehr Bremen vergleichen? Nein, geht nicht. Unsere Feuerwehr macht den Rettungsdienst, der ist refinanziert, macht Bremen nicht. Wir haben den Autobahnvertrag, der ist refinanziert, Bremen nicht. Wir haben den Hafenvertrag, ist refinanziert, macht Bremen nicht. Und

wir haben die gemeinsame Leitstelle der Stadt Bremerhaven, des Landkreises Osterholz und des Landkreises Cuxhaven, auch refinanziert. Deswegen, wenn ich nur die reinen Zahlen betrachte, Bremen, Bremerhaven, habe ich hier natürlich ein Missverhältnis. Das muss man aber zur Ehrlichkeit der Zahlen dazu sagen. Und deswegen, man kann nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Jede Kita-Beschäftigte ist in unserem Personalkörper, in Bremen nicht, weil da gibt es nämlich einen Eigenbetrieb, Kita Bremen. Auch das kann ich dann so nicht vergleichen. Hilfe zur Erziehung, nur mal, um die Probleme auch deutlich zu machen, ein Platz für ein Kind, was ich aus der Familie nehme, kann bis zu 17.000 Euro im Monat bringen. Daher kommen auch die Mehrbedarfe in dem Bereich. Aber jeden Euro, den ich da ausbebe, der fehlt natürlich im Straßenbau, in der Unterhaltung von öffentlichen Gebäuden, überall. Und wer jetzt glaubt, dass uns die Bundesmittel, wenn wir sie denn bekommen, ca. 16 Mio. Euro pro Jahr nehmen können für die Investition, Quatsch, 15 Mio. insgesamt kriegen wir dann irgendwann. Auch Bremen, Bremerhaven werden in ihre Infrastruktur investieren müssen. Und dazu braucht man einfach Luft zum Atmen. Und deswegen, Herr Neuhoff hat es gesagt, Herr Allers hat es auch gesagt, die Finanzausstattung ist das A und O, worüber wir reden müssen. Und ja, wenn der Bund, Europa oder das Land irgendwas bestellt, dann müssen sie uns auch das Geld geben. Und liebe Grünen, diese Koalition betreibt keine sorglose Finanzpolitik. Sonst nennen Sie uns bitte gleich irgendein Beispiel, wo wir Geld verschwenderisch ausgeben. Wenn wir auch nur ansatzweise so verschwenderisch mit Geld umgehen würden, wie Ihre Landesregierung, dann hätten Sie einen Grund dafür. Aber wir gehen sehr sorgsam mit Geld um, wir versuchen nur mit unseren begrenzten Mitteln, die wir haben, Dinge zu realisieren. Und dabei schieben wir bestimmte Dinge schon ganz, ganz lange vor uns her, aber die wir auch irgendwann in Angriff nehmen müssen. Ich gebe Ihnen das Beispiel Kaje-Sanierung. Wir reden hier, oder haben vor zehn Jahren von 50 Mio., wahrscheinlich reden wir jetzt von 60 bis 70 Mio. Euro. Irgendwann werden wir dieses Thema angehen müssen. Dazu brauchen wir aber auch irgendwie eine Atmungsfähigkeit, Luft im Haushalt. Und die ist einfach zurzeit nicht da und das muss sich letztendlich irgendwann auch ändern. Ich glaube, langsam kann ich auch zum Ende der Begründung kommen, weil die Diskussion haben wir ja schon vor ein paar Monaten gehabt, und das ist ja derselbe Antrag. Er hat sich ja nicht im Grunde geändert, Bürgermeister Neuhoff hat das ja gesagt. Ein weiteres Problem, was zu Bremerhaven auch dazu führt, jeden Tag verlassen mehr als 50 Prozent aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer diese Stadtgemeinde. Mit ihren Steuergeldern tragen sie nichts zur Unterhaltung unserer Infrastruktur bei, die wohnen im Landkreis. Das ist natürlich für eine Stadt mit unserer Größenordnung tödlich irgendwann, 115.000 Einwohner und die 50 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gehen raus. Wir sind jetzt im fast November 2025 und haben eventuell in drei Wochen einen genehmigten Haushalt. Dann hat das Jahr noch vier Wochen, das ist nicht mehr allzu viel. Das darf sich auf alle Fälle für die Haushalte 2026 und 2027 nicht wiederholen. Das heißt, wir müssen im Einklang mit Bremen sehr früh, spätestens April, den Haushalt für diese beiden Jahre beschließen. Wir dürfen uns nicht noch mal von Bremen abhängen lassen, dass Bremen Haushalte hat und wir nicht, weil das können wir den Menschen irgendwann in Bremerhaven nicht mehr erklären. Und deswegen müssen wir sehen, dass wir im Einklang mit Bremen unseren Doppelhaushalt nächstes Jahr rechtzeitig am Jahresanfang beschließen. Das bedeutet für die Verwaltung, aber auch für uns als Koalition, sehr viel Arbeit, aber am Ende muss ein gutes Ergebnis stehen. Und es darf dabei nicht herauskommen, dass in den Medien auf einmal das Gerücht suggeriert, dass der REV Bremerhaven, also der Stammverein der Fischtown Pinguins seinen Betrieb einstellt. Natürlich müssen wir eine Lösung für die 120.000 Euro gewinnen oder finden. Es ist selbstverständlich, weil die sind natürlich der Unterbau für die Fischtown Pinguins. Mittlerweile spielen zwei aus der Jugendarbeit in der Profimannschaft, und das muss irgendwie gesichert werden. An 120.000 Euro darf es nicht scheitern, aber vielleicht sollte man auch erst die Gespräche suchen, bevor man gleich in die Öffentlichkeit geht. Aber auch dafür werden wir eine Lösung

finden. Zum Ende meiner Rede möchte ich mich sehr intensiv bei der Kämmerei und ihrem Chef, dem Bürgermeister Neuhoﬀ für die zurückliegenden Wochen und Arbeit bedanken. Ich kenne den Kollegen Neuhoﬀ auch schon über 30 Jahre, die letzten Wochen waren sehr anstrengend für ihn gewesen. Aber am Ende gibt es ein Ergebnis und dafür bedanke ich mich bei allen Beteiligten, dass wir jetzt zu dem Weg gekommen sind. Und ich hoffe, und da nehme ich Herr Neuhoﬀ auch beim Wort, wer in Bremen es wieder wagen sollte, diesen Haushalt nicht zu genehmigen, vielleicht weil wir diesen einen dritten Passus nicht mit beschließen, dann sind wir sehr nah dran an einem Klageweg. Und dann muss es auch diese Klage geben, damit man mal klare Voraussetzungen schafft. Dass Bremen nicht ganz rechtssicher ist, hat man ja gesehen an dem Klageverfahren der CDU. Vielleicht sollte die Stadt Bremerhaven auch Bremen verklagen, wenn das der Weg ist, um miteinander umzugehen. Wir werden den Haushalt mit unserem Änderungsantrag entsprechend beschließen. Wir bitten um Zustimmung unserer Anträge.

Pause von 12:25 Uhr bis 13:32 Uhr

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Dieser Haushalt ist kein Neuanfang. Im Juni 2024 sagte Herr Raschen in diesem Gremium, ich zitiere: „Wir beraten heute nur den Haushalt für das Jahr 2024 und werden uns im Herbst mit dem Haushalt 2025 beschäftigen.“ Nun, Herr Raschen, dass wir aber hier vom Herbst 2025 statt '24 sprechen, das wäre nett gewesen, wenn Sie uns das schon damals mitgeteilt hätten. Und wenn man sich die Zeitachse anguckt, den Haushalt für '24 haben wir im Juni beschlossen, den Haushalt für 2025 bestenfalls, wenn wir Glück haben, dann wird dieser hier dann auch genehmigt, dann ist er im Herbst 2025 genehmigt worden. Wer weiß, wo wir dann beim Haushalt 2026 landen, der Perspektive nach nicht vor '27. Wir diskutieren hier also heute über den Haushaltsentwurf 2025 und das nicht zum ersten Mal, sondern zum zweiten Mal, denn der erste Entwurf wurde, wie die Vorredner auch bereits erwähnt haben, abgelehnt und es gab einige Auflagen. Eines der größten Probleme, dass wir hier jetzt schon wieder stehen und über einen Haushalt diskutieren, ist, dass es sich hierbei um einen Zeitfresser handelt, denn beim Doppelhaushalt diskutiert man gleich beide Haushalte. Jetzt haben wir den zweiten Entwurf für 2025, wir sprechen also das zweite Mal über den Haushalt für dieses Jahr und immer gehen Stunden dafür drauf. Stunden, die wir eigentlich nicht für uns selbst nutzen sollten, und dass wir uns hier gegenseitig alles schönreden, sondern dafür, dass wir in den Ausschüssen arbeiten, dafür, dass wir uns mit den Unterlagen befassen, dafür, dass wir uns in den Gremien mehr einbringen können. Dafür sollte die Zeit genutzt werden und nicht dafür, entsprechend oft über den Haushalt zu diskutieren. Ein Haushalt, der im Übrigen erst im letzten Quartal dieses Jahres verabschiedet wird, kann übrigens kein Zeichen funktionierender Planung und stabiler Haushaltsführung sein. Letztlich ist es ein Eingeständnis dafür, dass man nicht in der Lage ist, einen genehmigungsfähigen Haushalt und inhaltlich tragfähigen Haushalt vorzulegen. Ja, die Rahmenbedingungen sind schwierig, ich glaube, da sind wir uns auch alle einig. Und genau deswegen geht auch unser ausdrücklicher Dank an die Verwaltung, dafür, dass sie trotz dieser schwierigen Umstände einen Haushalt aufgestellt hat. Die Vorgaben aus Bremen sind eng, die Zuweisungen knapp, die Schuldenbremse zwingt zur Disziplin. Niemand bestreitet das. Aber entscheidend ist, wie man mit dieser Lage umgeht. Und genau hier liegt das Problem, meine Damen und Herren. Denn dem Haushalt ist ein Konsolidierungskonzept, ein Haushaltssicherungskonzept beigelegt. Die eigene Aussage zu diesem Haushaltssicherungskonzept ist, es ziele darauf ab, in einem Zeitraum von bis zu zehn Jahren eine strukturelle Ausgabendeckung zu erreichen. Zehn Jahre, das klingt erst mal nach Langfristigkeit, nach Planung und nach einer Strategie. Aber tatsächlich bedeutet es, man will keine Reform, sondern man vertagt sie lediglich. Ein Zeitraum von zehn Jahren ist in der Kommunalpolitik

eine Ewigkeit, meine Damen und Herren. In Wahrheit sagt dieser Satz nichts anderes aus, als dass man sich vor echten Entscheidungen drückt. Und das ist kein Kurswechsel, das ist ein Zeitkauf, meine Damen und Herren. Es verschiebt das Problem lediglich in die Zukunft. Und es steht im Papier selbst, schwarz auf weiß, eine nachhaltige Konsolidierung kann nicht allein durch Mehreinnahmen erreicht werden, sondern es bedarf struktureller Veränderungen. Und das Bemerkenswerte daran ist, das sagen wir schon seit Jahren von Bündnis Deutschland, wir brauchen strukturelle Veränderungen und nicht nur Kosmetik. Aber immerhin, jetzt steht es endlich auch in einem Papier der Kämmerei. Gratulation dafür. Dennoch zieht man in dem Papier keine Konsequenzen, die Kämmerei gibt sogar selbst zu, dass die bisherigen Entlastungsmaßnahmen bislang keine ausreichende Wirkung entfalten. Man erkennt also an, dass die bisherigen Strategien nicht funktionieren, und trotzdem setzt man denselben Kurs fort, nur in neuem Layout. Unser Beitrag zu diesem Haushalt ist kein Änderungsantrag, sondern unser eigenes Sparkonzept, was wir dieses Jahr im Sommer vorgestellt haben. Denn trotz fehlender Einbindung in die Verwaltungsstrukturen haben wir einen Plan vorgelegt, der den Namen Plan auch verdient. Herr Allers, vorhin in Ihrer Rede haben Sie gesagt, wir sind am Limit, mehr können wir nicht sparen. Ehrlich gesagt, klingen Sie wie viele der Klienten von Peter Zwegat, wer ihn noch kennt, der Insolvenzberater. Sie erkennen an, dass Sie mit den vorhanden finanziellen Mitteln nicht auskommen, aber Sie verwehren sich noch gegen die Erkenntnis, was Sie selbst an Sparmöglichkeiten haben. Sparen ist nicht bequem, sich zurückzunehmen und seinen Lebensstil zu verändern, tut weh. Einen Plan, der konkrete Schwerpunkte setzt bei Personal, die konsequente Überprüfung und Streichung, ja, Sie haben da so kleine Ansätze gemacht, aber das große Ganze wollen Sie nicht angehen, denn es müsste eine komplette Überprüfung des Personalkörpers erfolgen. Und es müsste dafür gesorgt werden, dass eben Stellen, die eben nicht mehr benötigt werden oder die man durch andere Bereiche auffangen könnte, auch gestrichen werden. Und nein, dadurch wird keiner vor die Tür gesetzt, es würden lediglich Stellen, die irgendwann nicht mehr besetzt werden, die irgendwann auslaufen, nicht mehr neu besetzt werden. Oder Verträge, die eben sowieso befristet waren, auslaufen. Damit muss jeder, der einen befristeten Arbeitsvertrag hat, auch rechnen. Und es rächt sich für Sie jetzt, dass man die Stellen konsequent unbefristet angelegt hat. Was wir im PuO-Ausschuss, also im Personal- und Organisationsausschuss konsequent kritisiert haben. Und in Bezug auf die Digitalisierung haben wir hier im Land Bremen, aber vor allem in der Stadt Bremerhaven ein ganz großes Problem, denn wir digitalisieren hier und dort und da hinten und da vorne, aber wir haben keinen Plan. Wir wissen nicht, die Verwaltung, diese Koalition, weiß nicht, was für Stellen und was für finanzielle Mittel eingespart werden können durch die Digitalisierung, zumindest bleiben diese Fragen grundlegend offen. Es wird nicht gesagt, wenn wir das und das in der Digitalisierung umsetzen, können wir ungefähr zu dem Zeitpunkt so und so viele Stellen oder finanzielle Mittel sparen. Deswegen, es braucht einen Fahrplan für die Digitalisierung, der auch eine gewisse Kontrolle ermöglicht, auch bei Immobilien und Beteiligungen in der Verwaltung selbst und bei den beschlossenen Projekten. Wir benennen nicht nur die Probleme, sondern wir zeigen auch Wege auf, wie die Stadt ihre Kernkosten dauerhaft setzen kann in unserem Konzept. Und das ist der Unterschied zwischen einem Prüfauftrag, wie ihn die Kämmerei jetzt gerade vorgelegt hat, und einer Strategie. Das Konzept der Kämmerei bleibt vage, es bekennt sich zwar zu einer aufgabenkritischen Überprüfung, aber in der Praxis beschränkt sich das auf Symbolpolitik. In der Anlage zum Haushaltssicherungskonzept finden sich Beispiele, die das deutlich machen. Der Verzicht auf das Catering bei Empfängen soll 15.000 Euro einsparen, die Reduzierung der Reinigungshäufigkeit mit 100.000 Euro im Jahr 2025 angesetzt, später mit höheren Beträgen. Das alles ist sinnvoll, denn Kleinvieh macht auch ganz viel Mist. Aber es sind nur kleine Stellschrauben und sie verändern damit keine Strukturen. Und das haben wir hier, ein Strukturproblem, meine Damen und Herren. Das alles ist Ausdruck einer Politik, die glaubt, Glaubwürdigkeit durch Einzelmaßnahmen kaufen zu können, anstatt sich an die großen Themen

heranzuwagen. Denn die wahren Herausforderungen liegen woanders, im Personalapparat, in veralteten Gebäuden und in der unklaren Aufgabenverteilung und mangelnden Prozessoptimierung der Verwaltung. Aber all das bleibt unangetastet. Schlimmer noch, viele der geplanten Einsparungen sollen auch erst 2026 oder '27 wirken. Einige sind laut Vorlage derzeit nicht quantifizierbar, das heißt übersetzt, man hat keine Ahnung, ob und wann sie tatsächlich eintreten. So geht keine Haushaltssanierung, so geht nur Zeitüberbrückung und das Hoffen darauf, dass die nächste Regierung die Quittung präsentiert bekommt. Dabei gibt es ein klares Signal aus der Bevölkerung, das niemand überhören sollte. Bei Social Media, wenn Sie sich anschauen, wie die Leute zum Thema Haushalt und den Einsparungen, die zum Beispiel Radio Bremen oder Radio Bremerhaven auf den Social-Media-Kanälen verbreitet oder entsprechend in die Bevölkerung trägt, sagen die Leute ganz klar: „Bevor ihr an uns spart, spart erst bei euch selbst.“ Und sie haben recht, die Bürgerinnen und Bürger haben recht, wer in schwierigen Zeiten von den Bürgern Sparsamkeit verlangt, muss sie selbst vorleben. Deshalb haben wir uns auch in den vergangenen Jahren immer konsequent gegen die Erhöhungen der Aufwandsentschädigungen ausgesprochen, denn es ist schlicht unanständig, sich selbst mehr Geld zu genehmigen, wenn man in anderen Bereichen die Daumenschrauben anzieht. Noch wichtiger aber, und das steht auch in unserem Sparkonzept noch mal drin, wir fordern weiterhin die Verkleinerung der Stadtverordnetenversammlung von 48 auf 35 Mandate. Das wäre ein echtes Signal der Verantwortungsbereitschaft. Es wäre ein Zeichen dafür, dass die Politik bereit ist, sich selbst zu verschlanken, bevor sie anderen Verzicht abverlangt. Dass wir hier inzwischen auf kostenlose Getränke zu verzichten ist nett, aber keine Reform, es ist schlicht eine Symbolik, aber kein Systemwechsel. Für eine glaubwürdige Politik braucht es eben mehr, als nur auf Mineralwasser zu verzichten. Es geht darum, Strukturen zu überprüfen, Privilegien abzubauen und Zuständigkeiten zu reduzieren. Ein anderer Punkt, den hatten wir auch schon beim letzten Mal erwähnt, also im Sommer 2025, ist der Ansatz für die Vergnügungssteuer. Damals schon haben wir gesagt, dass der Ansatz unrealistisch ist, weil durch die neuen Gesetzmäßigkeiten immer mehr Wettbüros und Spielhallen schließen. Mittlerweile, wenn man durch die Stadt geht, stellt man fest, es haben seit dem Sommer noch mehr geschlossen, der Ansatz für die Vergnügungssteuer bleibt der gleiche. Das, meine Damen und Herren, ist also Schönrechnerei. Der Magistrat will Ruhe, wir wollen Reformen, von Bündnis Deutschland. Das eine Konzept versucht, durch Zeitgewinn politische Stabilität zu wahren, das andere will Strukturen verändern, um langfristig wieder handlungsfähig zu werden. Der Unterschied liegt nicht in der Höhe der Zahlen, sondern in der Haltung. Wir wollen eine Verwaltung, die effizienter arbeitet, nicht größer wird. Wir wollen ein Stadtparlament, das kleiner, schlagkräftiger und kostengünstiger wird. Wir wollen einen Haushalt, der ehrlich gerechnet ist, ohne Luftbuchungen und ohne symbolische Kürzungen, die nur dem Papier dienen, meine Damen und Herren. Der vorliegende zweite Entwurf des Haushaltes 2025, dem das Konsolidierungskonzept der Kämmerei beigelegt ist, ist kein solcher Haushalt. Er ist kein Aufbruch, sondern ein Nachdruck der alten Fehler. Es schreibt die Probleme fort, die uns überhaupt erst in diese Schieflage gebracht haben. Die Schlussfolgerung ist, dass dieser Haushalt weder strukturell tragfähig noch politisch glaubwürdig ist. Ja, es gibt Ansätze in die richtige Richtung. Und es ist gut, dass man überhaupt wieder über Konsolidierung spricht, aber das alleine reicht nicht. Denn ein Haushalt, der erst kurz vor Jahresende beraten wird, der auf unklaren Zahlen basiert und dessen angebliche Sparmaßnahmen erst in Jahren wirken sollen, ist kein Haushalt, dem man guten Gewissens zustimmen kann. Bremerhaven braucht einen Kurswechsel, keinen Verwaltungsstillstand, wir brauchen Mut zur Verantwortung. Wir brauchen einen Haushalt, der zeigt, dass Politik verstanden hat, wo die Probleme liegen und sie endlich angeht. Der hier vorliegende Haushalt ist das Gegenteil davon. Und deshalb sagen wir von Bündnis Deutschland klar und deutlich, wir können diesem Entwurf nicht zustimmen. Nicht aus Prinzip, sondern aus Überzeugung, denn er löst keine Probleme, er verschiebt sie lediglich. Er korrigiert keine Fehler, sondern wiederholt

sie. Bremerhaven braucht keinen Haushalt der Bequemlichkeit, sondern einen Haushalt des Mutes. Einen, der die Weichen stellt, und das nicht in zehn Jahren, sondern jetzt. Nehmen Sie sich gerne unser Sparkonzept noch einmal vor, liebe Kämmerei, liebe Koalition. Und überlegen Sie, Herr Freemann, Sie sagen Nein, das ist wunderbar, denn damit zeigen Sie ganz genau, wie Ihre Haltung ist. Sparen um keinen Preis.

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Wir stimmen heute zum zweiten Mal über den Haushalt der Stadt Bremerhaven für das Jahr 2025 ab. Das ist historisch bemerkenswert. Das hat es in der Geschichte Bremerhavens noch nicht gegeben. Der Bremer Finanzsenator hat im Sommer gemeinsam mit dem Bremer Senat entschieden, dass der Bremerhavener Haushalt nicht genehmigungsfähig sei, auch nicht unter Auflagen. Das war ein Schlag ins Kontor. Und entscheidend ist jetzt, dass wir hier in unserer Stadt endlich die notwendigen Konsequenzen ziehen, wenn wir weiterhin eigenverantwortlich die Finanzen unserer Stadt regeln wollen. Bei Ihnen, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, habe ich so manchmal Zweifel, ob Sie an dieser Verantwortung und Unabhängigkeit noch so viel Interesse haben. Ich muss zugeben, einige Äußerungen der Reden vorhin haben wieder Hoffnung bei mir aufkommen lassen, aber ich komme darauf noch mal zurück. Bevor ich auf unseren Haushalt komme, möchte ich noch ein paar Worte zum Bremer Landeshaushalt sagen, der ist ja hier auch schön öfter mal zitiert worden. Der Bremer Staatsgerichtshof hat vor nicht allzu langer Zeit geurteilt, dass die Bremer Haushaltsgesetze für die Jahre 2023 und 2024 gegen die Schuldenbremse in der Landesverfassung verstoßen. Daraus sollten wir auch vor allem drei Dinge lernen. Erstens, hier sitzt niemand auf einem hohen Ross, auch in Bremen wird beim Haushalt gebogen und gedreht, weil die Lage auch dort sehr schwierig ist. Zweitens, zur Wahrheit gehört auch, dass Bremen vor Gericht lediglich daran gescheitert ist, dass die Verwendung einiger Notlagenkredite eben nicht hinreichend begründet worden sind. Die haben unsauber gearbeitet. Hier in Bremerhaven hat die Koalition im Juni dagegen einen Haushalt beschlossen mit Einnahmen im zweistelligen Millionenbereich, für die es schlicht keinerlei Grundlagen gab, weder Verhandlung noch gesetzliche Grundlage. Es gab auch keinerlei politische Grundlage, sondern lediglich mündliche Zusagen eines SPD-Bürgermeisters an einen SPD-Oberbürgermeister. Wenn es in Bremen also durch das Dach tropft, ist bei uns in Bremerhaven das Dach zusammengebrochen. Das Wichtigste an dem Urteil des Staatsgerichtshofs ist aus unserer Sicht, es bestätigt auch das, was wir Grünen schon lange sagen, dass der menschengemachte Klimawandel eine fiskalische Notlage darstellt. Ich darf zitieren: „Der menschengemachte Klimawandel hat sich zu einer akuten Klimakrise entwickelt, die in der Qualität und Intensität ihren Auswirkungen, ihren räumlichen Ausdehnungen und zeitlicher Dynamik eine außergewöhnliche Notsituation begründet.“ Zurück zur Realität und unserem kommunalen Haushalt. Vor ziemlich genau vier Monaten habe ich an dieser Stelle gestanden und Ihnen, Herr Neuhoff, viel Glück bei den Verhandlungen mit Bremen über die Genehmigung des Haushaltes gewünscht. Sie wissen, wegen dieser knapp 50 Mio. Zuweisungen vom Land, die Sie als Einnahme in den Haushalt eingestellt haben, ohne mit dem Senator vorab auch nur einmal darüber zu reden, geschweige denn Einvernehmen herzustellen. Ich habe Ihnen vorgehalten, das ist ein ungedeckter Scheck. Und dieser Scheck ist inzwischen geplatzt. Und das Loch, das er hinterlassen hat, füllen Sie jetzt überwiegend mit neuen Schulden in Höhe von gut 40 Mio. Euro. Das ist in der Kürze der Zeit natürlich auch nicht anders zu machen, das sehen wir Grüne+P natürlich ein. Schließlich beschließen wir heute über einen Haushalt für das Jahr 2025, von dem gerade noch mal zwei Kalendermonate über sind, plus der morgige Tag. Wenn sich der Senat beeilt, wird der neue Haushalt rechtskräftig, bevor wir die ersten Kerzen am Adventskranz anzünden. Das wird schon. Dieses Gemurkse darf sich aber nicht noch einmal wiederholen. Dafür, Herr Neuhoff, müssen Sie mal Ihre Koalition strenger ins

Gebet nehmen. Damit komme ich zu einem sehr wichtigen Punkt der Verantwortung, der politischen Verantwortung für unsere aktuelle Haushaltsmisere, denn diese Verantwortung liegt bei der Koalition aus SPD, CDU und FDP. Diese Koalition, die seit rund zehn Jahren für den Bremerhavener Haushalt verantwortlich ist und in dieser Zeit die strukturellen Kosten gnadenlos nach oben getrieben hat, als gäbe es kein Morgen. Das Motto war immer nur: Die Zeche zahlen andere. Aber ja, geerbt. Am Ende wird das Land Bremen unser kommunales Defizit schon wieder irgendwie ausgleichen. Das hat ja mit der Entschuldung, zuletzt durch die grüne Finanzsenatorin Karoline Linnert 2019 auch geklappt. Ganz am Rande, meine Damen und Herren von der Koalition, dadurch hat uns Frau Linnert jährliche Zinszahlungen von 50 Mio. erspart. Noch mal schönen Dank dafür, liebe Karoline. Genützt hat es allerdings nicht. Riesige Ausgaben, zum Teil dreistellige Millionenbeträge wurden über städtische Gesellschaften finanziert, und werden es noch, Beispiel NOVO oder der nächste geplante Schulbau der Pestalozzi-Schule. Dadurch werden sie aus dem Kernhaushalt rausgeholt, aber eben umgemodelt zu jahrzehntelangen Mietzahlungen aus dem städtischen Haushalt. Weitere Vorbelastungen für unsere klamme Stadt. Fröhlich hat die Koalition auch Personal eingestellt, gerne auch der Oberbürgermeister in seiner Magistratskanzlei oder in der Pressestelle, die den Bürgerinnen und Bürgern dann verkaufen soll, dass die Schließung von Familienzentren doch eine kluge Umstrukturierung ist. Wir Grüne+P haben uns das mal genauer angeschaut. Jeweils im ersten Haushalt, den diese neue Koalition, 2015 noch SPD und CDU, 2019 SPD, CDU, FDP und jetzt 2023 SPD, CDU und FDP, zu verantworten haben. Diese Koalition hat die Stellen der sogenannten übrigen Verwaltung des Magistrats drastisch erhöht. Im Haushalt 2016 um knapp 12 Prozent, jeweils im ersten Jahr nach der neuen Wahl, im Haushalt 2020 um 11 Prozent und 2024 sogar um 14 Prozent. In nicht einmal zehn Jahren wuchs damit das Personal des Magistrats von rund 2.256 Stellen auf jetzt 3.364. Und das immer hübsch gleich nach den Wahlen, weil alle Parteien ja ihren Teil vom Kuchen haben wollen. Wobei zwei der drei Parteien im Land und im Bund immer das hohe Lied der Sparsamkeit singen, gerade im Personalbereich. Reden ist eben viel einfacher als machen. Wenn Herr Allers jetzt ankündigt, den Personalbestand innerhalb von vier Jahren um drei Prozent reduzieren zu wollen, muss ich feststellen, da ist noch viel Luft nach oben. Aber ja, den Kämmerer stellten in diesen zehn Jahren stets die CDU. Lieber Herr Neuhoof, was würde Ihr Vor-Vorgänger Herr Teiser wohl dazu sagen, was er heute so sehen muss? Wenn wir also von Verantwortung reden, reden wir genau von dieser Dynamik. Wir reden davon, dass diese Koalition es eben nie erst genommen hat mit ihrer Verantwortung für einen kommunalen Haushalt in einer armen Stadt. Sie haben immer erst das Geld ausgegeben und dann, wenn es eng wurde, mit den Fingern auf andere gezeigt, so wie heute auch. Kommunen sind nicht auskömmlich finanziert, das ist eine Binsenweisheit, gleichwohl entbindet es Sie doch nicht von Ihrer Verantwortung, für einen ausgeglichenen Haushalt zu sorgen. Wissen Sie, bis zu einem gewissen Grad sind wir Grüne+P ja sogar bei Ihnen. Bremerhaven steht zum Beispiel bei der Kaufkraft pro Einwohner deutlich schwächer da als die Stadt Bremen. Und ja, das sollte und muss über eine Reform des Finanzausgleichsgesetzes auf Landesebene besser werden. Und die von der Verfassung geforderten gleichwertigen Lebensverhältnisse, wir haben es von Herrn Raschen zuletzt auch gehört, im Land ermöglichen. Das muss Bremen einlösen. Aber das erreichen wir eben nur, wenn wir zeigen, dass auch wir uns Mühe geben und dass wir in Bremerhaven Verantwortung übernehmen für einen ausgeglichenen Haushalt. Frau Tiedemann, eine Bemerkung am Rande, es ist alles ganz schön, was Sie gesagt haben, aber es passt nicht mit meiner gefühlten Realität und vor allem mit der Realität der Bremerhavenerinnen und Bremerhavener überein. Wenn Sie den Haushalt so massiv zurückschneiden wollen, wie Sie das ankündigen, werden Sie für soziale Verwerfungen sorgen, das muss Ihnen auch klar sein. Mag sein, dass Sie das wollen, dass Sie das provozieren wollen, aber Ihr Konzept ist nicht tauglich, diese Finanzsituation hier irgendwie einigermaßen hinzubekommen. Liebe Koalition, indem Sie es unterlassen haben, Verantwortung für den Haushalt zu übernehmen, haben Sie die

Verhandlungssituation, die Sie hatten gegenüber Bremen an die Wand gefahren. Sie haben sich eben vor der Verantwortung gedrückt. Und wenn ich Herrn Neuhoff dann höre, das sei eine aufschiebende Bedingung gewesen, dass man uns hilft, dass wir jetzt dieses Finanzaufsichtsgesetz schlucken, frage ich mich, wer lässt sich denn auf solche Bedingungen ein? Der Oberbürgermeister, der Bürgermeister werden zitiert mit, sie hätten keine Bedenken dagegen. Ist das wirklich Ihr Ernst? Es bestand die Gefahr, dass die Verantwortung für den Bremerhavener Haushalt jetzt an Bremen geht, verkauft für die Erlaubnis, dass wir hier außerordentliche Kassenkredite zusätzlich aufnehmen dürfen, um jetzt den Haushalt so zu beschließen, den wir heute so vorliegen haben. Damit komme ich zu dem unguten Geist, der über diesen Haushaltsverhandlungen schwebte. Habe ich eben schon erwähnt, die sogenannte erst Gemeindefinanzordnung, jetzt heißt es genauer das Gesetz zur Ausführung der kommunalen Finanzaufsicht. Eingangs habe ich auf das historische Scheitern des Haushaltsentwurfes aus dem Juni hingewiesen. Und historisch wird es jetzt auch wieder, zumindest wenn es nach dem Willen des Magistrats in dieser Vorlage geht. Ich hoffe ja auf die Koalition, dass sie es jetzt, sie zeigt es ja mit ihrem Änderungsantrag, nicht mehr mitmachen will. Das geht nicht nur um den Haushalt, um das Haushaltssicherungskonzept, sondern zur Abstimmung unter Punkt 3 steht eben auch die Frage, wie stehen wir zur Gemeindefinanzordnung. Dabei sollen wir nichts entscheiden hier, das steht nicht in unserer Kompetenz als kommunales Parlament, sondern es wird in Bremen entschieden, in der Bürgerschaft. Wir sollen es hier lediglich begrüßen laut Vorlage. Genau das, das nehme ich schon mal vorweg, werden wir von Grüne+P nicht tun. Wir werden nicht eine Regelung begrüßen, die Sie Herr Neuhoff, und Sie Herr Grantz in kleiner Runde mit dem Bremer Senat, mit den Senatsspitzen ausgehandelt haben, um sich damit aus der Haushaltsmisere freizukaufen. Wir werden nicht das Gesetz zur Ausführung der kommunalen Finanzaufsicht begrüßen, das uns Stadtverordneten tatsächlich im Text ja noch nicht mal vorgelegt worden ist, sondern dass wir offiziell nur aus den Presseveröffentlichungen kennen. Denn mit diesem Gesetz, meine Damen und Herren von der Koalition, muss man so sagen, stellen Sie Bremerhavens finanzpolitische Unabhängigkeit auf das Spiel. Und am Ende, das muss ich Ihnen nicht sagen, das wissen Sie selber, ist auch jede fachliche Politik immer finanziell abhängig. Das heißt, am Ende geht es um deutlich mehr als nur die Finanzpolitik. Glauben Sie, wie Sie bei jedem anderen Vorschlag aus Bremen ganz viel Lokalpatriotismus in die Waagschale werfen und über eine unerhörte Einmischung des Landes schimpfen, glauben Sie, dass Sie jetzt ein Gesetz begrüßen, dass Bremerhaven in dieser extrem schwierigen Haushaltszeit eine finanzielle Eigenständigkeit kosten kann? Wollen wir das wirklich machen? Oder ist es vielleicht ganz recht, es ist Ihnen vielleicht ganz recht, Herr Neuhoff, dass Sie nun ultimativ die Verantwortung für den kommunalen Haushalt in letzter Konsequenz nach Bremen schieben können. Sie können bei den Entscheidungen, die hier in Bremerhaven auf Protest stoßen, und das tun sie immer mehr, immer schön auf Bremen zeigen und sagen: „Da sind die Bösen.“ Ja, Herr Neuhoff, ich glaube, ich weiß schon, warum Sie sich melden. Der Finanzsenator, mit dem Sie verhandelt haben, auch Sie, Herr Grantz, ist ja ein Grüner, ist ein grünes Parteibuch. Und ja, Herr Fecker hält dieses Finanzaufsichtsgesetz fälschlicherweise für eine gute Idee. Aber glauben Sie mir, wir Bremerhavener Grüne, wir stellen auf allen Kanälen uns gegen diese Bemühungen, ein Aufsichtsgesetz zu erlassen. Wir werden auch weiter keinem Streit aus dem Weg gehen. Aber die Antwort aus Bremen war stets: „Wo ist denn euer Problem, liebe grüne Parteifreunde, der Kämmerer und euer Oberbürgermeister tragen das doch mit.“ Herr Neuhoff, Sie sollen sogar gesagt haben, das Gesetz sei seit 40 Jahren überfällig. Und ich muss Sie fragen, ist das wirklich Ihr Ernst, in dem Gesetzesentwurf gibt es den § 7, der heißt Bestellung von Beauftragten. Den zitiere ich jetzt mal: „Wenn und solange der geordnete Gang der Verwaltung der Stadtgemeinden es erfordert und die Befugnisse des Senats nach den § 4 bis 6 nicht ausreichen, kann der Senat eine Beauftragte oder einen Beauftragten bestellen, die oder der alle oder einzelne Aufgaben der jeweiligen Stadtgemeinde auf Kosten dieser wahrnimmt.“

Beauftragte haben die Stellung eines Organs der jeweiligen Stadtgemeinde.“ Damit hätten wir ein neues Organ der Stadt Bremerhaven. Es gibt bislang nur zwei, uns hier als Stadtverordnetenversammlung und die Damen und Herren vom Magistrat. Und jetzt kommt ein Landesbeauftragter, der droht zu kommen, der dann die Befugnisse des Magistrats oder der Stadtverordnetenversammlung oder im Extremfall beide Organe übernimmt. Was machen wir dann? Wir gehen einen Kaffee trinken? Natürlich können Sie sagen, wir sollen uns jetzt nicht so aufregen, der Passus steht ja wortgleich so auch in unserer Stadtverfassung, das stimmt. Aber es stimmt auch, dass es dort nur deklaratorischen Charakter hat, und umsetzbar wäre es nicht. Wenn wir jetzt hier auch nur in irgendeiner Weise einem Finanzaufsichtsgesetz nahetreten, dann wäre das Ganze rechtlich problemlos durchzusetzen. Dass man dem zustimmen kann, verstehe ich nicht. Ich habe mir da höchstens zwei Erklärungen überlegt, vielleicht fallen Ihnen noch mehr ein und Sie helfen mir. Entweder Sie halten dieses Gesetz für einen zahnlosen Tiger, weil sich ohnehin niemals eine Landesregierung trauen würde, dieses extrem scharfe Schwert zu ziehen. Das würde bedeuten, dass sich eigentlich nicht viel ändern würde. Oder Sie setzen darauf, dass es, immer wenn es eng wird, Anordnungen oder Ersatzvornahme aus Bremen kommen, die dann hier in Bremerhaven die unbequemen Sachen durchsetzen. Und man könnte eben auf Bremen zeigen, dort sitzen die Bösen. Beide Alternativen wären aber nicht gut für Bremerhaven. Wir Grüne+P lehnen dieses Finanzaufsichtsgesetz ab, weil es nicht nötig ist. Der Finanzsenator hat bereits hinreichende Möglichkeiten, einen rechtskonformen Haushalt in Bremerhaven zu erwirken. Das hat Herr Fecker gerade bewiesen, als er eben dem Haushalt die Genehmigung nicht erteilt hat, sondern versagt hat. Und das hat er aus unserer Sicht auch richtig gemacht. Außerdem sollen im Finanzaufweisungsgesetz weitere Befugnisse geschaffen werden, nämlich Landeszuweisungen an die Stadt Bremerhaven an die Einhaltung von Haushaltssicherungskonzepten zu koppeln. Das genügt. Das sind aus unserer Sicht ausreichend genügende Druckmittel vonseiten des Landes. Und damit komme ich zum letzten Teil meiner Rede, dem Haushaltssicherungskonzept und dem Änderungsantrag. Wie schon bei der Beratung des Haushaltes jetzt im Sommer, verzichten wir Grüne+P darauf, einzelne Haushaltsstellen per Änderungsantrag zu ändern, ändern zu wollen. Wir haben schon ein paar Haushaltssitzungen mitgemacht. Und wissen, dass das hier keinen Sinn hat. Selbst die bescheidensten Vorschläge aus der Opposition lehnt die Koalition wie selbstverständlich ab, egal ob sie sinnvoll sind oder nicht. Darum versuchen wir es diesmal mit einem Änderungsantrag, der die Umsetzung des vorliegenden Haushaltssicherungskonzeptes in den Blick nimmt. Denn das, meine Damen und Herren, ist extrem wichtig. In Bremen hat man das Vertrauen offensichtlich verloren, dass wir es hier in Bremerhaven ernst meinen mit unseren Haushaltssicherungskonzepten, von denen es in der Vergangenheit ja auch schon ein paar gab. Entweder standen da blumige Versprechungen drin, die eh nichts bewirken, oder die Ankündigungen, die wurden eben nicht eingehalten. Nach unseren Informationen ist das übrigens genau der Grund, warum Bremen jetzt dieses Finanzaufsichtsgesetz haben will. Wir Grüne+P wollen mit unserem Änderungsantrag einen anderen Weg gehen. Wir wollen Bremen mit unseren Vorschlägen beweisen, dass wir als Kommune Bremerhaven uns selbst regeln und Instrumente geben können, um die Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes zu garantieren. Denn wir brauchen keine Anweisungen, keine Ersatzvornahmen und schon gar keine Beauftragten des Landes. Auch ich appelliere daher, wie auch Herr Raschen, an alle Bremerhavener Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft, sich gegen dieses Gesetz zu wenden. Selbst Verantwortung zu übernehmen und dafür funktionierende Strukturen zu schaffen, sind die besten Argumente gegen radikale Eingriffe aus Bremen. Kurz gesagt, beantragen wir mit unserem Änderungsantrag, dass der Finanzausschuss hier in unserer Stadtverordnetenversammlung zu einem Controlling-Ausschuss zur Umsetzung der Haushaltskonsolidierung für die kommenden Jahre ergänzt wird. Wir möchten eine engmaschige Berichterstattung der Kämmerei im Finanzausschuss, damit wir Stadtverordnete stets wissen, ob das Haushaltssicherungskonzept auch wirklich Wirkung zeigt. Zusätzlich soll einmal im

Jahr der Ausschuss dann eine Bewertung der Lage abgeben auf Grundlage der regelmäßigen Berichte der Kämmerei, damit auch Bremerhavenerinnen und Bremerhavener wissen, woran sie sind. Und zudem treten wir erneut mit der Forderung an, dass Bremerhaven durch einen Benchmark von anderen vergleichbaren Städten lernen kann, wie wir mit unseren knappen Mitteln vielleicht besser umgehen können, damit das Geld auch wirklich dahin geht, wo es gebraucht wird in dieser sozial schwierigen Stadt. Und schließlich muss Bremerhaven, das hatte ich schon erwähnt, die Änderung im Finanzaufweisungsgesetz mit Bremen verhandeln, damit am Ende mehr Geld in der Seestadt ankommt. Diese Punkte sehen Sie in unserem Änderungsantrag. Diese Punkte stehen für die Eigenständigkeit Bremerhavens, die wir nicht aufgeben werden. Sie steht für eine Stadt, die selbst Verwaltung für ihre Geschicke übernimmt, sie steht für ein selbstbewusstes Bremerhaven. Lassen Sie mich noch mal ein paar Sätze zu Ihrem Änderungsantrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition verlieren. Ihren Änderungsantrag, muss ich ehrlich zugeben, verstehe ich nicht. Sie können das gerne noch mal klarstellen, aber Sie wollen den Inhalt dieses Gesetzesentwurfes kennenlernen. Das halte ich tatsächlich ein Stück weit für unglaublich, also alleine die SPD ist in Bremen mit in der Regierung. Der Entwurf ist dort hinreichend bekannt. Kommuniziert man hier nicht mit den Bremerhavener Kolleginnen und Kollegen? Herr Raschen scheint den auch zu kennen. Er hat gestern eine sehr bemerkenswerte, und ich finde, vollkommen richtige Pressemitteilung über die Bürgerschaftsfraktion in die Welt geschickt, aber die setzt eben auch voraus, dass Sie wissen, was im Entwurf steht, sonst hätten Sie sich so nicht äußern können, Herr Raschen. Mit anderen Worten, Sie kennen eigentlich den Inhalt, Sie wollen ein bisschen Zeit gewinnen. Wenn Sie den Inhalt kennen, wenn alle den Inhalt kennen, bin ich mir ziemlich sicher, dann werden Sie sich unserem Änderungsantrag an dem Punkt anschließen, wo wir das Ganze ablehnen. Das können Sie heute schon bekommen. Bekennen Sie heute Farbe, dass Sie das Finanzaufsichtsgesetz aus Bremen ablehnen. Lassen Sie uns ein klares parteiübergreifendes Signal nach Bremen senden, wir lassen uns unsere Freiheit nicht nehmen.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Der Kämmerer Torsten Neuhoff kann einem eigentlich schon ein bisschen leidtun. Und ich werde versuchen, ihn heute zu schonen, denn er alleine kann nichts für die Lage, in der wir uns hier in Bremerhaven zurzeit befinden, nicht mal die Koalition kann allein dafür verantwortlich gemacht werden für das, um was es hier zurzeit geht. Die Welt ändert sich gerade radikal, Krisen überall, Krieg vor der Haustür, wir sind unfähig, uns selbst zu verteidigen und leider in Bremerhaven sind wir unfähig offensichtlich, aus Sicht der Bremer, einen rechtsfähigen Haushalt aufzustellen. Ja, warum? Da muss man schon ein bisschen ausholen, warum, weil die Volksvertreter hier, aber auch im Land, im Bund, alles Mögliche tun, um Geld auszugeben, sie bauen Fahrradstraßen in Peru oder eben auch in Bremerhaven, beglücken die ganze Welt mit realitätsfernen Ideologien von Klima, von Gender, von Diversität. Spendieren der EU, der UNO oder allen möglichen NGOs der Welt oder auch hier vor Ort in Bremerhaven Milliarden oder Millionen. Geben 46 Mrd. für einen Krieg aus, der nicht unser ist. Und wir laden möglichst viele Sozialfälle der ganzen Welt zu uns, auch nach Bremerhaven, auf unsere Kosten hier ein, ich sage mal, Urlaub zu machen. Wir haben Platz. Und anscheinend bisher jedenfalls, auch das Geld dafür im Überfluss. Und bauen dafür den Sozialstaat auch, und gerade in Bremerhaven, seit Jahrzehnten uferlos aus. Bürgergeld für die ganze Welt, auch in Bremerhaven. Wer nicht arbeiten will, braucht nicht. Beispiele finden Sie überall seit Jahrzehnten sogar in Bremerhaven und sogar bei der AfD. Fragen Sie einmal den aktuellen AfD-Kreisvorsitzenden, der kann Ihnen vielleicht fachmännisch erklären, was eine Hartz-IV-Karriere ist. Und nun plötzlich wirklich überraschend, Geld für alle, Bremerhaven schon wieder pleite, wir wurden doch gerade erst entschuldet. Ich hatte davor immer gewarnt, gerade in Bezug auf die Personalmehrung. Nun geht es finanziell den Kommunen, es ist

wirklich plötzlich, um sein oder nicht sein. 13 OBs, wir hatten es schon gehört, der Landeshauptstädte schreiben einen Brandbrief an Herrn Merz. Es geht um die Zahlungsunfähigkeit, den Konkurs des Gemeinwesens, der Pleite des Systems, im Bund, im Land, in den Kommunen in Bremerhaven. Ich zitiere Erwin Teufel, Ministerpräsident ehemals von Baden-Württemberg: „Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit, danach ist eine realitätsnahe, verantwortungsvolle Politik gute Politik. Fernab von Wunschdenken und Ideologie. Sparen heißt, bei sich selbst anfangen und nicht bei anderen, bei sich selbst und den eigenen Institutionen. Sparen heißt, unbequeme, aber notwendige Reformen, Einschnitte, Rückbesinnung auf das Richtige und vor allem Notwendige.“ Deutschland und auch Bremerhaven ist in wenigen Jahrzehnten vom Land der Tüftler und Denker zum Land der Sozialarbeiter und Sozialhilfeempfänger geschrumpft. Das ist Ihr Werk. Heute wächst nur noch die Sozialindustrie, während die Industrie, die unsere Wertschöpfung sein soll, Hunderttausende von Arbeitsplätzen abbaut oder ins Ausland verlagert. Was bleibt? Was bleibt im Stadtbild? Stadtbild? Richtig, das Problem. Fragen Sie Herrn Merz oder Ihre Töchter. Was bleibt in der Stadtkasse? Nichts, weil auch Sie hier stolz sind, dass die Einwohnerzahl in Bremerhaven um ungefähr 15.000 gestiegen ist. Wovon Sie, also wir Steuerzahler, aber die meisten durchfüttern müssen, was Sie ja gerne machen, nicht erst seit 2015, denn es ist ja nicht Ihr Geld. Schauen Sie sich im Stadtbild um, fragen Sie nicht nur Ihre Töchter, fragen Sie die Wähler, dann wissen Sie, wo das Geld geblieben ist. Wenn wir die vielen Milliarden, die an die EU, die UNO, an die NGOs, auch hier vor Ort, in die Ukraine, in die überbordende Sozialindustrie gehen, also geschätzt mehr als 100 Mrd. Euro pro Jahr, beim Bundeshaushalt von 500 Mrd., also 20 Prozent, allein des Bundes, für uns, unsere Länder, unsere Bürger, unsere Kommunen verwenden könnten, hätten wir nun heute in Bremerhaven kein Haushaltsproblem. Wo immer gerne Geld für vieles und auch oftmals nur für bestimmte Menschen oder ein bestimmtes Klientel ausgegeben wurde. Herr Allers hat gesagt, die Bremer sagen, Bremerhaven kann nicht mit Geld umgehen. Herr Allers, die Bremer können genauso wenig mit Geld umgehen, das wissen Sie auch. Also insoweit können wir diesen Vorwurf zurückweisen. Und 34 Mrd. haben im Moment die Kommunen insgesamt im Defizit, haben Sie auch gesagt. Und somit ist es eben nicht nur ein Problem von Bremerhaven, also wir können das nicht hier auf uns allein beziehen. Herr Neuhoﬀ hat nicht alleine Schuld und auch nicht Sie haben alleine Schuld, sondern es tatsächlich ein nationales Problem, was wir hier offensichtlich haben. Aber natürlich sind hier Schulden auch hausgemacht, selbst gemacht. Da sind wir dann wieder beim Personal. Wir haben es eben schon gehört, seit 2016, wir haben immer wieder gewarnt, ist das städtische Personal um 1.000 Stellen rund über den Daumen, 1.000 Stellen gewachsen in nicht mal zehn Jahren. Herr Raschen war klar, dass der Haushalt in Bremen nicht genehmigt wurde. Natürlich, es war keine Überraschung, es war ja auch so gewollt, das war von Anfang an so. Und natürlich, Herr Kaminiarz, war es ein ungedeckter Scheck, der nicht nur platzen musste, sondern auch sollte. Darum wussten wir ja damals schon bei der letzten Haushaltsberatung, dass wir uns hier zum zweiten Aufruf wieder einfinden werden. Ja, es verwundert allerdings insgesamt, dieses Problem zwischen Bremen und Bremerhaven, weil ja die Politik in Bremerhaven mit Bremen, ja, seit dem Zweiten Weltkrieg versippt und verschwägert ist. Man muss sich schon wundern, dass die Partei, die hier maßgeblich die Politik im Lande Bremen und auch in Bremerhaven, teilweise auch alleine, bestimmt hat, nicht in der Lage ist, hier irgendwo einen Konsens auf der eigenen Linie herzustellen. Also zwischen der SPD in Bremen und der SPD in Bremerhaven, das verwundert einen dann schon sehr. Und auch, dass nicht mal die eigenen Senatoren in Bremen, die der SPD angehören und aus Bremerhaven kommen, dann mit auf der Linie sind. Also erstaunlich, muss man sagen, oder eigentlich ist es erschütternd. Dann hat, ich glaube, das war auch Herr Raschen, auch zu Recht beklagt, dass natürlich aus dem Landeshaushalt die stadtbremischen Schulden bezahlt werden, wie die Geno, wie die BSAG, wie die insgesamt dort befindliche Personalwirtschaft betrieben wird, dass also die städtischen Aufgaben durch Landesbeamte übernommen werden. Ja, ist ja aber auch

schon lange bekannt, Herr Raschen, seit Jahrzehnten, ist ja nichts Neues. Da frage ich mich, und das habe ich beim letzten Mal auch zu Herrn Stadtkämmerer Neuhoff gesagt, dann müsste man halt mal das klären lassen vor dem Staatsgerichtshof. Warum macht man das nicht? Warum sagt man jetzt, okay, wenn wir jetzt nicht durchkommen, dann gehen wir aber. Wie lange wollen Sie denn noch warten? Bis wir den Konkurs anmelden müssen? Ich bin der Meinung, Sie haben ja positive Erfahrungen gemacht mit dem Staatsgerichtshof, Herr Raschen, also machen Sie es doch, auch wenn Sie mich immer kritisieren, dass ich zu viel klage oder falsch klage. Jetzt haben Sie richtig geklagt, haben auch noch recht bekommen, wunderbar. Warum nicht noch mal, machen Sie es doch. Und die Frage stellt sich wirklich, wieder an die Grünen, was ist denn mit dem doppelten Fecker eigentlich? Der doppelte Fecker? Auf der einen Seite ist er Finanzsenator und auf der anderen Seite ist er gleichzeitig Stadtkämmerer der Stadt Bremen und muss mit sich selbst verhandeln. Muss sich selbst ein Haushaltssicherungskonzept irgendwie überreichen. Also das ist doch schon Kabarett, oder? Würde ich auch sagen. Also wir kommen zum Schluss, zumindest für diesen Teil der Rede. Das Haushaltssicherungskonzept, das, was wir heute auf den Weg bringen, ist ein erster Schritt. Zum ersten Mal in der Stadt Bremerhaven, zumindest solange ich denken kann, soll gespart werden, also ein erster Schritt. Es wird nicht reichen, ich bin gespannt, was noch kommt. Und bin gespannt auf die zukünftige Diskussion in dieser Richtung.

Stadtverordneter FREEMANN:

Wir beraten heute die Neufassung der Haushaltssatzung 2025, eine Anpassung, die notwendig wurde, weil der Senat dem ursprünglichen Entwurf die Genehmigung verweigerte. Und darauf, meine Damen und Herren, hat Bremerhaven reagiert, ich glaube, sachlich konsequent und mit klarem Blick auf die finanziellen Vorgaben. Die Verwaltung und die Koalition haben intensiv an diesem Haushalt gearbeitet. Er wurde nachgeschärft, bereinigt und neu geordnet. Die Einnahmen wurden überprüft, unrealistische Ansätze gestrichen oder angepasst. Und auf der Ausgabenseite wurden klare Prioritäten gesetzt. Das heißt, wir konzentrieren uns auf das Notwendige, nicht auf das Wünschbare, wir haben bereinigt, wo es überfällig war und erhalten, was die Zukunft sichert. Wir geben Geld dort aus, wo Wirkung entsteht, und halten es an, wo es nur zur Routine geworden ist. Doch der finanzielle Spielraum wird enger, weil politische Entscheidungen außerhalb dieser Stadt und unserer Grenzen liegen. Bremerhaven verwaltet über eine Milliarde Euro. Doch jeder Euro steht heute stärker unter Aufsicht als unter Gestaltung. Und deshalb geht es nicht nur um Sparen, sondern es geht auch um strukturelle Veränderungen, darum, Aufgaben kritisch zu prüfen, Abläufe zu modernisieren und Prioritäten neu zu ordnen, damit diese Stadt auch morgen noch handlungsfähig bleibt. Und genau das, Frau Tiedemann, das wird auch umgesetzt. Und damit geht dieser Punkt Ihrer Rede ins Leere, wie so viele andere Punkte Ihrer Rede auch ins Leere gegangen sind. Aber während Bremerhaven Verantwortung übernimmt, zeigt sich auf Landesebene ein anderes Bild. Die Grenze zwischen Kontrolle und Bevormundung wird zunehmend verwischt. Auf Landesebene wird derzeit über die Änderung der Landeshaushaltsordnung und der kommunalen Finanzaufsicht beraten. Bremerhaven hat dazu einen klaren Standpunkt bezogen. Mit unserem gemeinsamen Änderungsantrag von SPD, CDU und FDP haben wir unmissverständlich deutlich gemacht, dass die Stadt eine inhaltliche Befassung mit dem Gesetzentwurf des Senats zur kommunalen Finanzaufsicht erwartet. Erweiterte Kontroll- und Durchgriffsrechte, ausschließlich gegenüber Bremerhaven finden keine Zustimmung. Die Regelungen müssen für beide Stadtgemeinden identisch ausgestaltet werden. Und ich glaube, Herr Kaminiarz, das ist eine klare Botschaft, wir stehen zur gleichberechtigten Behandlung beider Städte, nicht zu einer Sonderkontrolle für Bremerhaven. Denn wer den eigenen Handlungsspielraum ausweitet und zugleich die Städte strenger bindet, gefährdet das Gleichgewicht im Lande. Ein solcher Eingriff wäre ein Bruch mit dem Geist kommunaler Selbstverwaltung. Und würde das ohnehin sensible Verhältnis

zwischen Bremen und Bremerhaven noch weiter belasten. Wir brauchen keine ständige Kontrolle, sondern faire Rahmenbedingungen und ein Mindestmaß an Vertrauen. Wer Partnerschaft ernst meint, muss sie auch leben. Ich möchte jetzt noch kurz auf den Änderungsantrag der Grünen eingehen, der ein neues Haushaltscontrolling und zusätzliche Berichtspflichten vorsieht. Wir teilen das Ziel, die Haushaltssteuerung zu verbessern, aber Bremerhaven braucht dafür keine neuen Strukturen. Bestehende Abläufe können gestärkt, transparenter gestaltet werden, ohne neue Berichtspflichten einzuführen. Entscheidend ist, dass wir Prioritäten richtig setzen und Maßnahmen zügig umsetzen. Und nicht, dass wir immer neue Prozesse schaffen. Während wir in Bremerhaven um solide Strukturen ringen, wird in Bremen mit zweierlei Maß gemessen. Ein Blick nach Bremen zeigt, wie widersprüchlich dort mit Verantwortung und Kontrolle umgegangen wird. Der Bremer Staatsgerichtshof hat am 23. Oktober geurteilt, die Haushalte des Landes 2023 und 2024 waren verfassungswidrig, ein klarer Verstoß gegen die Schuldenbremse, eine unzureichende Begründung der Notlagenkredite. Und was war die Reaktion des Finanzsenators im Interview bei buten un binnen? Ich zitiere: „Wir haben die Geno und die BSAG wirtschaftlich stabilisiert. Wir helfen den Bremerinnen und Bremern jeden Tag.“ Zitat Ende. Während in Bremen Hilfen selbstverständlich gewährt werden, werden vergleichbare Unterstützungen für Bremerhaven regelmäßig infrage gestellt. Genau das zeigt das Problem, Landesmittel werden benutzt, um städtische Unternehmen in Bremen zu stützen. Und das wird heute offen eingeräumt. Bei allem Respekt, Herr Fecker handelt nicht wie ein Finanzsenator eines Bundeslandes, sondern wie ein Stadtkämmerer der Stadt Bremen mit Blick auf die eigene Haushaltslage, aber ohne Gespür für die kommunale Realität in Bremerhaven. Und umso bemerkenswerter ist es, dass ausgerechnet die Bremerhavener Grünen diesen Finanzsenator öffentlich auf ihren Social-Media-Kanälen als Retter Bremerhavens feiern. Wer eine Zwangsverwaltung für Rettung hält, hat das Prinzip kommunaler Eigenverantwortung nicht verstanden. Und da ich mich jetzt gerade bei den Grünen abarbeite, noch mal ein Punkt zu Herrn Kaminarz, da er uns ja vorwirft, dass wir in der allgemeinen Verwaltung zu viel Personal eingestellt haben. Ich hatte mir ja die Mühe gemacht, die letzten Legislaturperioden alle Protokolle des PuO-Ausschusses mal durchzusehen. Und was ist mir dabei aufgefallen? Über 90 Prozent der Stellen, die man uns heute vorwirft, haben die Grünen mitgetragen, abgelehnt BD, einiges mitgemacht, AfD alles abgelehnt grundsätzlich, das ist aber auch keine Haltung. Also ja, man muss da differenzieren. Und das gilt auch für die Grünen, die müssen differenzieren, ganz gewaltig. (Zwischenruf) Klar, Claudius, aber der Skandal ist doch, 90 Prozent, über 90 Prozent der Stellen mitbestimmen und sich hier hinstellen und sagen, die Koalition, die hat so viel Personal eingestellt, dass das alles völlig aus dem Ruder gelaufen ist. Wir stellen hier kein Personal ein, weil uns das heute Morgen einfällt, 50 Stellen im Amt für Jugend und Familie einzustellen. Das war alles ordentlich begründet, sonst hätten ihr das ja gar nicht mitgemacht. Ja, jetzt kommt das Bürger- und Ordnungsamt. Ich glaube, beim Bürger- und Ordnungsamt, das muss man auch mal differenzieren. Ich bin froh über jeden Polizisten und über jeden, der im Bürger- und Ordnungsamt auf der Straße und für Ordnung und Sicherheit sorgt. Also zurück, Bremerhaven erfüllt die Vorgabe, die Bremen uns auferlegt hat, konsequent und hält die Stadt damit handlungsfähig. Wir brauchen keine Retter, wir brauchen verlässliche Partner. Ein Land, das Bremerhaven als gleichwertig begreift und nicht als Anhängsel. Denn wer Bremerhaven schwächt, schadet dem Land insgesamt und untergräbt das Vertrauen in seine Institution. Trotz aller Rahmenbedingungen liegt heute ein Haushalt vor, der nachvollziehbar und tragfähig ist. Er zeigt, was möglich ist und er macht deutlich, wo Grenzen sind. Bremerhaven arbeitet unter schwierigen Voraussetzungen, aber mit klaren Prioritäten. Dieser Haushalt schafft Verlässlichkeit und hält die Stadt handlungsfähig. Die Überarbeitung des Haushalts war kein einfacher Prozess. Mein Dank gilt allen, die mit Augenmaß, Disziplin und Pragmatismus dazu beigetragen haben, dass Bremerhaven heute einen tragfähigen Haushalt, Herr Kaminarz, vorlegen kann. Die FDP-Fraktion stimmt der Haushaltssatzung zu, nicht aus Zustimmung zu den Umständen, sondern aus

Verantwortung für diese Stadt. Den Änderungsantrag der Grünen lehnen wir ab, unserem eigenen Änderungsantrag stimmen wir zu. Und dem Gesamtantrag, der Vorlage, stimmen wir auch zu.

Stadtverordnete KNORR:

Der Papierstapel, den wir vor sieben Tagen erhalten haben, war diesmal sogar noch dicker als letztes Mal, obwohl wir darum gebeten haben, dass Sie uns frühzeitig informieren, zum Beispiel über Änderungen. Und wir hatten auch ein bisschen Probleme mit den Beteiligungsberichten, weil uns nur die zur Verfügung standen von 2023. Und es echt schwierig war, da hinterherzutelefonieren. Und haben diverse Sachen gefunden, wie zum Beispiel, dass da Positionen genannt wurden, die halt in 2025 gar nicht mehr bestehen. Und wie gesagt, das alles über komplizierte Telefonate. Genau, angelegt wurde ja auch dann vor einer Woche das Haushaltssicherungskonzept, um sich mal zu informieren, was es so in der Vergangenheit für ähnliche Konzepte gab, weil es klingelte bei mir noch im Kopf, dass irgendwann mal was war, war es echt schwierig, da irgendwas zu finden, weil das Ratssystem ja immer noch nicht suchbar ist. Und das macht die Informationsbeschaffung halt superschwer, superintransparent. Das Problem und dessen Lösung wurde ja wieder auch wie die letzten sechs bis zwölf Jahre in die nächste Legislatur geschoben. Und wie gesagt, dieses Herumtelefonieren, das erleichtert einem die Arbeit überhaupt nicht. Und ich glaube, das ist auch für alle so. Wir brauchen mehr Schnelligkeit und mehr Transparenz halt quasi auf diesem Mikro- und aber auch auf dem Makrolevel. Dazu finden wir, es sollte nicht mehr hauptsächlich um das Wer hier gehoben, sondern um das Wie und das Was in der Zusammenarbeit. Herr Neuhoff sprach vorhin ja die mögliche Spaltung in der Gesellschaft an. Und genau deshalb sollten wir es doch hier versuchen, besser zu machen. Und gerade heute haben wir halt diesen wunderschönen neuen Raum. Vielleicht könnte man dieses schöne neue Raumgefühl auch mitnehmen, um von nun an auch etwas effizienter und auch offener zusammenzuarbeiten. Und vor allen Dingen auch statt Kleinkriegen, die hier drinnen oder auch draußen oder auch in den sozialen Medien, vor allen Dingen gerade in letzter Zeit sehr viel Platz einnahmen, denen noch weiterhin Platz zu geben. Damit schließe ich halt niemanden aus und sonst nur uns alle ein, also auch mich und Die Möwen. Wir haben so viel Potenzial in diesem Raum und auch in dieser Stadt, wir haben so viele kluge Köpfe in der Stadt, denen Bremerhaven halt auch am Herzen liegt. Vielleicht sollte man neue Wege gehen und strategische Prozesse für ein breites Publikum öffnen, zum Beispiel auch so komplexe Dinge wie diese Haushaltsfindung. Und Beteiligten ermöglichen beizutragen, zum Beispiel auch an der Findung von Neuem Sparpotenzial sowie unkonventionelle Ideen zu erarbeiten, zu neuen Einkommensquellen zu kommen, wie man diese generieren kann, neue Geschäftsfelder für die Stadt zu finden, die Stadt sowieso attraktiver zu machen, vielleicht auch mit wenig Geld. Vielleicht gibt es viele Ideen und Lösungen, die überhaupt gar kein Geld kosten. Und auch nicht einschließen würden, wieder irgendwelche Gebühren zu erhöhen oder Bauland für Neuzuwachs auszuweisen. Es gibt so viele neue Methoden und Technologien und Instrumente, die helfen könnten oder die es wenigstens wert sind, auszuprobieren. Viele Kommunen binden die Bürger näher ein, zum Beispiel durch Bürgerhaushalte, das ist jetzt nur ein Instrument, was gerade in Europa viel ausprobiert wird. Es gibt auch viele, die simulieren unter Verwendung von großen Datenmengen, Smart Citys beinhalten auch ganz viel die Haushaltsführung. Hört sich alles ein bisschen wie Buzzwörter, aber es ist eigentlich keine Zukunftsmusik mehr. Also daher unser Appell, lassen Sie uns mit diesem neuen Raum, neue Wege der Zusammenarbeit gehen, die transparenter sind, offener aufeinander zugehen und versuchen, selbstwirksam und aktiv zu werden, um diese Stadt nachhaltig aus der Pleite zu ziehen, genau. Ja, also unter dieser ganzen Frustration, unter diesen Gegebenheiten, die jetzt auch öfter angesprochen werden, dieser Konflikt mit Bremen und so, sollte halt die Motivation nicht verloren gegangen werden, weil die bringt uns ja halt einfach

nach vorne. Und gerade Veränderungen und halt Wut und wie auch immer, es kann immer ein super Katalysator für Veränderung sein, genau. Und aus jeder Krise, die einen halt zur Veränderung zwingt, können ja auch immer wunderbare Dinge entstehen. Es heißt ja halt nicht umsonst dieses Sprichwort, ich weiß jetzt gerade den Quellgeber nicht mehr, wen ich da gerade zitiere, aber aus jeder Krise kann ja auch eine Chance entstehen.

Stadtverordneter LICHTENFELD:

Es wurde schon viel Technisches drum herum gesagt, was alles richtig und was alles falsch ist. Ich habe mir mal einfach mal einen Punkt rausgesucht aus dem Haushaltsentwurf 2025 und gehe mal ein bisschen in die Tiefe. Zum Haushaltsentwurf 2025 möchte ich eines gleich zu Beginn sagen, ja, wir müssen sparen, das ist jedem hier im Raum bewusst. Aber wenn wir sparen müssen, dann bitte nicht beim Sport. Der Bereich Sport steht heute stellvertretend für viele Kürzungen in diesem Haushalt. Ich konzentriere mich bewusst auf diesen Punkt, weil man hier besonders deutlich erkennt, wie verkehrt die eingeschlagene Richtung ist. Werfen wir einen Blick auf die Zahlen aus dem Ausschussbereich 10, Sport und Freizeit vom 15. September 2025. Unterhaltung der Sportplätze: minus 100 Prozent, also auf null. Instandsetzung von Sportanlagen: minus 61 Prozent. Pflege der Freiluftsportplätze: minus 21 Prozent. Schwimmsport: minus 82 Prozent. Eissport: minus 30 Prozent. Insgesamt bedeutet das fast 400.000 Euro weniger für den Sport in Bremerhaven. Ganz ehrlich, das ist kein Sparen mehr, das ist Kaputtsparen. Und die Folgen dieser Politik sehen wir schon heute ganz konkret, die Nordsee-Zeitung schrieb am 29. Oktober: „Dem REV Bremerhaven droht das Aus.“ Dieser Verein ist ein Herzstück unserer Stadt, dort lehren Kinder und Jugendliche nicht nur Schlittschuhlaufen, sie lehren, was Teamgeist, Disziplin und Fairness bedeuten. Viele träumen davon, eines Tages selbst für die Fischtown Pinguins auf dem Eis zu stehen. Aber dieser Traum droht zu platzen, weil die Stadt das Geld für den Nachwuchs streicht. Ich habe in den letzten Tagen mit Eltern gesprochen, deren Kinder beim REV spielen, sie erzählen mir, wie ihre Kinder mittags nach der Schule abgeholt werden, und das Mittagessen gibt es dann auf dem Weg im Auto zum Training, wie Trainer ehrenamtlich in der Eishalle stehen, bei Eiseskälte, aber mit warmen Herzen. Und jetzt sollen die Menschen hören, dass ihre Arbeit keinen Platz mehr im Haushalt hat, dass ihre Kinder vielleicht bald kein Eishockey mehr spielen können, weil die Stadt ihnen das Eis wegsparen will. Das ist nicht nur ein Schlag gegen den Sport, das ist ein Schlag gegen die Zukunft unserer Kinder. Denn ohne Nachwuchs gibt es auch keine Zukunft für den Profisport in Bremerhaven, die Fischtown Pinguins, unser ganzer Stolz, leben vom Fundament, das der Nachwuchs legt. Wenn das Fundament bröckelt, stürzt am Ende das ganze Haus ein. Vergleichen wir das mit anderen Bereichen, zum Beispiel das Stadttheater Bremerhaven erhält laut Nordsee-Zeitung jährlich 18,5 Mio. Euro Zuschuss, wovon 85 Prozent in Personalkosten fließen. Und was wird dort gespart? Fast gar nichts. Das angebliche Sparpotenzial ist so gering, dass man es kaum merkt. Ehrlich gesagt, das ist ein Witz. Ich habe nichts gegen Kultur, wirklich nicht, aber die Verhältnisse müssen stimmen. Vorsicht beim Theater, heißt es, da dürfen wir kaum kürzen. Beim Sport dagegen, da kann man ruhig mal richtig sparen. Das passt doch hinten und vorne nicht zusammen. Das ist keine verantwortungsvolle Finanzpolitik, das ist Respektlosigkeit gegenüber all denen, die Bremerhaven am Laufen halten. Wenn wir Verantwortung übernehmen wollen, dann müssen wir den Sport stärken, nicht schwächen. Dann müssen wir in Kinder und Jugendliche investieren, in Gesundheit, Miteinander und Zusammenhalt und nicht in Symbolpolitik, Wählerklientel und schöne Worte, Herr Bürgermeister. Mein erster Vorschlag zu dem Thema, Sparen ist, das Stadttheater Bremerhaven ist zweifellos ein wichtiger kultureller Bestandteil unserer Stadt, aber, und das sage ich bewusst deutlich, es ist ein Luxusgut. Ein solches Haus kann sich eine Stadt nur leisten, wenn genügend Geld da ist. Wenn wir aber an einem Punkt sind, an dem wir beim Sport, bei unseren Vereinen und bei unseren Kindern kürzen müssen, dann ist es unsere

Pflicht, auch im Kulturbereich ehrlich zu fragen, was können wir uns noch leisten und was nicht? Mein zweiter Vorschlag, die Stadt Bremerhaven muss endlich prüfen, wie sie an die Sportmilliarde des Bundes kommt. Dieses Förderprogramm wurde genau für solche Situationen – ich komme zum Schluss. Andere Städte nutzen dieses Mittel längst erfolgreich, warum nicht auch Bremerhaven? Und wissen Sie, meine Damen und Herren, wenn ich lese, dass die Zusammenarbeit mit der Stadt Bremerhaven hervorragend laufe, dass Betriebe ihre Kosten weitgehend selbst decken können und dass man dort großzügig auf Liegeplatzgebühren verzichtet und noch kostenfrei ein Büro zur Verfügung stellt, dann frage ich mich schon, so schlecht kann es Bremerhaven ja gar nicht gehen, oder? Dieser Antrag ist falsch, diese Kürzungen sind falsch. Und wer hier zustimmt, der spart nicht am Haushalt, sondern an den Menschen in dieser Stadt.

Stadtverordneter SCHUSTER:

Ja, der Kollege hat mir, ich will da jetzt gar nicht weiter auf die Zahlen eingehen, schon einiges vorweggenommen. Aber wir reden hier heute über den Haushalt und man muss ganz ehrlich sagen, Herr Bürgermeister Neuhoff, ich möchte da mit Ihnen auch nicht tauschen. Ich hätte da manche unruhige Nacht wahrscheinlich, die Sie vielleicht auch schon gehabt haben. Aber es ist nun mal so, wie es ist, Sie sind da nicht alleine Schuld dran, sondern es gibt die Vorgänger, die Sie schon hatten und wie gesagt, auch die Regierung. Und wenn wir heute schauen, dann schauen wir wieder mal, und das kam wieder mal rüber, wir wollen alle mehr Geld vom Bund, das Land möchte mehr Geld vom Bund, die Stadt möchte mehr Geld vom Bund, die Stadt möchte mehr vom Land und so weiter. Das heißt, wir als Bremerhavener müssen aber auch unsere Hausaufgaben machen. Und ich glaube, da haben wir unsere Hausaufgaben eben nicht gemacht. Wir sind einfach sitzen geblieben. So, und wenn wir mal gucken, was ist eigentlich gut gelaufen. Und Herr Allers, Sie haben vorhin ein Thema angesprochen, das bringe ich jetzt mal in Verbindung mit dem, was Herr Lichtenfeld eben gesagt hat, das ist die Eisarena, die vor über zehn Jahren neu entstanden worden ist. Und wenn man genau guckt, dann ist das das einzige Projekt, was in Bremerhaven in den letzten Jahren richtig gelaufen ist, was erfolgreich ist, was ein Werbeträger für die Stadt Bremerhaven ist. Wir haben mit dem Manager sogar einen Ehrenbürger vor einiger Zeit gehabt, der diesem Verein vorsteht und erfolgreich geführt hat. Da können wir uns, und Sie als Koalition, sich eine Scheibe von abschneiden. Des Weiteren müssen wir mal gucken, was ist für uns in dieser Stadt wichtig. Für mich sind in dieser Stadt Bremerhaven wichtig Kafen, Brücken, Straßen. Wenn ich mir das anschau, gucken wir uns mal die Kafen an, also jede Kafe könnte eigentlich saniert werden, so jede Kafe ist ziemlich kaputt. Auf dem Hinweg heute Morgen hierher bin ich noch mal über die Geestebücke gefahren, über die alte, und stelle fest, kann man ja kaum noch spazieren gehen, weil alles gesperrt ist und kaputt ist. So, Brücken sehen wir auch, ich komme aus dem schönen Stadtteil Wulsdorf, schönes Verbindungsstück nach Grünhöfe, kaputt, dauert Jahre, bis sie saniert ist. Straßen, da brauchen wir gar nicht reden, lässt schon seit Jahren zu wünschen übrig. So, es wurde vorhin angesprochen der Personalkörper, Frau Tiedemann, Sie haben es, glaube ich, gesagt, genau richtig, der Punkt. Über Jahrzehnte wurden hier ordentlich Stellen geschaffen und es wurde nicht daran gespart, obwohl es immer wieder von verschiedenen Seiten der Opposition Hinweise gab, da einmal daran zu sparen, haben Sie Ihren Willen durchgesetzt und haben das missachtet. Wie fahrlässig, liebe Koalition, was Sie hier gemacht haben. Ich will aber auch etwas Erfreuliches sagen. Als Fan und Freund des Schaustellers, Mensch, da habe ich doch letztes gelesen, die Schausteller haben einen bestimmten Geldbetrag bekommen von mehreren Tausend Euro, das fand ich direkt mal gut. Da lobe ich Sie auch für, das ist genau richtig. Ich glaube, leider ist es heute nicht mehr möglich, ohne Security auszukommen, von daher ist es richtig, dass die Schausteller einen bestimmten Betrag bekommen haben, sodass man auch weiterhin über einen freien Markt gehen kann mal als normaler Bürger, will ich mal sagen, und dort auch noch ein bisschen

was erleben kann und ein bisschen Spaß haben kann. So, dann ist ganz wichtig für mich der Sport. Das wurde eben schon von Herrn Lichtenfeld angeführt. Und da fange ich mal an bei der Stadthalle. Stadthalle ist so ein bestimmtes Thema, ich habe schon Ewigkeiten nichts mehr gehört. Ich hätte mir ja vorstellen können, eine neue Stadthalle in Kleinformat, wurde ja damals gesagt, vielleicht statt 5.000 mit 3.000 Leuten, und was für Vorschläge alles kamen. Wäre vielleicht besser gewesen, darin zu investieren und woanders einzusparen. Wir haben eben schon Einsparmöglichkeiten gehört. Wenn wir überlegen, was zum Beispiel ein Stadttheater in Bremerhaven kostet und was wir da im Jahr so an Millionen reinschießen, darüber muss man sich auch mal, genau wie in die Kulturszene, auch wenn ich im Schule- und Kulturausschuss bin, muss ich das leider sagen, müssen wir eben alles auf den Prüfstand stellen, sonst wäre es nämlich ungerecht. So, und da könnte ich mir vorstellen, wir haben hier den Sport, den Leistungssport, wir haben die Tänzer, die müssten eigentlich in einer Stadthalle spielen und trainieren. Ich war gestern auf einer Choreografie der TSG Bremerhaven in der Walter-Kolb-Halle. Und da kam das auch noch mal so ganz kurz zur Sprache, also wir bräuchten das. Wenn man nach Bremen guckt, die haben dort ihre Tänzer, die spielen in der Stadthalle, in der Messe, wie auch immer. Und wir dümpeln hier vor uns her und der Spitzensport wird einfach kaputtgemacht. Das muss man auch ganz klar sagen. Ebenso wie andere Großereignisse, die nicht mehr stattfinden können, weil die Stadthalle marode ist, selbst der Weihnachtszauber dieses Jahr kann nicht mehr stattfinden. Ein Armutszeugnis für diese Stadt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Des Weiteren, zum Sport möchte ich auch noch mal sagen, genau das, was Herr Lichtenfeld gesagt hat, haben mir Eltern auch zugetragen. Man muss eh schon teuer in diesen Sport investieren. Und möchten doch gucken, dass unsere Kinder und Jugendliche in Sportvereinen überhaupt wieder reingehen und da mitmachen und so weiter. Und deshalb ist es wichtig, dass wir weiterhin die Vereine unterstützen. Denn das wirkt sich nachher bis auf den Profiverein, bis auf die Fischtown Pinguins aus. Hier muss weiter investiert werden, dass unsere Kinder und Jugendlichen nicht auf der Straße sind, sondern dass sie sich noch sinnvoll beschäftigen mit dem Sport, was auch gesundheitsfördernd ist. Und ich möchte gerne die Koalition daran erinnern, dass wir daran arbeiten, auch in der Zukunft.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Heute debattieren wir erneut die Haushaltsvorlage 2025. Bevor wir in die konkreten Zahlen einsteigen, möchte ich mich zunächst ganz herzlich bei der Stadtkämmerei und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Bearbeitung der Vorlage bedanken. Doch erlauben Sie mir zuvor, einige Schlagzeilen in Erinnerung zu rufen, die in den letzten Monaten durch die Medien gegangen sind. Zitat: „Kann eine Stadt wirklich pleite gehen?“ – „Millionenloch im Bremerhavener Haushalt“ – „Senat stoppt Bremerhavener Haushalt“ – „Ist Bremerhaven jetzt pleite?“ – „Dramatische Einsparungen überall.“ Ich frage mich bis heute, womit wir als Stadt diese negative öffentliche Darstellung verdient haben. Gerade haben wir die koalitionäre Rede von Herrn Raschen und Herrn Allers gehört. Beide haben geschildert, dass sie solche Haushaltsprobleme in dieser Form noch nicht erlebt hätten. Dabei klang es so, als sei der Haushalt von mir dargestellt – und nicht von Ihnen als Koalition. Doch das ist Ihr Haushalt, Ihre Arbeit. Wenn Sie sagen, dass Sie so etwas noch nie erlebt haben, dann ist das auch Ihr Problem, das Sie bislang nicht gelöst haben. Herr Neuhoﬀ, ich schätze Ihre fachliche Kompetenz im Haushaltsrecht sehr. Dennoch ist es schwer zu verstehen, wie es so weit kommen konnte. Sie wussten, dass der Haushalt, dem wir im Juni zugestimmt haben, nicht genehmigungsfähig war. Sie wussten ebenso, dass ein Haushalt mit erkennbaren Lücken nach dem Landeshaushaltsgesetz nicht genehmigt werden kann. Warum wurden mögliche Lösungen nicht rechtzeitig erarbeitet? Warum wurde nicht frühzeitig eine gemeinsame Lösung mit dem Senat gesucht – anstatt das Problem öffentlich eskalieren zu lassen? Gerade hat Herr Allers den Vorschlag gemacht, bereits jetzt Haushalte 2026 und 2027 frühzeitig mit dem

Senat vorzubereiten. Das halte ich für sinnvoll. So könnte man Lösungen suchen, bevor alles in die Öffentlichkeit gelangt und ein Haushalt gesperrt wird. Eine Politik, die unsere Stadt in ein solch schlechtes Licht stellt, haben die Bremerhavenerinnen und Bremerhavener nicht verdient. Zwar wurde auf Landesebene inzwischen eine Lösung gefunden, um die Zahlungsfähigkeit vorübergehend zu sichern. Doch diese nachträgliche Korrektur löst die Probleme nicht – sie hebt und verschiebt sie nur. Auch die ungerechte Verteilung der Landesmittel zwischen Bremen und Bremerhaven wird immer wieder angesprochen und diskutiert. Aber das grundlegende Problem bleibt bestehen. Und wenn Sie davon überzeugt sind, dass Bremerhaven ungerecht behandelt wird, wundere ich mich, warum Sie keine Klage eingereicht haben. Dafür gibt es schließlich Gerichte. Stattdessen wurde lediglich eine Beschwerde vorgebracht – ohne eine konkrete Lösung zu erarbeiten. Besonders auffällig ist die finanzielle Entwicklung: 810 Mio. Euro Einnahmen im Jahr 2023, 840 Mio. Euro im Jahr 2024, und nun 1 Mrd. Euro im Jahr 2025 – und dennoch kommen wir damit nicht aus? Wie lässt sich dieser Unterschied erklären? Was hat sich in dieser Stadt so grundlegend verändert, dass wir das nicht wussten? Die Haushaltsunterlagen zeigen deutlich: Mehr als die Hälfte der Einnahmen fließt in Personalkosten. Ein Vergleich zwischen Bremen und Bremerhaven ist jedoch kaum sinnvoll, weil in Bremen Landes- und Stadtverwaltung in einem System organisiert sind. Ein realistisches Bild ergibt sich erst durch den Vergleich mit anderen Städten. Und dort zeigt sich, dass die Personalplanung Bremerhavens nicht nachhaltig ist. Fakt ist: Bremerhaven steht vor massiven Sparmaßnahmen. Familienzentren wurden neu bewertet und umstrukturiert, Arbeitsförderprogramme neu organisiert oder ganz eingestellt, Jugend- und Kinderförderung gekürzt und Sozialleistungen verändert. Ich frage Sie: Wen trifft das? Es trifft vor allem die Schwächsten und Ärmsten unserer Stadt.

Bürgermeister NEUHOF:

Ich würde ganz gerne an die Adressaten AfD und Die Möwen adressieren, wir, die Stadt Bremerhaven, ist nicht pleite. Eine Definition von Pleite können wir auf die Stadt Bremerhaven nicht übertragen. Für uns haftet das Land, und wenn Sie wollen, bewerten Sie auch das Tafelsilber in Form unserer 100-prozentigen Beteiligung, also wir sind durchaus noch in der Lage, uns selbst zu verwalten. Das, was im Raume steht, ist lediglich die Bewertung des Haushaltsjahres 2025, dass wir zwischen Einnahmeerwartung, und ich erinnere, die Einnahmeerwartung ist immer ein Spiel auf die Zukunft, nämlich wir setzen auf Steuerschätzungen und hoffen, dass sie eintreffen. Und die Ausgaben, wo wir uns gesetzlich, aber auch politisch mehrheitlich motiviert dazu durchgerungen haben, das eine oder andere zu fördern. Wenn Sie der Kämmererei permanent in Einzelredebeiträgen vorwerfen, wir können unseren Job nicht, dann sage ich Ihnen, wenn wir politische Willensbildungen nicht berücksichtigen, dann verstoßen wir gegen die Würde dieses Hauses. Wir selber sind durchaus in der Lage, die Ausgaben auf das Niveau der Einnahmen zu begrenzen. Am Beispiel '25, und ich sage Ihnen, es ist ja immer schön, wenn Sie uns kritisieren und dabei die Rahmenbedingungen vergessen, ich mache den Ausblick auf '24, damit Sie den Übergang zu '25 verstehen. Im Jahre '24 gab es ein Arbeitsgespräch, indem festgestellt worden ist, das Land muss einen Nachtrag in einer Größenordnung von 1,3 Mrd. Euro beschließen. Da sind sich erst mal Zustimmungen alle drei Koalitionspartner erkaufte worden, alle drei im Land regierenden Fraktionen und Parteien haben gesagt, sie müssen ein Stück vom Kuchen abbekommen. Warum war es in Teilen notwendig? Wir mussten auf nicht kalkulierte Ausgaben reagieren, im Sozialleistungsbereich sind 100 Mio. Euro hingestellt worden. Warum? Weil der Bund, der Bund hat etwas bestellt und hat gesagt: „Liebe Kommunen, setzt es um“, nein, „liebe Länder setzt es um“, und die Länder haben es entsprechend auf die Kommunen aufgeteilt. Und jetzt gibt es zwei Möglichkeiten, wir setzen das um, wofür wir auch finanziell entschädigt werden. Oder aber, wir setzen das um, wo wir glauben, das Beste am Menschen erledigen zu können. Und was die Sozialleistungen, Sozialausgaben und die Flüchtlingshilfe angeht, das ist ja gar nicht alles monetär

aufzufangen, da war so viel ehrenamtliches Engagement der Stadtbevölkerung dabei, dass es gar nicht in Geld aufzuwiegen ist. Aber da, wo wir auf Strukturen zurückgegriffen haben, da mussten wir auch Geld an die Hand nehmen. Und wenn dann durch eine Senatorin, lieber Herr Kaminiarz, die zufällig auch von Ihrer Partei kommt, entgegen der Verabredung des Königsteiner Schlüssels erklärt worden ist, wir nehmen mehr Flüchtlinge auf in unser Bundesland, weil es humanitär verantwortlich ist. Dann hat das zur Folge, dass wir mehr Geld bereitstellen müssen. Und weder in der Stadtgemeinde Bremen noch in der Stadtgemeinde Bremerhaven sind wir durch diese Mehrzuweisung finanziell ausgeglichen erstattet worden. Nein, das Risiko haben wir getragen und dafür zahlen wir die Zeche, und nicht nur dafür. Damit da keine falsche Mär reinkommt, ich finde es aus humanitären Gründen richtig, wie reagiert worden ist, aber dann am Ende zu sagen, und das finanzielle Fiasko, das haben wir alleine zu vertreten, da sage ich nein, das ist bestellt von Dritten von der Stadtgemeinde Bremerhaven und wir haben damit umzugehen. Und wenn Sie wollen, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren, dann streichen wir zunächst alles, was freiwillig ist. Wir nehmen den Sportbereich komplett raus. Ich habe gerade zwei Fürsprecher gehört, die sagen, wie wichtig Sport ist. Wenn ich Sie alle fragen würde, dann würden Sie sagen, Sport ist gerade für die Erziehung, für die frühkindliche Erziehung, für die Gesellschaft, für das Gemeinwohl alles wichtig ist. Das brauchen Sie mir nicht sagen, ich war sieben Jahre Sportdezernent, ich sehe das heute immer noch so. Aber das sind freiwillige Aufgaben, die sind nirgendwo verankert. Und dann konzentrieren wir uns auf die gesetzlichen Aufgaben. Und wenn wir feststellen, dass wir auch bei den gesetzlichen Aufgaben Einsparpotenziale machen müssen, dann müssen wir uns von Qualitätsstandards verabschieden. Dann werden wir das, was wir heute vorhalten, eben nicht mehr vorhalten können. Dann werden wir es auf das Bezahlbare runterbrechen wollen. Und da sage ich Ihnen, insbesondere auch aus dem Bereich der Linken, der Grünen, aber auch der Möwen, da sind Sie die Ersten, die kritisieren, dass wir in diesen Einrichtungen an Personal sparen, an Sachaufwendungen sparen. Es ist, in Führungszeichen, wie wir es machen, nicht richtig. Fakt ist aber, wenn der Bund bestellt, dann erwarten wir zukünftig eine auskömmliche Finanzausstattung, damit das, was der Bund bestellt, von uns auch in vernünftiger Art und Weise umgesetzt werden kann. Also und deswegen der Blick auf den Bund. Wenn wir jetzt das Jahr 2024 nehmen mit dem Nachtragshaushalt des Landes Bremen, dann diene dieser Nachtragshaushalt auch einer Entschuldung der Stadtgemeinde Bremen, weil, und das haben wir einer grünen Architektin des Finanzwesens zu verdanken, dass ausschließlich im Land Bremen nicht das Land, sondern die beiden Stadtgemeinden bei der Schuldenbremse bewertet werden. Das war Ihre Architektin, Frau Linnert, die das verhandelt hat und uns quasi in Geiselhaft, in Mithaft genommen hat. 15 Länder, 15 Länder haben es über die Landesregierung organisiert, außer in Bremen. Die Architektin ist von Ihnen gekommen, Herr Kaminiarz. Dann haben Sie als Nachfolger einen grünen Finanzsenator Strehl gehabt, der stand von Anfang an unter Beobachtung des Stabilitätsrats. Da gibt es ein Konsortium, hälftig aus Bundesregierung und aus Landesregierung, die die Finanzen eines Bundeslandes kontrollieren. Warum? Weil dieses eine Bundesland nicht in der Lage war, eine vernünftige Finanzpolitik anzustreben. Und glauben Sie mir, es war nicht, die anderen nennen um uns herum, es war das Bundesland Bremen, geführt von einem grünen Finanzsenator. Und wenn Sie jetzt den jetzigen Finanzsenator, den ich sehr schätze, nehmen, ich finde, Björn Fecker macht einen guten Job. Aber der ist genau in einer Konzession, wie wir als Verwaltung sie auch sind. Wir sind abhängig von Mehrheiten und wir haben uns tragende Fraktionen und Koalitionen. Das ist bei Ihnen in Bremen nichts anderes wie in Bremerhaven. Welches Interesse soll ein grüner Finanzsenator haben, die Bremerhavener Probleme zu lösen, wenn er gar nicht mit seiner Fraktion in Bremerhaven an einer Regierungsbildung beteiligt ist? Keine. Ich weiß aus Gesprächen, weil ich mich darüber echauffiert habe, dass aus vertraulichen Gesprächen der Informationsfluss ja auch in Ihre Richtung gegangen ist, Herr Kaminiarz, Sie sind ja auch von Staatsrat Hagen über vertrauliche Gesprächsinhalte

informiert worden. Was Sie auch genutzt haben für Presse- und Medienarbeit. Das mag so sein, aber Fakt ist, der Senator hat gleich gesagt, das fand er auch unanständig. Und der Staatsrat hat es redigieren wollen, nach dem Motto, was rege ich mich eigentlich auf, hat aber eingesehen, dass es unglücklich war. Das gehört zum politischen Alltag dazu, das werfe ich Ihnen gar nicht vor. Aber nutzen Sie nicht diese Information, um den grünen Finanzsenator als Heilbringer darzustellen, während wir probiert haben, bei der Haushaltsaufstellung '25 mit den Aufforderungen aus '24, dass wir nämlich 29,2 Mio. Euro Defizit gefahren haben. Die übrigens in den 40,2 Mio. mit abgefrühstückt sind. Wenn Sie den Defizitbetrag aus dem Haushalt 2025, 40,2 Mio. um diese 29,2 Mio. reduzieren, dann wissen Sie am Ende, wie groß das Defizit in 2025 ist. So, und wenn ich dann noch sage, dass die Forderung, die wir als Verwaltung geprüft haben, an welchen Stellen können wir den Haushalt so aufstellen, dass wir uns zwischen der Einnahmenspanne und der Ausgabenspanne annähern, dann ist uns aufgefallen, dass wir seinerzeit beim Letter of Intent 2019 und der sehr dankbaren Entschuldung, initiiert durch Frau Linnert und Herrn Sieling, dann entschuldet worden sind. Und ja, wir haben Einsparungen von bis zu 50 Mio. durch nicht aufzuwendende Zinsaufwendungen. Aber wir hatten danach Krisen, wir hatten Corona, die Welt stand still. Wir wussten gar nicht, wie es weitergeht. Herr Kaminarz, 80 Prozent aller deutschen Städte haben das Problem, dass sie auskömmlich nicht finanziert sind. Und 80 Prozent aller Städte klagen dieses auch beim Bund. Und es gab entsprechende Initiativen, wo darauf hingewiesen worden ist, aber auch da sind wir nicht gehört worden, so. Und wenn Sie uns dann aber vorwerfen, dass wir bei dem Letter of Intent, den wir abgeschlossen haben, zunächst beim Steuerkraftaufkommen verabredet haben, dass wir eigene Anstrengungen unternehmen müssen, damit wir mehr Gelder einnehmen können. Und wir durch Krisen bedingt nicht in die Lage versetzt worden sind, entsprechend sofort dieses Geld so einzusetzen, dass wir davon eine Rendite erwirtschaften, dann ist es doch legitim, mit dem Land in Gespräche einsteigen zu wollen. Es hat doch nicht an uns gelegen, es hat doch nicht an mir gelegen, dass ich mit denen nicht reden wollte. Es war eine Ignoranz zu spüren, nicht mit uns reden zu müssen, weil das nicht das Problem des Senats für Finanzen ist. Es ist ein anderes Problem gewesen, das wissen Sie genauso gut wieder ich, dass parteipolitisch eine Rolle gespielt hat, wie man damit umgehen wollte. Und da sage ich Ihnen auch, dann ist es schwer. Die Gespräche, die ich in den letzten drei, vier Wochen geführt habe mit bis zu vier Videokonferenzen in einer Woche, die mein Amtsleiter mit seinen Mitarbeitern und der Bremer Arbeitsspitze machen mussten, die hätten wir uns schon viel früher gewünscht. Den Austausch miteinander, dafür dass wir Ihnen am 26.06 dann möglicherweise einen zu genehmigenden Haushalt präsentiert hätten. Da gab es keine Gesprächsbereitschaft, da war kein Gesprächsangebot. Und wenn dann Stadträte noch nachfragen, auch über die Senatorenebene: „Wie oft Fecker, hast du denn mit Herrn Neuhoﬀ gesprochen?“ Dann sagt er: „Zweimal.“ Und das waren zwei oﬃzielle Gespräche. Und da wurde nichts angewiesen über die Arbeitsebene. Das ist die Wahrheit, zu der wir hier heute stehen müssen. Also, Sie können mir vorwerfen, dass wir Ihnen möglicherweise einen nicht ausgeglichenen Haushalt präsentiert haben, die Not war seinerzeit so groß, dass wir verzichtet haben, Einsparungen von bis zu 40 Mio. auszuweisen, die hier zu einem mittleren – zu einem mittleren – Krieg geführt hätten unter uns, nämlich wie wir dazu kommen, solche Vorschläge zu unterbreiten. Da sage ich Ihnen ganz oﬀen, die gesetzlichen Leistungen wären allesamt gestrichen worden. Wir haben auf Kommunikation gesetzt. Wir haben diese Kommunikation nach der Versagung erreicht. Was wir nicht erreicht haben, ist, dass der Senator bereit ist, mit uns in eine erneute innerbremische Finanzbeziehung einzusteigen. Die ist aber notwendig, weil die Problemlage in der Stadtgemeinde Bremen genauso groß ist wie die in Bremerhaven. Und der Kollege Fecker als Kämmerer hat das Glück, dass er Finanzsenator ist. Wenn wir auch dort eine andere personelle Situation hätten, dann kann ich Ihnen sagen, würde der Kollege Kämmerer der Stadtgemeinde Bremen noch lauter klagen, als ich es hier tue. Also, dieses Land hat eine Verpﬂichtung aus seiner Landesverfassung heraus. Und dieser Verpﬂichtung

muss man nachkommen. Und da kann ich Ihnen sagen, da ist die Kommunikation in den letzten zwei Jahren merklich abgekühlt. Und wenn dann hier der Eindruck entsteht, Gemeindefinanzordnung, das ist ja von Herrn Grantz und von Herrn Neuhoß alle begrüßt worden. Wie ist es denn gewesen? Ich hatte es vorhin versucht, darzustellen. Wir sind mit Genehmigungsschreiben des Haushaltes 2024 darüber informiert worden vom Senator für Finanzen, dass man an einer Gemeindefinanzordnung arbeitet. Das war im August, September 2024. Durch Zufall gab es dann den Hinweis im April '25, da liegt so ein Papier bei uns in der Schublade, mal gucken, ob es politisch gewollt ist. Ich selber habe damals gesagt, ich begrüße es unter der Voraussetzung, dass wir für alle drei Gebietskörperschaften Klarheit haben, das heißt also nicht nur für Bremerhaven, sondern auch für die Stadtgemeinde Bremen. Und wenn Sie sich jetzt das Ergebnis dieser nicht mit uns abgestimmten Vorlage, also über den Inhalt dieses Gesetzes haben wir am letzten Freitag Kenntnis erhalten, im Sinne von: Das wird am Dienstag beschlossen. Da gab es keine Abstimmung. Als wir die Vorlage erstellt haben, da sind wir gebeten worden, darauf zu drängen, dass wir ein Interesse an der Gemeindefinanzordnung haben. Und ich sage Ihnen, was ist denn der Inhalt dieser Gemeindefinanzordnung? Wenn Sie die Synapse sehen, dann werden Sie feststellen, es sind zwei, drei redaktionelle Änderungen und eine Klarheit. Und wenn Sie auf den, sagen wir mal so, auf der Aufsicht immer so herumhacken, dann sage ich Ihnen, das brauchen wir nicht beschließen. Das steht in unserer Verfassung drin, § 96. Da ist es geregelt, schon 1947 steht drin, dass wir zu einer Aufsicht gelangen können. Und da sage ich Ihnen, nur weil es jahrelang gut ging, auch unter meinen Vorgängern, das waren aber auch verlässliche und im Vorhinein getätigte Absprachen, die man treffen konnte, da konnte man sich auf das Ergebnis verlassen. Herr Teiser hatte das Glück, dass er mit Herrn Nußbaum verhandeln konnte, beides Bremerhavener, beide hatten einen Sinn für Bremerhaven, haben für Bremerhaven viel rausgeholt. Wenn ich mit einem Bremer verhandle, dann kann ich Ihnen sagen, wie groß das Interesse an Bremerhaven ist. Das ist nicht so groß in der Wertschätzung wie Herrn Nußbaum und Nachfolgern. Meine Damen und Herren, mir war wichtig, noch mal klarzustellen, dass das, was insbesondere von Ihnen, Herr Kaminiaz, hier in den Raum geworfen ist, zu entkräften ist, die Defizite aus dem Kommunalhaushalt betreffen nicht nur Bremerhaven, sondern auch Bremen. Bremen macht es elegant, hat ja gerade erst wieder einen Nachtrag beschlossen, damit sie ihre Haushaltsdefizite entsprechend verschleiern. Das hätte ich mir für uns auch ganz gerne gewünscht, beim Defizit 2025 von 40 Mio. haben wir das Defizit von '24 entsprechend aufgenommen von fast 30 Mio. Der Stabilitätsrat in Berlin hat ausschließlich die Bremer Finanzen im Griff und im Blick, nicht die Bremerhavener. Das betrifft also die Stadtgemeinde Bremen im Verantwortungsbereich des Kollegen Feckers genauso. Und ich kann Ihnen sagen, das, was Sie in Ihrem Antrag unter Ziffer 3 noch aufgeführt haben, nämlich die Controlling-Berichte und, und, und. Das kann unsere neue Finanzsoftware, die zum 01.01.2026 dann angeschoben wird. Wir brauchen noch zwei, drei Jahre, bis wir auch die Kameralistik und Doppik dort abspiegeln können. Wir werden dann auf Knopfdruck entsprechende Quartals-, Monatsberichte, Wochenberichte zur Verwendung ausdrucken können. Und da sage ich Ihnen auch noch mal eben, es war seinerzeit gut, dass wir uns von einem grünen Finanzsenator nicht haben kaufen lassen für das SAP-Softwareprogramm. Das Land Bremen wollte sich seinerzeit Hamburg anschließen, wollte auf SAP setzen in einer Größenordnung von 16 Mio., hat mir angeboten, wenn wir auch aufspringen, bekommen wir 8 Mio. Euro Landesbeihilfe zu diesem Projekt. Wir haben auf eine schlankere Lösung gesetzt, wir werden nicht mal ein Drittel dieser Kosten aufbringen. Und ich kann Ihnen sagen, unsere Software geht am 01.01.26 an den Start, Dank Herrn Emmerlich, der Projektleitung Frau Schädler und den Kollegen und Kolleginnen. Auch da sind wir etwas schneller als die Bremer. Lassen Sie uns nicht nach Bremen gucken, was Bremen besser macht, lassen Sie uns mit der Stärke Bremerhavens nach Bremen gehen, lassen Sie uns selbstbewusst dafür kämpfen, dass dieses Land anerkennt, dass sie eine starke Stadtgemeinde hat.

Stadtverordneter ALLERS:

Ich weiß jetzt nicht, ob ich in fünf Minuten zu dem Antrag der Koalition und zu dem Änderungsantrag der Grünen sprechen kann, sonst muss ich noch mal nach vorne, das ist dann halt so. Ich würde ganz kurz noch mal zum Änderungsantrag der Koalition sprechen. Der lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, dass ihr der Gesetzentwurf des Senats zur 'Ausführung der kommunalen Finanzaufsicht' umgehend zur Kenntnis gegeben wird, damit sie sich inhaltlich damit beschäftigen kann. Insoweit die Kontroll-, Beanstandungs- und Durchgriffsrechte allein gegenüber der Stadt Bremerhaven erweitert werden sollen, findet das nicht die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, dass die Finanzaufsicht über die Stadtgemeinde Bremen und die Stadtgemeinde Bremerhaven darin in gleicher Weise geregelt wird.“ Der Kämmerer hat eben schon darauf hingewiesen, nachdem ich die Unterlagen der Stadtverordnetenversammlung bekommen habe, bin ich davon ausgegangen, dass wir noch irgendwann einen Anhang bekommen, wo auch klar definiert wird, wie denn nun der Senatsbeschluss aussieht. Bis heute liegt das nicht vor. Und dementsprechend können wir als SPD, und ich muss jetzt auch sagen für die Koalition, nicht irgendwas begrüßen, was wir nicht kennen, sondern man muss sich auch inhaltlich damit auseinandersetzen. Hier hat sich keiner inhaltlich mit der ganzen Thematik explizit dahin gehend auseinandergesetzt, indem man gesagt hat: „Ich zitiere“, und so weiter und so fort. Und wir können das nicht einfach nur begrüßen, sondern deswegen haben wir auch den Änderungsantrag eingebracht, damit wir auch hier dementsprechend uns auch damit inhaltlich auf einer Ebene hier austauschen. Das Zweite ist eben halt, wir sind kein Ortsamt von Bremen, wo man einfach nur mal kurz mitteilt. Das kann eine Landesregierung machen, das sieht man ja auch in anderen Ländern, Bundesländern. Natürlich ist eine Gemeinde immer am Ende der Nahrungskette, aber wenn man hier auf gleicher Augenhöhe miteinander reden möchte und auch verhandeln möchte und sich auch weiterhin auf einer eigenen Form von Ebene, von Austausch sich bewegen möchte, dann kann man das nicht einfach oben sticht unten machen, das funktioniert einfach nicht. Dementsprechend die Einbringung des Antrages. Und dem möchte ich noch ganz kurz was hinzufügen, dass wir hier eben auch noch mal, ganz kurz ein paar Anmerkungen zu den Vorrednern. Wir haben hier drei Punkte gehört zum Haushalt, die ich hochinteressant fand. Das Erste ist, die einen werfen uns vor, wir sparen zu wenig oder wir sparen nicht richtig, wir müssen richtig sparen. Die Nächsten werfen uns hier vor, wir sparen an der falschen Stelle. Fand ich auch hochinteressant. Und das Dritte ist, wir müssen aber da sparen und da müssen wir aber nicht sparen. Und ich halte es für brandgefährlich, hier schon wieder irgendwelche Absichtserklärungen zu verteilen und auszugeben, zu sagen: „Also da wird nicht gespart, da müssten wir noch mal miteinander reden.“ Dann werden wir hier auch langsam unglaublich in unserer Haushaltsdebatte. Hier geht es darum, das Haushaltssicherungskonzept umzusetzen. Und dementsprechend eine Mehrheit hierfür zu organisieren und auch zu beschließen. Und nicht jetzt hier schon wieder im Grunde genommen wir auf dem Markt anfangen, zu verhandeln, X und Y und so weiter und so fort. Dieser Appell geht auch innerhalb der Koalition. Das Zweite, dass ich noch kurz zurückkomme zum Änderungsantrag, ist natürlich auch, und das ist das Entscheidende, wird die Stadtgemeinde Bremen auch weiterhin die Möglichkeit haben, eines Entfalls der Genehmigungspflicht. Da müssen wir darauf achten. Alle sind gleich, einige sind gleicher. Der Stadtrat Günthner hat ja mal gesagt, der Schwarzfahrer kontrolliert nicht die Schwarzfahrer. Und das ist eigentlich im Grunde genommen das, was uns hier immer wieder vor die Füße fällt. Das Vertrauen ist gegenüber Bremen in der Form nicht da. Zwei weitere Anmerkungen, die ich interessant fand, das eine war noch mal Appell von Frau Tiedemann, wir müssen jetzt bei den Personalausgaben sparen, fand ich hochinteressant, nur noch befristete Stellen, keine Neubesetzung. Da muss ich ganz ehrlich sagen, wenn man nicht eine Neubesetzung auf den Markt bringt, sondern sich nur noch damit auseinandersetzt

mit befristeten Stellen, werden wir hier kein Personal noch auch noch in irgendeiner Form irgendwie hier für Bremerhaven gewinnen können. Zwei Beispiele, das eine ist, es gab eine Nachbesetzung, Ausschreibung Prokurist der Erlebnis Bremerhaven, befristet für, glaube ich, ein halbes oder Dreivierteljahr. Was glauben Sie denn, was da eine Menge an Bewerbungen gekommen ist? Nichts. Sie kriegen keine Leute für befristete Stellen. Das Gleiche ist, Frau Eulig hat mich darauf hingewiesen, dass ihr Personal fehlt. Und gleichzeitig, wenn man dort Personal hat, muss man aufpassen, das ist ihre Stadträtin, dass das nicht abgeworben wird, aus welchen Gründen auch immer, vom Landkreis oder anderen Bundesländern. Und wenn man dann neu besetzen will, erklärt, diese Stellen sind befristet, bedeutet dann gleichzeitig, ich kriege aber keine Nachbesetzung. Und das Dritte ist bei Personal, das haben wir erlebt hier bei der Thematik, das Land hat diesmal beschlossen, den Bereich, ich hoffe, ich umschreibe das, Frau Stadträtin Toense, einigermaßen korrekt. Bezüglich des Fällens und Erweiterung von Büschen und Bäumen und so weiter und so fort, bis an die Hausgrenzen. Da sagte Frau Toense zu mir: „Wunderbar das Gesetz, hilft uns auch sehr weiter. Gleichzeitig wird eine Menge Antragsflut kommen, ich brauche dazu Leute. Ich bin da gar nicht dazu ausgerichtet, das auch noch zu erfüllen.“ Das, was der Bund auf die Kommunen macht, macht das Land genauso weiter. Und letzter Punkt noch, den Frau Tiedemann angesprochen hat, Verkleinerung der Stadtverordnetenversammlung, Frau Tiedemann, da muss ich Ihnen sagen, von 48 auf 35, da ist Bündnis Deutschland ja schon anscheinend auf einem ganz guten Weg. Von neun Stadtverordneten, mit denen Sie hier angetreten sind, sind gerade noch mal fünf übriggeblieben. Das sind 44, 45 Prozent Mannschaftsverluste, aber die Periode ist ja noch lang. Gleichzeitig aber sind die Stadtverordnete frei gewählt und das ist auch gut so, denn das ist richtig in einer Demokratie. Ich danke für die Aufmerksamkeit. Und ich werde gleich noch mal zum Antrag der Grünen reden.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Ja, Sie sehen mich schmunzeln, es wurde so viel gesagt. Und ich muss jetzt wirklich einfach schauen, womit ich anfangen und womit aufhören, weil ja, am besten fangen wir mit Herrn Kaminiarz an. Herr Kaminiarz, haben Sie unser Sparkonzept gelesen? Okay, Sie haben es also nicht gelesen, maßen sich aber an, über den Inhalt zu diskutieren. Sehr gut, denn das Konzept geht Strukturen an und konzentriert sich eben nicht auf einzelne Bereiche wie den sozialen Bereich, sondern insgesamt die Strukturen der Verwaltung, des Personals, der Liegenschaften, der Digitalisierung, Prozesse, Beteiligungen und greift Themen auf wie die Größe der Stadtverordnetenversammlung und zudem möchte sie präventiv wirken und sensibilisieren. Das ist unser Konzept, Herr Kaminiarz. Wenn Sie also mitreden wollen, empfehle ich Ihnen auf der Seite unserer Fraktion, sich das Konzept einmal anzuschauen, diese Lektüre täte Ihnen sehr gut, dann dürfen Sie nämlich auch mitreden. Herr Freemann, Herr Allers und der Herr Oberbürgermeister, es ist fantastisch, wie einzig sich diese Koalition darin ist, mit dem Finger überall hinzuzeigen, nur nicht auf sich selbst. Ja, Sie zeigen mit dem Finger nach Bremen, die schlechten Rahmenbedingungen, Bremen übernimmt keine Verantwortung et cetera, et cetera. Im Übrigen, das Ergebnis der Klage, was die CDU in Bremen erstritten hat, dass die Haushalte 2023 und '24 verfassungswidrig sind, lässt sich auch auf Bremerhaven dadurch ummünzen, weil gleiche Bedingungen gegeben sind. Ich höre aber nicht ein Wort der Selbstkritik in diesem Hause. So viel zur Verantwortung und so viel zur Demut. Sie möchten gerne gerettet werden, Selbstverantwortung ist das Motto, meine Damen und Herren. Nicht zu schauen und zu warten, wie die Prinzessin im Schloss, bewacht vom Drachen, wann kommt irgendwann der Ritter in strahlender Rüstung und rettet uns vor dem finanziellen Desaster, sondern machen Sie es wie Prinzessin Fiona, warten Sie nicht zu lange. Machen Sie es im Zweifelsfall selbst. Aber Herr Oberbürgermeister, die politische Willensbildung muss natürlich berücksichtigt werden. Ja, irgendwo haben Sie da ja recht, aber, und darauf zielt unser Konzept nämlich auch ab, Prävention und

Sensibilisierung für was für Entscheidungen wir hier treffen, was sie für finanzielle Auswirkungen haben, was für langfristige Probleme oder auch Konsequenzen wir uns ans Bein binden. Darum geht es auch in unserem Konzept. Das gehört nämlich auch mit dazu, wenn wir hier über Vorlagen und Anträge beraten und entscheiden. Und da haben wir tatsächlich eine ganze Menge Nachholbedarf. Sie sagen auch, 80 Prozent aller Kommunen beklagen, dass sie finanziell nicht auskömmlich ausgestattet sind, aber was interessiert uns, Herr Bürgermeister, die 80 Prozent? Warum schauen wir nicht auf die 20 Prozent, die sich nicht beklagen? Warum beklagen die sich nicht? Warum vergleichen wir uns mit den Schlechtesten? Ja, Einnahmen zu erhöhen, ist okay, sollten wir auch machen irgendwo, aber das reicht nicht, meine Damen und Herren. Und die Verpflichtung Bremens ist eben nicht, Bremerhaven in seiner Maßlosigkeit zu alimentieren. Herr Allers, wenn eine Befristung auf ein halbes oder ein Dreivierteljahr, Sie sagten es ja gerade selbst, angedacht wäre, Sie dafür aber kein Personal bekommen, dann stellen Sie unbefristet ein. Aber finden Sie nicht ein bisschen unverhältnismäßig, wenn Sie für ein halbes Jahr jemanden brauchen und ihn dann für ein ganzes Job-Leben hier verpflichten und hier einstellen? Steht das in einem Verhältnis. Nein, definitiv nicht, meine Damen und Herren, weil das sind Kosten, die wir dann nicht für ein halbes oder ein Dreivierteljahr tragen, um Ihr Beispiel aufzugreifen, sondern für 20, 30 Jahre oder im Zweifelsfall sogar noch länger. Und dann muss die Stelle ja auch noch wieder aufgelöst werden. In der Regel wird sie aber direkt neu besetzt. Also, ich komme zum Schluss, hier geht es in dieser Stadt um ein übersteigertes Selbstwertgefühl, fehlende Selbstreflexion, fehlende Projektion der eigenen Fehler und die Projektion eigener Fehler auf andere übertragen, abwehrendes Verhalten, um das Selbstbild zu schützen. Meine Damen und Herren, Freud hätte seine Freunde an Ihnen, diese Regierung leidet an einer massiven narzisstischen Persönlichkeitsstörung.

Stadtverordnete COORDES:

Ganz kurz, das Kernproblem, das wir haben und das uns begleiten wird, hat zuallererst in dieser Sitzung Herr Günthner angesprochen: die Strukturschwächen der Kommunen, die fast flächendeckend vorhanden ist und auch in etwas reicheren Ländern die Kommunen trifft. Seit Jahren wird der Bund damit konfrontiert. Seit Jahren tut sich nichts. Das muss man ehrlich so sagen. Wenn das jetzt so weitergeht, werden wir als Bundesland Bremen mit der Kommune Bremerhaven weiter stark betroffen sein. Und ich will jetzt noch mal auf die Kernpunkte, lieber Herr Neuhoff, was brauchen wir denn? Wir brauchen eine Transparenz in den Finanzbeziehungen des Landes mit seinen beiden Stadtkommunen. Wir kriegen wir die hin? Da streiten wir jetzt nun schon auch als Bremerhavener Grüne doch Monate dafür, dass wir die dringend brauchen, denn diese Debatte, ein bisschen Geld an die Geno, ein bisschen Geld an das Goethe-Theater. Es gibt diese Transparenz nicht. Und da frage ich mich, wir Grüne in Bremerhaven sehen uns in aller erster Linie verantwortlich für diese Kommune. Das ist unsere Auffassung. Und wir finden, und haben das auch weiter transportiert, wir haben überall Bürgerschaftsabgeordnete in den Fraktionen. Der Einzige, von dem ich ein Statement gehört habe, war Herr Raschen. Was machen denn unsere Bürgerschaftsabgeordnete, egal ob sie, die FDP hat, glaube ich keine, weiß ich jetzt gar nicht, die SPD, die Grünen, nehmen wir uns mit rein, die FDP auch, was tun Sie, um der Kommune, in der Sie gewählt worden sind, zu helfen? Da sehe ich einzige und allein Statements, Unterstützung von der CDU. Und das ist mir jetzt auch ziemlich egal, dass das nicht die Partei ist, aus der ich komme. Was brauchen wir noch? Wir müssen eine Systematik finden. Und wenn es die Angliederung beim Landesrechnungshof ist, die diese Transparenz herstellt. Sie werden dazu noch von uns hören. Was wir aber noch brauchen, ist eine andere Einnahmesituation. Dafür bräuchten wir dringend eine bessere wirtschaftliche Entwicklung. Da bin ich auch kein Zauberer, aber auch dafür brauchen wir, Stichwort Energy Port, Stichwort Klimacampus, die Unterstützung des Landes. Was brauchen wir noch? Das Haushaltssicherungskonzept, und deswegen streiten wir so, Herr Neuhoff, für den

Benchmark. Nun habe ich Sie ja so verstanden, dass Sie so was Ähnliches auf den Weg bringen. Die Kämmerei wird Ihnen erklären, warum dieser Benchmark zur Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes von eminenter Wichtigkeit ist, wenn Sie mir das nicht glauben. Aber wenn wir, und das abschließend, wenn wir es nicht hinbekommen, die Einnahmesituation zu verbessern, und wenn wir nicht mal unsere Bürgerschaftsabgeordneten in die Spur bekommen, sich intensiver für Bremerhaven einzusetzen, dann werden wir ganz schwere Zeiten bekommen, die dann aber auch, Herr Neuhoff, da gebe ich Ihnen recht, die dann dazu führen könnten, dass die soziale Lage noch schärfer wird. Und das können wir nicht wollen, weil wir wissen, wie das politische Ergebnis ist. Meine Bitte ist, wir machen das, weil ich habe Ihnen klar gesagt, diese Fraktion der Grünen ist eine Fraktion, die von den Bürgerinnen und Bürgern hier gewählt worden ist, und wird Ihnen dienen, Punkt. Und wir fordern unsere Bürgerschaftsabgeordneten auf, sich eminent für die Kommune Bremerhaven einzusetzen. Und ich bitte Sie, das ebenso zu tun, vielen Dank, weil sonst kommen wir nicht weiter.

Stadtverordneter ALLERS:

Gut, ich habe eben gerade erfahren, also die Grünen werden voraussichtlich ihren Bürgerschaftsabgeordneten Labetzke abziehen wegen nichts machen, das macht man ja auch bei Botschaftern. Und gleichzeitig habe ich auch noch erfahren, dass die Koalition an einer narzisstischen Persönlichkeitsstörung leidet, anscheinend ist das wohl so. Ich fand es hochinteressant, Frau Tiedemann, wenn man sich dann Ihren Antrag der Bündnis Deutschland anguckt unter 4.5 bezüglich SAIL-Erweiterung und weitere Maßnahmen, muss ich einfach nur sagen, Sie haben einen riesigen Katalog aufgestellt, was man da alles noch machen muss. Kleiner Hinweis, Frau Tiedemann, ich bin gespannt darauf, wie Sie erklären wollen, dass das dann kein Geld mehr kostet. Sie haben ja gesagt, wir sollen sparen und stellen gleich einen Antrag, der wieder mehr Geld kostet. Tut mir leid, da habe ich ein kleines Problem mit. Und vielleicht sollte man noch darüber nachdenken, wenn man mit narzisstischer Persönlichkeitsstörung hier um sich wirft, dass man erst mal schaut, dass man vor seiner eigenen Haustür fegt. Ganz kurz noch zum Antrag der Grünen. Also ich muss ganz ehrlich sagen, hochinteressant, den Senatsbeschluss, der uns immer noch nicht offiziell vorliegt, wird von den Grünen schon erstmals null und nicht erklärt. Und daher ist das Finanzaufsichtsgesetz eigentlich auch überflüssig. Da muss man sich ja mal fragen, weswegen hat der Senat überhaupt was beschlossen, wenn es überflüssig ist? Ich habe eher den Eindruck, dass man eigentlich versucht, das Ganze jetzt so durchzuschaukeln, um die Interessen der Stadt Bremen zu wahren, die ihren Haushalt nicht mehr explizit genehmigen lassen müssen. Die immer noch diese freie Möglichkeit haben. Und das Zweite unter B, das muss ich auch ganz deutlich sagen bei dem Antrag, Herr Kaminiarz, hier wird der Eindruck erweckt, sage ich ganz deutlich, die Kämmerei sitzt nur rum, macht Däumchen, beschäftigt sich nicht mit Controlling-Maßnahmen des Haushaltes, sondern lässt den Laden einfach an die Wand fahren und dann ist es so. Ich glaube, der Kämmerer wird Ihnen gleich noch mal, wenn er es will, aber ich würde es gut finden, noch mal ein paar Takte sagen zu den Punkten 4 und 6, die die aufgefahren haben. Das heißt ja im Grunde genommen, diese Kämmerei sitzt den ganzen Tag nur rum, wartet, dass die Sonne untergeht und am nächsten Tag wieder zur Arbeit geht, um einzustempeln und wieder auszustempeln. Ich meine, das ist eine Unterstellung, die finde ich also ziemlich, ich sage einfach schon mal, ein bisschen abenteuerlich, das hier aufzuführen. Die Gespräche, die wir mit der Kämmerei führen, sind hochinteressant, weil die nämlich aus ihrer tagtäglichen Arbeit berichten, vor allem auch über den Haushalt. Neu verhandeln, was ist denn an Jahresbeginn versucht worden? Man hat vonseiten der Kämmerei auf allen Ebenen versucht, zu verhandeln. Und ist permanent aufgelaufen beim Finanzsenator. Und wenn man sich dann mal O-Ton, ich sage nicht, wer es gesagt hat, sich dann mal unterhält, wie die Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Ebenen ist, das ist einem ganz deutlich klar gemacht worden, der Umgang in

Bremerhaven auf den Verwaltungsebenen Finanzen, das war schlichtweg eine Blockade. Da gab es keine Ohren mehr, die zuhörten. So was, muss ich ganz offen sagen, habe ich vorher nie erlebt, egal welcher Finanzsenator, welche Finanzsenatorin wir hatten. Und eins ist auch ganz deutlich, ja, Frau Linnert, das war kein einfaches Geschäft, das weiß Herr Raschen genauso mit unserem Haushaltssicherungskonzept. Aber hier war Lösungsinteresse gleich null. Die Gespräche laufen seit über einem Jahr. Und das, was man uns dann angedeutet hat: Ihr kriegt noch eine Antwort, mit diesem, ich sage jetzt einfach mal, da fehlten ja nur die Schnittkanten von diesem Brief, was man zusammengebastelt hat, dieses Gesetz, das unter aller Kanone war: Da habt ihr es jetzt und da kommt ihr irgendwie mit klar. Das funktioniert nicht. Wenn das die zukünftige Politik weiterhin des Bremers Finanzsenators ist mit der Kommune Bremerhaven, hat nicht nur der Finanzsenator Bremen mit uns ein Problem, sondern das geht auch noch ein Rutsch weiter hoch bis zum Bürgermeister. Der ja Landesvater ist und dementsprechend ja auch dafür sorgen muss, dass in beiden Kommunen es zu gleichen Lebensbedingungen kommt. Und dann wird es auch interessant, wenn man dann mal vergleicht, wie die Gelder ausgegeben werden. Ist Bremen immer als Stadt Bremen finanziell so auskömmlich oder auch nicht auskömmlich. Das wird man dann auch mal sich anschauen. Und gleichzeitig auch, wo werden die Gelder hingegeben. Man hat zum Beispiel eine Kita GmbH, die ganzen Personalkosten werden nicht eingerechnet in der Form, wie man uns das vorwirft. Und wir sind nicht dabei, weil wir Langeweile haben, die Personalstellen hochzufahren, weil wir müssen. Die nächste Herausforderung ist doch jetzt schon wieder, neue Kitas zu bauen mit der Gesamtversorgung über den ganzen Tag, über alle Kitas. Und wir bauen neue Kitas. Und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, die Finanzierung auf die Beine zu stellen, das ist kein Zuckerschlecken. Das holt man nicht einfach aus der Tasche raus, weil wir haben auch nicht ein Standardmodell, was wir überall aufbauen können, sondern es geht auch darum, den Platz dafür zu haben, auf dieser kommunalen Stadtfläche. Wir können nicht irgendwie im Bohmsiel-Gebiet auf einmal 15 Kitas nebeneinander bauen und sagen, damit haben wir dann unsere Versorgungspflicht erfüllt. Also wir werden den Antrag der Grünen ablehnen. Wir bitten um Zustimmung für den Antrag der Koalition, das war auch mein letzter Redebeitrag heute zum Haushalt. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtverordnete SCHILLER:

Im Entwurf zum Haushaltssicherungskonzept lesen wir als Maßnahme zum Personalabbau: „Die Freistellungsregelung nach dem Bremischen Personalvertretungsgesetz und dem Landesgleichstellungsgesetz hätten unmittelbare Auswirkungen auf den Personalbestand, sodass diese bei entsprechenden Lockerungen zu Einsparungen führen würden. Der Magistrat werde mit entsprechenden Vorschlägen an den Senat herantreten.“ Ich lese hier: „Der SPD-geführte Magistrat schlägt hier vor, rechte demokratisch gewählte Arbeitnehmer:innenvertretung zu beschneiden.“ Ich lese hier: „Der SPD-geführte Magistrat schlägt vor, dass Personalrät:innen und Gleichstellungsbeauftragte in Zukunft diese Tätigkeit nicht mehr im Rahmen ihrer bezahlten Arbeitszeit, sondern in ihrer persönlichen Freizeit ausüben sollen.“ Das ist ein Angriff auf Arbeitnehmer:innenrechte, das ist Demokratieabbau, das behindert die Gleichstellung der Geschlechter, zu deren Förderung eine Verwaltung grundgesetzlich verpflichtet ist. Mal für alle zum Verständnis: Arbeitnehmer:innenrechte, das ist zum Beispiel der Mindestlohn, das Verbot von Kinderarbeit, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, das Streikrecht, das Recht, Gewerkschaften zu gründen und in diesen aktiv zu sein, das Recht auf Bildungszeit, das nämlich auch hier angegriffen wird, aber eben auch Personal- und Betriebsvertretungsgesetze. Solche Arbeitnehmer:innenrechte, die sind nicht einfach vom Himmel gefallen. Die sind nicht selbstverständlich, Arbeitnehmer:innenrechte sind Errungenschaften der Arbeiter:innenklasse aus über 200 Jahren Arbeitskampf gegen den Widerstand reaktionärer und konservativer

Kräfte. Und eben dieses Bremer Personalvertretungsgesetz soll laut diesem Entwurf des Haushaltssicherungskonzepts nun beschnitten werden. Personal- und Betriebsvertretung, das steht für: Gemeinsam sind wir stärker, gemeinsam kämpfen wir dafür, dass unsere Rechte durchgesetzt werden. Personal- und Betriebsvertretung kostet die Engagierten Zeit und Kraft. In Personalratssitzungen oder Monatsgesprächen sitzen, Gesetzestexte studieren, Fortbildungen besuchen, Veranstaltungen organisieren, mit Kolleg:innen über ihre Sorgen sprechen, Dienstvereinbarungen entwerfen, überarbeiten und gegenüber dem Arbeitgeber durchsetzen. Strategisch für die Rechte von Kolleg:innen kämpfen. Und genau dafür braucht es Freistellungsregelungen. Denn welche Arbeitnehmer:in hat denn die zeitlichen, finanziellen, emotionalen und geistigen Ressourcen all das neben der Erwerbsarbeit in der Freizeit zu schaffen. Personal- und Betriebsvertretung, das ist gelebte Demokratie im Betrieb. Gerade in der heutigen Zeit muss es darum gehen, diese zu fördern, nicht zu schwächen. Frontalangriff auf Gleichstellungsarbeit, Demokratie und Arbeitnehmer:innen, das alles passiert leider nicht nur weit weg in den USA etwas mit dem christlich-libertären Project 2025. Auch in Deutschland erleben wir vor Kontrollverlust Panik, der AfD hinterherlaufende Konservative, die das Bürgergeld kürzen, die demokratische Zivilgesellschaft drangsaliieren oder, wie hier in diesem Entwurf eines Haushaltssicherungskonzepts, der heute zur Abstimmung steht, die Rechte von Arbeitnehmer:innen beschneiden wollen. Begründet wird dieser Sozialabbau, dieser Demokratieabbau und diesen Angriff auf Arbeitnehmer:innen jetzt mit Einsparungen im kommunalen Haushalt, genau. In Deutschland, dem Land der Steuer vermeidenden Milliardär:innen, der Friedrichs, deren Erb:innen, an den Sozialsystem vorbei leistungsfrei zu Vermögen kommen, in diesem Land sollen Arbeitnehmer:innen ihre über Generationen hart erkämpften Rechte nun hergeben, um damit Haushaltslöcher zu stopfen? Weil libertär-freidrehende Konservative ihre rechten Buddies noch reicher machen wollen? Dazu sagen wir Grüne+P entschieden: Nein, nicht mit uns. Zum Schluss wende ich mich einmal an meine Kolleg:innen aus der SPD. Ich muss Ihnen sicherlich nicht erklären, dass die hier vorgesehene Schwächung des Bremer Personalvertretungsgesetzes doch bitte schön ein sozialdemokratisches No-Go ist. Zumal im Magistrat ja soweit ich weiß, selbst aktive Gewerkschafter:innen und Personalvertreter:innen sitzen. Liebe Genoss:innen, ich fordere Sie auf, besinnen Sie sich auf Ihre Ursprünge im Kampf für Arbeitnehmer:innenrechte, für Gleichstellung, für Demokratie im Betrieb und außerhalb. Überarbeiten Sie diesen Entwurf des Haushaltssicherungskonzepts noch einmal, diesmal aber gemeinsam mit der Bremerhavener Personalvertretung und den Gleichstellungsbeauftragten. Da drüben sitzen sie übrigens. Wir Grüne+P lehnen diesen Entwurf ab. Danke schön.

Stadtverordneter RASCHEN:

Erst mal danke schön für das Lob, Frau Coordes, kommt auch nicht so oft vor, aber ich bin inhaltlich dabei. Allerdings Ihre Kollegin hat das gerade wieder alles eingerissen. Ich habe mich ein bisschen an die Zeit zurückerinnert von vor 1990 im Osten. Also sorry, so eine Rede, da hat nur noch das gefehlt. Aber das rundet den Verlauf der Haushaltsdebatte eigentlich ab. Denn in der ganzen Zeit ist nicht eine einzige wirklich konkrete Lösung präsentiert worden. Es waren Pauschalverurteilungen, Pauschaldinge, aber nichts, wo man sagt, das könnte man jetzt machen. Und Herr Kaminiarz, Sie haben nicht recht, wir haben mit Ihnen schon mal Dinge gemeinsam gemacht, die Zweitwohnsitzsteuer und noch eine Steuer, die haben Sie damals eingebracht. Und die haben wir mitgemacht, also vernünftigen Vorschlägen folgen wir dann auch. Was natürlich nicht geht, dass ich jetzt anfangen, ich spiele Kultur gegen Sport aus oder mache Soziales gegen Wirtschaft. Das sind einfache Dinge, die gehören sich nicht. Sicher kann man über das eine oder andere sprechen, ob man sich das in dem Umfang noch leisten kann, aber zu sagen, damit ich das eine halten kann, muss das andere, sondern das kann ich nur im Gesamthaushalt betrachten. Dann ist hier mehrfach angesprochen worden Personal.

Herr Allers hat es gerade erwähnt, wir haben Kitas gebaut. Und sieh an, ein Gebäude alleine hilft mir nicht, drei- bis sechsjährige Kinder brauchen Betreuung. Und dann gibt es Betreuungsschlüssel, an die muss man sich halten. Und dann ist man schnell bei mehreren Hundert zusätzlichen Beschäftigten, weil wir ein Rechtsanspruch umsetzen müssen. Und dann wird mein Personalkörper logischerweise irgendwann größer, lässt sich gar nicht anders vermeiden. Das kann ich dann beklagen, aber das sind die Vorgaben, die uns gemacht werden, damit Eltern ihre Kinder in die Kita geben können, deswegen müssen wir Personal einstellen. Die Vorlage Finanzaufsicht, ja, Herr Kaminiarz, Sie haben recht, natürlich kennen wir die. Aber es geht nicht darum, dass wir da wie ein Detektiv da hinterherlaufen, sondern es hätte sich gehört, das rechtzeitig einzubringen, denn der Senat weiß ja auch, wann wir tagen. Also man hätte es auch schon vor 14 Tagen einbringen können. Dann hätte man es den Unterlagen mit beifügen können, das wäre dann natürlich ein anständiger Weg gewesen. Und nicht irgendwie rum und ich gebe zu, Montagabend hatte ich dann diese Vorlage, das war aber für SPD schon zu spät gewesen, weil da waren die schon in der Fraktionssitzung gewesen. Wir hatten sie erst Dienstag. Aber es gibt auch Fristen, und da hat sich dann auch der Senat ein Stück weit dran zu halten. Dann gucken Sie mal, wie früh Sie die in Bremen kriegen. Frau Coordes, ich muss aber ergänzen, es sind nicht nur die Bürgerschaftsabgeordneten. Wir haben neben der Senatorin auch eine Staatsrätin aus Bremerhaven, die gehört Ihrer Partei an. Auch die hat eine Aufgabe, ich gebe ganz ehrlich zu, ihr Wirken habe ich in den knapp zwei Jahren und ein bisschen auch noch nicht so wahrgenommen. Auch sie trägt eine Verantwortung, auch wenn sie nicht Teil dieser Koalition ist, aber auch sie muss ihren Teil dazu beitragen. Also einfach nur die Kontonummer anzugeben, ist dann auch einfach ein bisschen zu dünn. Und wir hatten natürlich vollkommen recht mit unserer Forderung, Steuerkraftausgleich anzupassen, oder dass wir an dem Gewerbesteueranteil der Häfen besser beteiligt werden. Welche Stadt gibt es denn in Deutschland, wo der größte Gewerbebereich nicht zum Stadtgebiet gehört. Wo ist das? Es gibt keine weitere Stadt. Und deswegen waren die Forderungen keine Luftbuchung. Das waren angemessene Forderungen. Wir konnten uns zwar in Bremen nicht mit durchsetzen, das ist jetzt richtig, aber die Forderungen waren nicht überzogen und man hätte sie realisieren können. Und da erwarte ich dann auch ein bisschen Ihre Unterstützung und Einfluss auf Bremen, damit da auch eine gewisse Einsicht dann herrscht. (Zwischenruf) Erst mal kümmert ihr euch, dass das vernünftig behandelt wird. Ach ja, 80 Prozent und 20 Prozent, warum wir uns an den 80 Prozent der Städte orientieren und nicht an 20 Prozent. Ja, wer sind denn die 20 Prozent? München, Hamburg, Stade, also Städte, wo auch wohlhabende Menschen, also ich würde mich gerne mit München vergleichen, aber das geht nicht. Und deswegen sind wir eher bei den 80 Prozent und nicht bei den 20 Prozent, insbesondere bei der Struktur, die wir hier in Bremen haben, im Lande Bremen haben, dass die beiden Städte auch gleich Landesgrenze sind, auch das ist ein Novum, gibt es kein zweites Mal in Deutschland. Anderswo gibt es auch eine Gebietserweiterung, die gibt es bei uns nicht. Zum Änderungsantrag der Grüne hat der Kollege Allers eigentlich schon alles gesagt. Also ich bleibe dabei, stimmen Sie unserem Antrag zu.

Stadtrat GÜNTNER:

Die Debatte provoziert ja in Teilen dazu, noch mal auf den einen oder anderen Punkt einzugehen. Ich habe ganz aufmerksam den Redebeitrag von Frau Coordes aufgenommen, für den Sie, mein Eindruck war, also in manchen Teilen des Hauses mehr Beifall bekommen haben, in Ihren eigenen Reihen nicht so richtig viel Beifall bekommen haben dafür. Gibt es da durchaus auch Gründe. Sie haben allerdings in Ihrem Redebeitrag behauptet, es gäbe außer vom Kollegen Raschen von niemand anderem Äußerungen zu der Frage dieser vom Bremer Senat so hochgehaltenen, es hieß ja mal Gemeindefinanzordnung, inzwischen hat das Kind einen neuen Namen. Wenn Sie den heutigen Weser-Kurier lesen und auch gestern schon den Weser-Kurier lesen konnten, haben Sie festgestellt, dass der Oberbürgermeister sich kritisch

geäußert hat, dass die Bremerhavener SPD sich kritisch dazu geäußert hat, dass die Bremerhavener CDU sich kritisch geäußert hat, dass die Bremerhaven FDP sich kritisch dazu geäußert hat. Und dann kann man interessanterweise lesen, dass ein Bürgerschaftsabgeordneter, hinter dessen Namen in Klammern Grüne steht aus der Stadt Bremerhaven, das alles total prima findet, dass er im Grundsatz zu den Zielen des Gesetzentwurfes steht, dass Bremerhaven ja so ein Stück weit selber Schuld daran sei, dass jetzt das Land endlich mal zu scharfen Instrumenten greift. Insofern, es hilft uns manchmal, wenn die Bürgerschaftsabgeordneten auch mit der richtigen politischen Haltung unterwegs sind, es hilft uns manchmal, wenn die Bremerhavener Politikerinnen und Politiker auch mit der richtigen Haltung unterwegs sind. Es würde natürlich aber auch gerade helfen, wenn eine Partei einen Finanzsenator stellt, dass das, was ja hier eindrucksvoll an vielen Stellen beschrieben worden ist, gerade auch von Herrn Bürgermeister Neuhoff, die Gesprächsverweigerung, die faktisch stattgefunden hat, die Nichtbereitschaft, weil die Probleme, über die wir heute geredet haben, über die wir im Frühjahr geredet haben über diese Probleme, ist auch im letzten Jahr bereits geredet worden bei der Haushaltsaufstellung. Schon da ist auf die strukturellen Probleme hingewiesen worden, die wir haben. Das ist auf Ignoranz gestoßen, insbesondere im Hause des Reichs, und deswegen würde es natürlich helfen, wenn die Grünen nicht in jedem zweiten Redebeitrag immer Frau Linnert hochleben lassen, die hauptverantwortlich dafür ist, dass die Schuldenbremse auch für die Kommune Bremerhaven gilt. Und deswegen genau dieses Sparregime notwendig ist, von dem wir jetzt reden. Und zum zweiten auch dafür werben würden, dass man nicht nur in Sonntagsreden davon redet, dass diese zwei Städte ein Land bilden, dass gleiche Lebensverhältnisse angestrebt werden sollen, sondern dass das auch praktisch erreicht werden kann. Und das wird am Ende nur gehen, wenn nicht der Bremer Finanzsenator, Klammer auf, die Grünen, Klammer zu, wenn es um Geno-Hilfen für das städtische Klinikum geht oder wenn es um die städtische BSAG geht, überhaupt kein Problem mit Verschuldungsthemen hat. Wenn es aber um Bremerhavener Themen geht, dann immer die harte Linie zu fahren versucht. Also insofern habe ich das verstanden, dass Sie da sich jetzt dafür einsetzen wollen, dass auch die Bremerhaven Grünen nicht nur so tun, als wären sie für Bremerhaven, sondern sich auch für die Themen aus Bremerhaven einsetzt, erstens. Zweite Bemerkung, der Magistrat hat im Haushaltssicherungskonzept - ach so, die Frage ist ja, warum müssen wir so ein Haushaltssicherungskonzept machen. Warum müssen wir eigentlich uns mit bestimmten Rahmenbedingungen auseinandersetzen? Es ist ja übrigens auch der Senat gewesen unter Beteiligung der Grünen, unter Beteiligung der Linken, der beschlossen hat, Bremerhaven müsse insbesondere im Personalbereich sparen. Also freundliche Grüße an die Vertreterinnen und Vertreter des GPRs, Landesregierung hat beschlossen, die rot-grün-rot getragene Landesregierung, es müsse insbesondere im Personalbereich gespart werden. Sie hat beschlossen, es müsse auch insbesondere im Sozialbereich gespart werden. Und nun hatten wir am Anfang der Stadtverordnetenversammlung in der Fragestunde diese Diskussion schon in einer gewissen Weise miteinander geführt. Also wenn man was beschließt, dann folgt daraus was. Wenn man also beschließt, es muss in Bremerhaven gespart werden als Landesregierung, egal welcher Farbe, dann hat das in Bremerhaven eine Auswirkung. Wenn man das also mitbeschlossen hat in bestimmten Parteifarben, dann hat das eine bestimmte Auswirkung. Ich finde als Sozialdemokrat diese Auswirkung falsch. Ich finde die auch bescheuert. Ich finde auch vieles, was da beschlossen worden ist, falsch. Ich nehme nur zur Kenntnis, dass andere in diesem Raum und andere, die dieser Landesregierung angehören aus Bremerhaven kommen, eben nicht mit dieser differenzierten Position auftreten. Und sagen, natürlich hat das Auswirkungen, was wir da machen. Und natürlich hat das Auswirkungen vor Ort. Und natürlich müssen wir dann über die Auswirkungen reden, sondern dass Sie locker dann darüber hinweggehen und so tun, als könnten Sie mit Einzelgrußadressen, wenn es um Personalvertretungsrechte geht oder Ähnliches, hier populistisch Punkte machen. Das, was in dem Haushaltssicherungskonzept steht und was da beschrieben ist, adressiert an der Stelle genau an, welche Regelungen

betreffen uns, welche Regelungen haben Auswirkungen auch auf die Kommune Bremerhaven, auch finanzielle Auswirkung, auch personalwirtschaftliche Auswirkungen. Und wofür liegt da eigentlich die Regelungsgewalt? Und die Regelungsgewalt liegt in diesen Punkten beim Landesgesetzgeber. Und dementsprechend ist das, was der Magistrat dort macht, lediglich zu sagen, wir wollen mit dem Landesgesetzgeber darüber reden, wenn wir über Sparen reden, wenn wir darüber reden, dass weniger im Sport gemacht wird, wenn wir darüber reden, dass weniger in Bildung gemacht wird, wenn wir darüber reden, dass weniger im Sozialbereich gemacht wird, wenn wir darüber reden, dass wir Personal abbauen, dann gibt es am Ende keine Schonbereiche. Und dann kann es ja auch keine Schonbereiche geben. Wenn man sparen muss, muss man überall sparen. Und muss sich auch alle Bereiche anschauen. Das ist der politische Hintergrund, den solche Vorstellungen haben. Und deswegen kann man hier dann so lustige populistische Reden halten, in denen man von Bremerhaven über Donald Trump bis zu rechtspopulistisch-libertären Bewegungen sonst wo auf der Welt kommt. Oder man guckt sich an, was ist das, was wir machen müssen, was sind die Probleme, an denen wir arbeiten müssen, wie gehen wir die an. Und dann finde ich, war ein Teil der Debatte heute ausgesprochen konstruktiv, hilft uns, glaube ich, auch in den nächsten Jahren weiter. Gerade auch die politische Unterstützung in Richtung Bremen. Aber dieser populistische Zungenschlag, der hier an einigen Ecken reinkommt, dieser Zungenschlag, schwarz, weiß, gut, böse. Die einen, bei denen marschiert schon irgendwie der Geist von Donald Trump und libertärer Bewegung mit bei all dem, was sie machen. Und die anderen sind die Guten und die retten die Welt und dabei auch noch das Klima. Ich glaube, so was braucht man in der Stadtverordnetenversammlung nicht unbedingt. Und es hilft uns übrigens auch nicht bei der Lösung der Probleme weiter.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Ja, ich fange mal an mit Frau Schiller. Frau Schiller, was hätte Franz Josef Strauß gefragt oder gesagt zu Ihrem Beitrag: Freiheit oder Sozialismus. Gäbe es nach Ihren Vorstellungen nur noch Betriebsräte und Frauenbeauftragte, gäbe es wahrscheinlich keine Leute mehr, die arbeiten. Der Sozialismus ist aber gescheitert 1989/90. Der Sozialismus hat auch nie funktioniert. Und wenn er überhaupt funktioniert, dann vielleicht in Nordkorea, Frau Schiller, vielleicht probieren Sie es da mal mit Ihren Ideen. Herr Allers, messerscharfe Analysen, die Sie immer hier gerne treffen und auch die durchaus zutreffen. Schön, aber warum können Sie damit Ihre Genossen in Bremen nicht überzeugen? Das frage ich mich immer. Und wenn Sie von befristeten Stellen sprechen, die nicht zu besetzen sind, haben Sie auf der einen Seite recht, ja, hochwertige Stellen werden Sie nicht befristet besetzen können, völlig richtig. Aber es geht hier nicht nur um hochwertige Stellen, sondern es geht auch um normale Stellen. Und da muss man natürlich auch fragen oder da muss man die Initiative ergreifen, diese Stellen mit den 15 Prozent der Bremerhavener Arbeitslosen oder den weiteren zehn Prozent derer, die sich in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befinden, gegebenenfalls zu besetzen, dann auch unbefristet und vielleicht noch mit einem Zuschuss der Bundesagentur für Arbeit. Die 35-Stadtverordneten-Vorschläge von Bündnis Deutschland sind aus meiner Sicht richtig. Wir haben so was ja schon mal selbst als Antrag eingebracht, entsprechend damals hieß es, Sie wollten eine 5-Prozent-Klausel haben hier in der Stadtverordnetenversammlung. Wir haben damals entsprechend vorgeschlagen, die Abgeordnetenzahl entsprechend zu senken, damit sie auf fünf Prozent kommen, die letztendlich dann draußen bleiben. So, dann, Herr Neuhoß, ich habe nicht behauptet, Bremerhaven ist pleite, ich habe nur darauf hingewiesen, dass natürlich zumindest volkstümlich die Pleite droht. Das Ganze ist natürlich auch Definitionssache, was ist pleite, was ist Konkurs. Ist pleite bereits, wenn man 10 Prozent in der Kasse nicht hat, die machen haben müsste. Bei fast 1 Mrd., wenn fast 100 Mio. fehlen, ist es halt vielleicht so. Und egal, wie man es dann bezeichnen will. Ich sage nicht, Bremerhaven ist pleite, aber natürlich volkstümlich

gedacht, droht sie uns. Dann Herr Freemann, die AfD hat nicht alle Stellenmehrungen abgelehnt. Wir haben immer Stellenmehrung zugestimmt für die Polizei, für Sicherheitskräfte wie Feuerwehr beispielsweise, oder wenn Sie wirken, begründet waren. Ich habe immer darauf hingewiesen, dass aus meiner Sicht, wenn Stellen mehr benötigt werden beziehungsweise mehr Arbeit da ist, muss zunächst mal dafür gesorgt werden, dass dieses durch Umsetzung innerhalb der Behörde geprüft und auch realisiert wird. Das wird in jeder normalen Behörde so gemacht, nur nicht in kommunaler Verwaltung, wo man mal eben entsprechend, wie gesagt, in knapp zehn Jahren, 1.000 Stellen mehr beschließen kann. Also wenn Stellen notwendig sind, ja, und auch wenn mehr Arbeit da ist oder zugewiesen wird von außen, muss diese erledigt werden. Aber man muss erst mal gucken, ob man nicht umsetzen kann. Hat man vielleicht auch die Digitalisierung, das große Zauberwort, gerade der FDP, der Digitalisierungspartei, der Partei der künstlichen Intelligenz, immer wieder zweckgeführt wurde, wo sind da eigentlich die Effekte dieser Digitalisierung geblieben in den letzten Jahren. Das sollte doch eigentlich sich auch auf den Personalhaushalt niederschlagen. Also das Haushaltssicherungskonzept ist erst der Anfang. Es wird aber mit Blick auf die Haushalte in Brüssel, in Berlin und auch in Bremen letztendlich nicht reichen für alle. Das Geld wird nicht reichen. Es wird nicht reichen auf allen Ebenen, denn dieser Sozialstaat ist fast am Ende. Und ich erinnere mich an 1980 an mein Studium, da hat der Professor damals gesagt: „Wir sind kein Sozialstaat, wir sind ein Rechtsstaat mit Sozialcharakter.“ Und ich glaube, dahin müssen wir letztendlich zurück.

Stadtverordnete COORDES:

Ich will jetzt keinen langen Redebeitrag mehr halten, nur ganz kurz, Herr Günthner. Ich denke, die Tatsache, dass die Schuldenbremse eingeführt wurde unter damals noch anderen Gegebenheiten, hat dazu geführt, dass insbesondere das Bundesland Bremen, was ja auch vorher vielleicht schon wirtschaftlich schwierig dastand, ein Sanierungsland wurde. Und die Tatsache, dass wir ein Sanierungsland sind, führt zu diesen monetären Belastungen. Das macht niemand gerne. Und weil das jetzt eben so ist, ist es auch eine Chance, die Beziehungen, die Finanzbeziehung des Landes mit den beiden Kommunen, neu aufzustellen. Wir müssen das dringend. Ich glaube, da sind wir uns einig. Gleichzeitig brauchen wir in Bremerhaven, und es ist aber schon länger so, eine bessere wirtschaftliche Entwicklung. Das habe ich gesagt. Und ich glaube, das ist auch unbestritten. Und das werden wir auch ohne Hilfe nicht hinbekommen. Ich wollte darlegen mit meinem Beitrag, dass wir dringend die Bürgerschaftsabgeordneten brauchen, weil natürlich werden wir ohne deren Unterstützung, die ich so bislang nicht gesehen habe, hier zumindest die Neuaufstellung der Finanzbeziehungen nicht hinbekommen. Und auch nicht alleine eine bessere wirtschaftliche Entwicklung. Und alle, die sagen, dass wir dann zum sozialen Verwerfen führen, wenn wir es nicht hinbekommen, die haben ja recht. Das kann doch keiner wollen. Und wir können hier, Herr Raschen, kleinteilig diskutieren, das möchten Sie ja gerne, oder so habe ich Sie jedenfalls verstanden, Haushaltsstelle A so und so viel, Haushaltsstelle B. Das haben wir nicht gemacht, weil ich glaube, wir müssen das große Ganze lösen, eben das, was ich eingangs beschrieben habe, sonst lohnt sich das überhaupt nicht, so kleinteilig zu diskutieren. Und ich hoffe sehr, dass ein gemeinsamer Einsatz und die Aufforderung, das habe ich ja eben gesagt, an die Bürgerschaftsabgeordneten sich verstärkt einzusetzen, dass das einfach dazu beiträgt, vieles neu regeln zu können. So, aber es ist eine reine Diskussion in der Sache, die wir auch so führen müssen. Und natürlich hilft einem Herrn Emmerlich und einem Herrn Khalaf, wenn sie kontrollieren, ein Benchmark ungemein. Also das hilft wirklich, die Finanzen solider zu gestalten. Aber im Endeffekt, da will ich jetzt keine negative Stimmung verbreiten, Bremerhaven braucht eine bessere wirtschaftliche Entwicklung. Und dabei muss das Land uns unterstützen, sonst geht das nicht. Und ich möchte doch nur, und das sollten wir alle gemeinsam machen, egal ob wir grüne oder schwarz oder rote Parteifahren haben, dass wir

gemeinsam gegenüber dem Land auftreten, weil das dringend erforderlich ist, und in der Sache diskutieren.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss (StVV - Ä-AT 9/2025):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Änderungsantrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 9 Ja-Stimmen (GRÜNE+P, MÖWEN, Kocaaga).

Beschluss (StVV - Ä-AT 10/2025):

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Nr. 3 vom Beschlussvorschlag wird ersetzt durch nachstehenden Text:

„Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, dass ihr der Gesetzentwurf des Senats zur „Ausführung der kommunalen Finanzaufsicht“ umgehend zur Kenntnis gegeben wird, damit sie sich inhaltlich damit beschäftigen kann. Insoweit die Kontroll-, Beanstandungs- und Durchgriffsrechte allein gegenüber der Stadt Bremerhaven erweitert werden sollen, findet das nicht die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung.“

Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, dass die Finanzaufsicht über die Stadtgemeinde Bremen und die Stadtgemeinde Bremerhaven darin in gleicher Weise geregelt wird.“

Der Beschluss ergeht bei 15 Nein-Stimmen (BD, GRÜNE+P, MÖWEN, Kocaaga, Lichtenfeld, Schuster) und 2 Enthaltungen (AfD).

Beschluss (StVV - V 78/2025):

Die Stadtverordnetenversammlung fasst nachfolgende Beschlüsse:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Neufassung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 (Anlage 6) und den Haushaltsplan 2025 einschließlich der weiteren Anlagen aus 1 bis 9.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das Haushaltssicherungskonzept 2025 als Bestandteil des Haushaltsplans 2025 (Anlage 9).
3. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, dass ihr der Gesetzentwurf des Senats zur „Ausführung der kommunalen Finanzaufsicht“ umgehend zur Kenntnis gegeben wird, damit sie sich inhaltlich damit beschäftigen kann. Insoweit die Kontroll-, Beanstandungs- und Durchgriffsrechte allein gegenüber der Stadt Bremerhaven erweitert werden sollen, findet das nicht die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung.
Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, dass die Finanzaufsicht über die Stadtgemeinde Bremen und die Stadtgemeinde Bremerhaven darin in gleicher Weise geregelt wird.

Der Beschluss ergeht bei 18 Nein-Stimmen (BD, GRÜNE+P, MÖWEN, AfD, Baltrusch, Kocaaga, Lichtenfeld, Schuster).

Pause von 15:55 Uhr bis 16:25 Uhr**TOP 3.2 23. Änderung des Flächennutzungsplanes
"Werftquartier"
Feststellungsbeschluss****StVV - V 70/2025**

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

1. Die zum Entwurf der 23. Flächennutzungsplanänderung „Werftquartier“ eingegangenen Stellungnahmen und die daraus abgeleiteten Beschlussvorschläge werden so berücksichtigt, wie es in der **Anlage 4** dargestellt ist.
2. Die 23. Flächennutzungsplanänderung „Werftquartier“ wird gemäß § 5 BauGB als Feststellung beschlossen und die Begründung gebilligt.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

**TOP 3.3 Bebauungsplan Nr. 500 „Die Werft“
Satzungsbeschluss****StVV - V 69/2025**

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst nachstehende Beschlüsse:

- 1) Über die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 500 „Die Werft“ eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der dieser Vorlage beigefügten Aufstellung (Anlage 6) beschlossen.
- 2) Der Bebauungsplan Nr. 500 „Die Werft“ wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung gebilligt.

Der Beschluss ergeht bei 8 Enthaltungen (GRÜNE+P, Brand, Knorr, Kocaaga).

**TOP 3.4 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 461
„Stadtteilzentrum Wulsdorf“
Aufstellungsbeschluss**

StVV - V 72/2025

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Es geht heute um die vereinfachte Änderung eines Bebauungsplanes, den wir schon beschlossen haben, Nr. 461, das ist das Stadtteilzentrum in Wulsdorf. Dieser Tagesordnungspunkt war Gegenstand der Bau- und Umweltausschusssitzung am 30.09.2025. Er ist auf Drängen der Koalition vom Dezernenten zurückgezogen worden, das heißt, wir haben ihn dort inhaltlich nicht behandelt. Grund dafür waren erhebliche Unklarheiten in der Vorlage, die eben im BUA auch nicht geklärt werden konnten. Mir Erinnerung war ein Verzicht auf die Tiefgarage durch den Investor, was dazu führte, dass Teile des öffentlichen Parkplatzes privatisiert werden und den zukünftigen Bewohnerinnen, Bewohnern sowie den Besucherinnen und Besuchern des geplanten Neubaus zur alleinigen Nutzung übereignet werden sollten. Auch sollte ein Teil der Heinrich-Kappellmann-Straße jetzt dem B-Plan unterfallen. Warum war zumindest in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses nicht zu erfahren. All diese Fragen, meine Damen und Herren, sind bis jetzt nicht geklärt. Und eine vorläufige oder eine vorherige Behandlung im Bau- und Umweltausschusses im Rahmen als Fachausschuss ist daher aus meiner Sicht notwendig. Und ich beantrage daher, den TOP 3.4 zunächst für zwei Monate auszusetzen, bis eine inhaltliche Behandlung im Fachausschuss stattgefunden hat.

Stadtrat CHARLET:

Ich möchte mich kurz einmal zu dem eben geäußerten Anliegen äußern. Es ist so nicht richtig. Ich möchte zum einen erst einmal für Aufklärung für die Gesamtheit hier beitragen. Der Antrag wurde im vergangenen BUA zurückgezogen, weil kurzfristig eine Anlage mit den Umgebungsrahmen des Gebietes für die vereinfachte Änderung des Bebauungsplans Nr. 461 nachgereicht worden ist. Das haben wir natürlich für die Transparenz halber gemacht. Und ich möchte deswegen einmal zwei Dinge richtigstellen. Es ist nicht richtig, wo wie eben vorgetragen, dass aufgrund der nicht mehr weiter geplanten Tiefgarage öffentliche Parkplatzflächen genutzt werden. Alle Parkplätze, die bisher in der Tiefgarage angedacht oder die ursprünglich in der Tiefgarage angedacht waren, werden nun in einem Parkhaus über dem geplanten Drogeriemarkt untergebracht. Und die Änderung oder Einbeziehung der südlichen Parkplatzfläche ist damit zu erklären, dass wir heute anders als im ursprünglichen Bebauungsplan andere Parkplatzflächengrößen haben. Also die Zahl der Parkplätze, die dort angesetzt werden, werden weniger, das einfach zur Aufklärung.

Stadtverordneter ALLERS:

Herr Kaminiarz, auf Drängen der Koalition, das hätten Sie genauso gut einfordern können. Denn was wir damals für eine Vorlage erhielten, und dann wurde uns einfach noch hier der jetzige Plan, der angeheftet ist bei über Kopf, aber weiß nicht bei den anderen, wie es aussieht, hat aber auch einen ernsten Hintergrund. Denn die Vorlage gab in dem inhaltlichen Kontext, zu dem, was dann verteilt worden ist, überhaupt gar keinen Mehrwert, geschweige denn überhaupt ein inhaltliches Verständnis. Und das noch mal für alle Stadtverordnete hier als Information, Punkt 1, alles, was Sie hier kursiv und unterstrichen sehen, ist dementsprechend auch angefügt worden. Weil das sind nämlich alles die Punkte und Informationen, die im Vorfeld fehlten. Und das war auch der Grund, warum wir natürlich als Koalition und ich auch als Bauausschuss-politischer Sprecher klipp und klar gesagt haben, so geht das nicht. Und der Kollege Raschen hat das auch sofort gesehen, sofort den Stadtrat aufgefordert, die zurückzuziehen, damit die erweitert und ergänzt wird. Weil man kann ja nicht einfach mal während der Sitzung mal ganz kurz den angefügten Schwarz-Weiß-Plan hier

verteilen, nach dem Motto, ich habe da noch was, sondern dann erwarten wir auch, jedenfalls als Koalition, und ich denke, das ist auch das gute Recht der Opposition, dass man hier umfangreich informiert wird. Und sollte es hier dazu auch noch im nicht öffentlichen Teil einen Zusatz geben, dann erwarten wir auch, dass zügig dieser Zusatz auch noch im nicht öffentlichen Teil der nächsten

Stadtverordnetenversammlung oder aber auch im nächsten Bauausschuss uns dann erreicht. Das nur als Anmerkung dazu, denn es hatten sich natürlich bei uns auch spontan Fragen ergeben, welche Gründe liegen vor. Und ich habe dann auch noch mal nachgeprüft bezüglich der Argumentation, warum man dieses, sei jetzt einfach mal, diese Veränderung beifügt aufgrund dort dann vorhandener Altlasten. Ich habe mir dann die Luftfotos genommen von 1953, im Baubereich können wir uns das ja anschauen. Dementsprechend habe ich erst gedacht, das passt nicht. Aber die Luftaufnahmen zeigten auch, dass auch auf der Fläche, wo jetzt dieser Parkplatz hinkommt, dort auch, ich sage einfach mal, aufgrund der Qualität eine etwas nicht überschaubare Bodengemengelage war, wo man nichts draus interpretieren konnte. Und da hat dankenswerterweise auf Bitten der SPD-Fraktion der Herr Stadtrat mir auch mitgeteilt, dass das noch nachgereicht wird, aus welchen Gründen das ist, warum es dort dementsprechend die Probleme gegeben hat, damit wir auch umfangreich informiert sind. Das alles nur zur Kenntnis. Das ist jetzt also nicht irgendwie nach dem Motto, wir haben mal Langeweile im Bauausschuss, sondern wenn im Bauausschuss Mehrheiten dementsprechend auch hier eingefordert werden müssen, dann müssen aber auch klipp und klar dann auch eine Vorlage eingebracht werden, der man auch zustimmen kann. Und nicht auch uns im Versand einfach nur eine halbe Vorlage geben und dann über eine Planungsänderung einfach nur informiert, hier ist nicht mehr weiter was hinzuzufügen. So, wie sie jetzt hier ist, und das war auch Wunsch des Stadtrates, dass man ihn auch zügig dann beschließen möchte, weil der nächste Bauausschuss von der zeitlichen Entfernung ist, weil der Investor laut meiner Information zügig bauen möchte. Gut, das hören wir auch schon öfter, schon seit Jahren, aber ich gehe davon aus, dass es jetzt hier endlich losgeht.

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Offensichtlich haben Sie vorher miteinander gesprochen, mit der Opposition ist keinerlei Absprache getroffen worden. In der Vorlage wird etwas von Anlage 4 und 5 erwähnt, die ist hier nicht beigelegt. Wollen wir jetzt wirklich eine inhaltliche Diskussion, die in den Bauausschuss gehört, hier führen? Ich hätte noch diversen Fragen dazu, aber ich glaube, das sollten wir hier lassen. Ich halte meinen Aussetzungsantrag für aufrecht, dass man es der Koalition dann erklärt, dass die sagt: „Okay, dann kann das hier rein“, das mag so sein. Aber aus Sicht der Opposition ist es natürlich kein Vorgehen, mit dem wir uns einverstanden erklären können. Herr Allers, ja, das hören wir immer wieder, der Investor, der in Bremerhaven immer alles zu Boden schmeißt, jetzt keinen speziellen, nicht, dass wir uns falsch verstehen, aber man ist hier, ich sage das mal salopp, sehr investorenhörig, dass der jetzt schnell bauen will, hören wir seit Jahren. Ich glaube, der Bau ist seit zehn Jahren mindestens. Ich kann mich daran erinnern, in der Koalition zwischen uns war das auch schon mal Thema, da ging es erst mal um Kreisel, um die Gestaltung, also dieses Bauprojekt ist Jahre alt. Und da werden jetzt zwei Monate nichts daran ändern, dass wir es ordentlich in dem Bauausschuss fachlich bearbeiten können, die Fragen, die für die Opposition, für mich jedenfalls als baupolitischer Sprecher noch deutlich offen sind. Zwei, drei Sätze hier, Herr Charlet, danke für das Bemühen, aber das reicht mir nicht aus.

Stadtverordneter RASCHEN:

Ja, es ist richtig, im Bauausschuss haben wir die Vorlage aussetzen lassen, weil wir mit der Planänderung auch überrascht wurden. Aber wie Herr Allers das eben schon gesagt hat, diese Änderungen sind jetzt aufgenommen. Und Herr Kollege Kaminiaz,

es gibt ja nicht nur eine Bringpflicht, es gibt auch eine Holpflicht. Ja, die Vorlagen sind seit Donnerstag bekannt. Und wenn ich Fragen habe, dann kann man auch zum Telefon greifen und sich aufklären lassen, dann kann man was lösen. Also die Vorlagen sind seit letzter Woche Donnerstag allen unseren Stadtverordneten bekannt, also hätte es hier eine Möglichkeit gegeben. Ja, das Projekt ist schon verdammt alt, ich weiß irgendwie 2017, 2018 so in der Größenordnung. Die Wulsdorfer wollen da ja was haben. Und deswegen sollten wir auch versuchen, es möglichst zeitnah zu machen, und keine Zeit mehr verschwenden, weil wir müssen eine andere Geschwindigkeit bekommen. Wenn ich mir vorstelle, dass die Mensa an der Goethe-Schule einmal über das komplette Grundstück gewandert ist, dann ist das nicht so richtig prickelnd. Und dann muss man andere Geschwindigkeiten bekommen. Und deswegen, hier ist das oberste Organ, sticht jeden Ausschuss aus. Die Vorlage ist verändert worden, ergänzt worden. Und daher ist sie für uns jetzt auch beschlussreif und dann können wir es heute hier beschließen. Also wir stimmen zu.

Stadtverordneter ALLERS:

Herr Kaminiarz, das kann ich nachvollziehen. Deswegen, um das auch voranzubringen, das Ganze und nicht noch zwei Monate zu warten, bitte ich dann eben kurz den Stadtrat nach vorne zu kommen und Ihnen zu erklären, was hier aus Sicht der Opposition noch fehlt an Anlagen, damit auch alle hier komplett umfassend informiert sind, wenn Anlagen noch fehlen sollten. Das kann ich jetzt nicht auf die Schnelle beurteilen.

Stadtrat CHARLET:

Kurz möchte ich da eben einmal zur Aufklärung beilegen, wir haben im BUA den Aufstellungs- und den Auslegungsbeschluss, die Anlage 4 und 5, die hier sozusagen in der Einführung ist. Ist im Auslegungsbeschluss, den wir im BUA in der nächsten Woche haben, aufgeführt, das ist da anhängig. Es ist eine grobe Skizze, die ist aber hier nicht im Beschlussvorschlag. Ich verstehe das, das ist uns leider redaktionell durchgerutscht. Ich kann gerne zu Protokoll nehmen, dass wir das streichen. Das ist aber nichts, was sozusagen jetzt inhaltlich für diese Vorlage wichtig ist.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss (Änderungsantrag Kaminiarz):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Änderungsantrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 9 Ja-Stimmen (GRÜNE+P, MÖWEN, Kocaaga) und 4 Enthaltungen (BD).

Beschluss (StVV - V 72/2025):

Der Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 461 „Stadtteilzentrum Wulsdorf“ wird für das im Übersichtsplan (Anlage 1) gekennzeichnete Gebiet zwischen Weserstraße und Heinrich-Kappelman-Strasse im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB aufgestellt.

Der Beschluss ergeht bei 9 Nein-Stimmen (GRÜNE+P, MÖWEN, Kocaaga) und 4 Enthaltungen (BD).

TOP 3.5 Erhaltungssatzung „Goethequartier einschließlich der Hafenstraße“ gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB, Satzungsbeschluss

StVV - V 71/2025

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst nachstehende Beschlüsse:

1. Über die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB und der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB zur Erhaltungssatzung „Goethequartier einschließlich Hafenstraße“ eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der in dieser Vorlage beigefügten Aufstellung (Anlage 6) beschlossen.
2. Die Erhaltungssatzung wird gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 10 BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung gebilligt.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

TOP 3.6 Klimaanpassungsstrategie 2025 für die Stadtgemeinde Bremerhaven

StVV - V 68/2025

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Die vorliegende Beschlussvorlage der Stadt Bremerhaven fasst eine Reihe von Maßnahmen zusammen, die in den Bereichen Infrastruktur, Stadtentwicklung und Gemeinwesen umgesetzt werden sollen. Insgesamt handelt es sich um zahlreiche Einzelmaßnahmen, von der Sanierung öffentlicher Räume über Mobilitätskonzepte bis hin zu sozialen Projekten, alles im Zusammenhang mit dem Klimawandel. Grundsätzlich ist die Intension zu begrüßen, denn es geht darum, wichtige gesellschaftliche, städtebauliche und ökologische Herausforderungen anzugehen. Allerdings bleibt in der Vorlage weitgehend unklar, wie die finanziellen Mittel dafür realistisch zur Verfügung gestellt werden sollen. Drittmittel ist das Zauberwort, das hier mal wieder angeführt wird. Doch Drittmittel bedeuten in der Regel auch, dass wir einen Eigenanteil leisten müssen, finanziell eigenen Teil leisten müssen. Und welche Unterhalts- und Pflegekosten entstehen nach der Umsetzung des jeweiligen Projektes? Was, wenn ein Projekt teurer wird? Oftmals wachsen die laufenden Kosten, etwa bei komplexeren Mobilitätsprojekten oder bei infrastrukturellen Investitionen deutlich schneller als geplant. Monitoring und Rücklagenbildung sind hier definitiv ein Muss. Und gerade wenn man sich den Bremerhavener Haushalt und das Verhalten im Haushalten anschaut in dieser Stadt, müssen wir auf jeden Fall als BD-Fraktion, was diesen Antrag angeht oder diese Vorlage angeht, anmahnen, dass man verantwortungsvoll und nur im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten handelt und nicht alles um jeden Preis macht. Es sind viele der geforderten Maßnahmen

unterstützenswert und wir stehen vor klimatischen Veränderungen. Und diesen muss auch diese Stadt gewachsen sein. Von daher können wir dem Antrag sowohl gute Aspekte abgewinnen als auch negative. Und daher beantragen wir die Einzelabstimmung der Beschlusspunkte.

Stadträtin TOENSE:

Ich habe Ihnen heute eine Vorlage eingebracht, Stichwort Fortschreibung Klimaanpassungsstrategie. Die Klimaanpassungsstrategie haben Sie hier in diesem Hause bereits im Jahre 2018 mit ganz großer Mehrheit beschlossen. Ich habe extra noch mal nachgeguckt, auch damals noch Bürger in Wut, Herr Timke war dabei, und hat dafür mitgestimmt. Sie wissen dann auch, dass die Klimaanpassungsstrategie auf einer gesetzlichen Grundlage beruht, nämlich auf der Fortschreibung des Bremischen Klimaschutz- und Energiegesetzes. Da drin ist festgeschrieben, dass es eine Klimaanpassungsstrategie gibt. Und dass diese alle fünf Jahre fortgeschrieben wird. Das haben wir nunmehr getan, wir haben geguckt, ob es neuer Schwerpunkte bedarf, ob neue wissenschaftliche Erkenntnisse einzubeziehen sind. Und ob die Maßnahmen, die darin standen in der bisherigen Klimaanpassungsstrategie 2018, ob die noch so richtig adressiert sind oder ob sie anders adressiert werden müssen. Der Senat hat bereits im Juli '25 diesen Jahres die Fortschreibung beschlossen. Und nunmehr sind wir für unseren Teil für unsere insgesamt, jetzt habe ich die Anzahl vergessen, 13 Schlüsselmaßnahmen in der Stadtgemeinde Bremerhaven liegen Ihnen jetzt hier zur Beschlussfassung vor. Aus der Klimaanpassungsstrategie 2018 können wir auch das ein oder andere schon einen Haken setzen beziehungsweise haben wir uns auf den Weg gemacht. Das sind beispielsweise das Stichwort Handlungskonzept Stadtbäume. Sie wissen aus dem Programm RE:SET, Klammer auf, drittmittelfinanziert, Klammer zu, haben wir etliche Bäume, ich glaube, über 200 Klimabäume, Frau Kathe-Heppner wird es besser wissen als ich, hier in dieser Stadtgemeinde gepflanzt. Wir haben mittlerweile Trinkwasserbereitstellung an Hitzetagen, also wir haben zwei Trinkwasserbrunnen gebaut. Ich habe Ihnen in einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen berichtet, dass wir weitere Trinkwasserzapfstellen in der Stadtgemeinde Bremerhaven planen. Und wir haben auch im Rahmen der letzten Strategie bei der Umsetzung ein Klimaanpassungsmanagement bei mir im Umweltschutzamt, speziell im Klimastadtbüro angesiedelt, auch 1,5 Stellen. Jetzt wird vielleicht von der einen oder anderen Stelle kommen, oh, oh, wieder Personalmehrbedarf, wieder kommunale Haushaltsmittel. Nein, auch drittmittelfinanziert, die zwei Personen. Also von daher, es besteht schon und durchaus Möglichkeiten, drittmittelfinanziert, die Maßnahmen, die wir hier aufgeschrieben haben, umzusetzen. Das werden Sie hier auch noch mal an der Stelle sehen, ich kann nicht ganz ausschließen, dass wir an der einen oder anderen Stelle vielleicht auch mal kommunale Mittel in die Hand nehmen müssen, aber das ergibt sich auch aus der Vorlage. Ich gucke Richtung Frau Tiedemann, weil Sie es eben ansprachen. Dann wird es noch mal in die entsprechenden Gremien gehen müssen und die entsprechenden Gremien werden darüber entscheiden, ja, wir wollen diese Maßnahme oder nein, wir wollen diese Maßnahme an dieser Stelle nicht. Entschuldigung, habe ich vergessen, mein allerherzliches Dankeschön auch an alle, die sich an dieser Fortschreibung beteiligt haben, das waren hier zahlreiche Dezernate, die hier sitzen. Und insbesondere die Mitarbeiterinnen und die Mitarbeiter der Ämter, die sich daran beteiligt haben. Die auch später die Maßnahmen werden umsetzen müssen. Das ist nicht immer und ausschließlich nur mein Umweltschutzamt und mein Klimastadtbüro, ganz im Gegenteil. Das ist das Gartenbauamt, das ist aber auch der Baubereich, das ist Seestadt Immobilien, also das ist ganz breit gefächert, diese Klimaanpassungsstrategie. Und sie muss auch breit getragen werden. Und ich bin zuversichtlich, dass wir das in der Stadtgemeinde hinkriegen werden und auch gewisse Drittmittel akquirieren können, ohne dass wir den kommunalen Haushalt in entsprechender Höhe in Anspruch nehmen müssen.

Zwischenfrage Stadtverordnete KNORR:

Ich hätte noch eine Frage zu den zurückgestellten Maßnahmen. Und zwar ging es da ja um Verminderung der Versiegelung auch durch Grünbedachung, hatte ich, glaube ich, gelesen. Wissen Sie, warum die zurückgestellt wurde?

Stadträtin TOENSE:

Kann ich Ihnen jetzt so nicht beantworten, gerne melden Sie sich noch mal bei mir. Das kriege ich bestimmt erfragt, was der Hintergrund ist, aber so weiß ich es nicht ad hoc.

Zwischenfrage Stadtverordnete KNORR:

Bei den anderen wahrscheinlich dann auch nicht, oder?

Stadträtin TOENSE:

Bei welchen? Also Entsiegelung steht ja drin weiterhin, Sie meinen wahrscheinlich Dachbegrünung speziell? Entsiegelung steht drin, und zwar nennt sich das Konzept dann „Modellhafte naturbasierte Umgestaltung öffentlicher Räume“ und im Rahmen dessen geht es auch um Entsiegelung. Das wäre heute eine Frage gewesen, ich gucke Richtung Herrn Kocaaga, die er nicht mehr in der Fragestunde bringen konnte.

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Frau Toense, ich schließe mich dem Dank, den Sie gerade ausdrücklich an alle Mitarbeitenden ausgesprochen haben, ausdrücklich an. Das ist ein Gemeinschaftswerk, das wird auch weiterhin in Zukunft gemeinschaftlich fortgesetzt werden müssen. Ich will Ihnen ein bisschen widersprechen, nach unserem Dafürhalten müssten wir tatsächlich auch eigene städtische Mittel einsetzen. Wobei ich jetzt nicht die Haushaltsdebatte wieder aufmachen möchte. Mir ist durchaus die Notlage bekannt. Gleichwohl ist das ja nun eine Pflichtaufgabe und Sie kennen die Geschichte am besten, jeder eingesetzte Euro jetzt erspart uns in Zukunft 6 bis 8 Euro, die wir zukünftig nicht ausgeben müssen, um die Folgen des Klimawandels bekämpfen, bezahlen zu müssen am Ende. Es wäre auch schön, wenn wir jenseits des Einsatzes eigener Mittel, eigene Möglichkeiten nutzen würden. Wir haben gerade im B-Plan 500 die Werft beschlossen. Ich habe mich da nicht mehr gemeldet, weil ich es im Bauausschuss schon mal gesagt habe. Man muss da natürlich dann auch mal klimaschützende Vorgaben machen in Bebauungsplänen und sich das trauen. Das ist in dem B-Plan 500 nicht der Fall gewesen, zur Dachnutzung maximal 50 Prozent der Fläche, nicht wie im Land vorgegeben 100 Prozent, keine Vorgaben zur Energieversorgung oder zur Wärmeversorgung et cetera, et cetera, et cetera. Auch da wäre natürlich die Möglichkeit gegeben gewesen, klimaschützende Festsetzungen oder Anordnungen festzusetzen, das ist leider unterblieben. Unabhängig hiervon, gemeldet habe ich mich ursprünglich eigentlich wegen Frau Tiedemann. Frau Tiedemann, ich habe ein Déjà-vu, wir standen das letzte Mal im Fischereihafen, da ging es um die Vorlage 57/2025, da sollten wir im Rahmen der Klimaschutzstrategie die jährliche Berichterstattung zur Kenntnis nehmen und noch einen kleinen Beschluss hinter machen. In Ihrem Redebeitrag dort habe ich Sie als den menschengemachten Klimawandel leugnend wahrgenommen. Und habe das auch so gesagt hinterher, nachdem ich mich dort gemeldet habe. Sie sind später reingegangen, ergänzen Sie es bitte, wenn ich das falsch erinnere, und haben sich dagegen gewehrt, Sie seien keine Klimaleugnerin, haben Sie wörtlich gesagt. Sie haben aber nicht gesagt, dass Sie an den menschengemachten Klimawandel glauben. Ja, das ist schon Teil der Debatte, weil so eine Klimaschutzstrategie schon davon ausgeht, dass die wissenschaftlichen Grundlagen beachtet werden. Und die

wissenschaftlichen Grundlagen sagen eindeutig, dieser Klimawandel ist menschengemacht. Darauf gab es dann einen Post meiner Fraktion, den Sie, das ist ja auch nichts Neues, beklagen gerade. Das können wir natürlich vom Gericht ausfechten. Ich könnte Ihnen jetzt aber was anderes anbieten. Stellen Sie sich doch einfach hier hin und sagen: „Ja, ich, wir, meine Fraktion glauben an den menschengemachten Klimawandel.“ Es ist völlig unstrittig in der Wissenschaft, und das ist ja normalerweise die Grundlage unserer Arbeit, dass der Klimawandel voranschreitet und er natürlich menschengemacht ist. Ich biete Ihnen an, kommen Sie her, stellen Sie sich hier hin und sagen: „Ja, meine Fraktion glaubt an den menschengemachten Klimawandel.“ Darauf nehmen wir den Post, den Sie so kritisieren, selbstverständlich zurück. Und dann können wir den Rechtsstreit sofort erledigen.

Zwischenfrage Stadtverordnete TIEDEMANN:

Herr Kaminiarz, ich zitiere aus meinem Redebeitrag eben: „Wir stehen vor klimatischen Veränderungen und diesen muss auch die Stadt gewachsen sein.“ Ich denke, das sagt ganz klar aus, wie wir zum Klimawandel stehen und es braucht nicht eines weiteren Zusatzes, nur weil Sie mit dieser Antwort nicht zufrieden sind und ein Glaubensbekenntnis daraus machen. Wollen Sie zur Kenntnis nehmen, Herr Kaminiarz, dass ich den Satz genauso eben gesagt habe in meinem Redebeitrag?

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Ja. Frau Tiedemann, ja, es geht nicht darum. Es geht darum, dass Sie den menschengemachten Klimawandel nach meiner Meinung leugnen. Und das meine ich nach wie vor. Ich fordere Sie auf, sagen Sie: „Dieser Klimawandel beruht auf menschlichem Handeln.“ Und dann ist die Sache sofort erledigt. Nochmals meine Aufforderung, lassen Sie uns das ganz schnell erledigen, das ist ein einziges Wort, das Sie dazusetzen möchten. Menschengemacht fehlte eben, das ist der Punkt, warum ich hier stehe, warum ich Ihnen dieses nette Angebot mache, weil ich glaube, da sind Sie auch einig, wir sollten uns nicht, gerade in der Opposition vor das Gericht ziehen. Ein Angebot, denken Sie darüber nach oder machen Sie so weiter. Bei mir bleibt der Eindruck, Sie leugnen den menschengemachten Klimawandel.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Klimaanpassungsstrategie Land Bremen, auch Stadt Bremerhaven, für uns eine wichtige Strategie, wo wir auch uns intensiv auseinandersetzen müssen, weil ein Zukunftsthema und Zukunft unseres Landes, unserer Gesellschaft, damit abhängig ist. Und Klimaanpassung unverzichtbare Maßnahmen, wo wir auch unsere Kommunen dafür einsetzen müssen. Ich wollte gerne ein paar Schwerpunkte nennen, wo wir auch hier in Bremerhaven besonders Schwerpunkt genannt ist, zum Klimaanpassung Verkehr. Wir sind in der Kommune Bremerhaven weit entfernt von dem Ziel. Ich hoffe, dass wir auch in Zukunft uns besser damit engagieren. Wir sind auch als Partei dabei, ein Entwicklungskonzept verfügbar zu stellen. Und gleichzeitig Schwammstadt Bremerhaven ist wieder von Ziel, was bedeutet Schwammstadt? Wald wird entfernt, die Begrünung Bremerhaven ist etwas entwickelt, muss man auch sehen, das ist ja richtig so. Bebauung und Begrünungsstellen, zum Beispiel hinter der großen Kirche, den Parkplatz, schade, dass wir auch Regenwasserregenerierung nicht verbunden ist. Das hatte ich auch mir gewünscht, aber das ist immerhin ein gutes Projekt in Bremerhaven, was die Versiegelung betroffen hat, geschafft haben. Gleichzeitig die Gewässer in Bremerhaven und Moore in Bremerhaven ist das auch wichtiger Punkt, wo wir auch kommunale Mittel gar nicht brauchen. Zum Beispiel die Moore, Vernässung der Moore und Wiedergewinnung der Moorfläche als vernässte Moorflächen, benötigt man nur Bundesmittel. Und damit kann man auch die Moore wieder vernässen. Ich bin persönlich auch engagiert, dieses Konzept von

Landesebene auch zu entwickeln. Ich habe auch einen Termin mit Bundesumweltamt. Würden wir gemeinsam dahin gehen und gucken, diese 20 Prozent staatliche, 80 Prozent private Hand steht, wenn man das Bundesmoorschutzgesetz genug finanzielle Mittel verfügbar stellen könnte, könnte man vielleicht diese privaten Teile auch staatlich kaufen können und komplett vernässen können. Wo auch große Rolle für die Starkregenzustände auch spielen würde. Gleichzeitig die Gewässer in Bremerhaven, das ist auch wieder mit Bundesmitteln möglich, braucht man keine kommunalen Mittel dafür, dass man die Gewässer in Bremerhaven ökologisch und chemische Unterhaltung im Auge behalten kann. Und entsprechende biologischer und chemischer Zustand erreichen könnte. Ein Punkt ist hier dabei sehr wichtig, der Klimacheck, das ist wirklich, ob das in Bremerhaven realisierbar ist, weiß ich nicht, würden wir auch gucken. Das bedeutet, Klimacheck ist ein Programm, dass in Bremen Senatsvorlage, in Bremerhaven, wahrscheinlich Magistratsvorlage, dass man über den Klimacheck prüfen soll, ob man das Klima anpassen, relativ gut ist oder wo man Änderung durchführen sollte. Von daher, Magistratsvorlagen sollen zukünftig auch in dem Klimacheck geprüft werden. Wir sind verpflichtet, die gesamten Maßnahmen hier in Bremerhaven zu realisieren und im Auge zu behalten. Und das Klimaanpassungsmanagement, ich bin auch davon informiert, zwei Stellen geschaffen, dass der von Bundesmittel verfügbar gestellt ist, das ist auch schon guter Schritt für Bremerhaven. Das ist Aufgabe für uns alle, müssen wir alle uns engagieren und Klima in Bremerhaven in den Fokus nehmen und bearbeiten.

Stadtverordneter MIHOLIC:

Ja, bitte keine Schockstarre oder Schnappatmung kriegen beim Wort Klima. Das hier ist doch eine recht sachliche Vorlage gewesen, daher kann ich keiner Weise nachvollziehen, wie die Debatte hier so boulevardisiert wurde. Ich nenne mal ein paar Stichworte aus den Schlüsselmaßnahmen: Schwammstadt, Überflutungsgefährdung, Unterhalt von Gewässern, schutztechnische Infrastruktur, klimagerechte Anpassung, Grünflächenmanagement, Stadtbäume, Entsiegelung, Hitzeschutz, Anpassung der Moore, Wälder, Drittmittel. Das Wording wird zu Unrecht konnotiert. Ich sehe in der Vorlage nur eine Stadt, die versucht, mit der Zeit zu gehen. Und ich weise auf das Schärfste zurück, hier so ein großes Fass aufzumachen. Das ist eine sachliche Vorlage. Und ich bin von Grün und BD daher in keiner Weise überrascht, dass man aus einem Sachthema ein Niveau-Limbo veranstaltet. Wir arbeiten sach- und lösungsorientiert. Die Stadtverordnetenversammlung ist nicht das Stadttheater. Man sollte aufhören, das Stadtparlament so zu verhunzen. Wo zur Hölle ist das Problem in dieser Vorlage, aus all diesen Wortbeiträgen erschließt es sich mir immer noch nicht. Deswegen stimmen wir der Vorlage zu und cry me a River, Sie haben ja Ihre Rechtsstreitereien offen.

Stadtverordneter SCHOTT:

Wir reden hier über die Klimaanpassungsstrategie. Wir als CDU Bremerhaven mit unseren Koalitionspartnern stehen voll hinter diesem Antrag. Und bedanken uns auch bei Frau Toense und ihrem gesamten Team, was hier passiert ist, und all, die beteiligt waren an diesem Stück Papier. Und wir müssen es einmal deutlich hervorheben, dass wir hier in dieser Klimaanpassungsstrategie ein fortlaufendes Projekt haben. Und wenn man sich die mal wirklich anguckt, werden dort 13 Punkte, die wir zu bearbeiten haben, nur für die Stadt Bremerhaven hervorgehoben. Selbst das Land Bremen hat weniger und auch die Stadt Bremen hat weniger. Also auch unserer Regierungskoalition ständig vorzuwerfen, dass wir nichts für das Klima tun und für die Umwelt, ist damit gegen ad absurdum geführt worden. Mehr kann man das nicht zeigen, was wir verändern wollen. Und jetzt können wir natürlich diese Vorlage nehmen, um Nebenschauplätze aufzumachen. Das ist aber der falsche Platz, wir werden daher diesen Antrag vollständig unterstützen.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Herr Kaminiarz, menschengemachter Klimawandel sei unstreitig, alle Wissenschaftler sind nach Ihrer Meinung der gleichen Auffassung. Außer die Verschwörungstheoretiker, völlig richtig, aber auch andere, wie zum Beispiel der US-Präsident mit der gesamten neuen US-Regierung, das EIKE-Institut und viele andere Wissenschaftler. Also es ist auf keinen Fall unstreitig unter allen Wissenschaftlern, das ist völliger Quatsch. Unstreitig ist viel mehr, dass wir mittlerweile 8 Mrd. Menschen auf der Erde haben statt 1,2 Mrd. im Jahre 1900. Und dass diese natürlich mehr Ressourcen verbrauchen, auch mehr Dreck machen, das ist unstreitig. Der menschengemachte Klimawandel, Herr Kaminiarz und die Grünen und auch einige andere hier, das ist nichts als Ihre Ideologie. Das ist Ihr Heiliger Gral. Menschengemachter Klimawandel, wer daran zweifelt, ist eben Klimaleugner, er ist Gotteslästerer, der ins Fegefeuer der politischen und medialen Öffentlichkeit gehört. Eine solche falsche Religion oder auch Ideologie gab es schon einmal. Dazu könnte man dann schlussendlich sagen, mit den Grünen und mit den anderen, die daran glauben, zurück ins Mittelalter, würde ich sagen, gute Fahrt.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Es gibt keine weiteren Wortbeiträge. Frau Tiedemann, Sie hatten den Antrag gestellt, den Beschlussvorschlag getrennt abzustimmen. Wir haben – ich glaube, das hatten wir bereits in der letzten oder vorletzten Stadtverordnetenversammlung erörtert – dass der Beschlussvorschlag in der Vorlage ein einheitlicher Vorschlag ist und nicht aufgesplittet werden kann. Sie haben selbstverständlich die Möglichkeit, einen Änderungsantrag zu stellen, etwa im Sinne von: „Wir beantragen, dass Absatz 2 wie folgt geändert wird“ oder „... gestrichen wird“. Diese Möglichkeit besteht. Eine getrennte Abstimmung der einzelnen Beschlusspunkte ist jedoch nicht möglich. Dieses Thema hatten wir, wie gesagt, bereits in einer früheren Sitzung. Ich gebe Ihnen gleich das Wort, aber zunächst war ich noch dran. Ich wollte nicht einfach darüber hinweggehen und sofort in den Beschlussvorschlag einsteigen. Frau Tiedemann, die Möglichkeit, die Sie haben, habe ich Ihnen soeben aufgezeigt.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Herr Stadtverordnetenvorsteher, vielleicht sehe ich das Ganze hier falsch, vielleicht habe ich die falsche Vorlage, dann korrigieren Sie mich gerne. Aber ich sehe hier Beschlussvorschlag 1, 2 und 3. Und damit kann man beantragen, dass die Beschlusspunkte einzeln abgestimmt werden. Das, was die letzten Male war, was strittig war, da ging es um einen Beschlussvorschlag, der in sich gesplittet werden sollte. Wir haben hier allerdings drei verschiedene Beschlussvorschlagselemente sozusagen oder Spiegelstriche. Und die sind einzeln abstimmbar. Das ist der Unterschied zu den Fällen, die wir die letzten beide Male hatten, wo es strittig war.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Ich will mich gerne noch mal mit dem Rechtsamt kurz beraten, um zu gucken, wie wir weiter vorgehen, aber ansonsten war das meine Auffassung.

Unterbrechung von 17:03 Uhr bis 17:07 Uhr

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Also in der Beratung ist zumindest festzustellen, dass es unterschiedlichste Auffassungen dazu gibt. Aber am Ende des Tages wäre jetzt die Empfehlung, dass wir über den Antrag der getrennten Abstimmung abstimmen. (Zwischenruf) Also ich

sage Ihnen doch gerade, wie wir vorgehen, wenn Ihnen das nicht gefällt.
(Zwischenruf) Ja, die Rechtsauffassung habe ich Ihnen gerade kundgetan, wir haben uns darüber so entschieden, dass wir jetzt abstimmen. Das ist die Auffassung, die auch das Rechtsamt mit vertritt. So, damit haben Sie Ihre Antwort.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, dann lassen Sie mich bitte nicht nur bekunden meine Irritation darüber, wie wir in den vergangenen Jahren mit Vorlagen und Anträgen umgegangen sind, in denen wir nur auf einfachen Antrag, auf Zuruf einer einzigen Person in diesem Haus einzelne Beschlusspunkte einzeln haben abstimmen lassen. Und ich denke, jeder hier wird sich an entsprechende Fälle erinnern. Warum dieses Prozedere, ohne dass uns erklärt wird, inwieweit die Geschäftsordnung sich dahin gehend geändert hat, warum das Verfahren jetzt geändert wird. Denn wir haben in den letzten Jahren immer wieder Anträge und Vorlagen gehabt, in denen wir das Ganze einzeln haben abstimmen lassen, wenn ein Punkt einzeln aufgeführt war. Es ist verständlich, dass man einen Beschlusspunkt, einen einzelnen, nicht in sich brechen kann. Aber, und das haben wir die letzten Jahre immer so gehandhabt, hat ein Antrag oder eine Vorlage mehrere Beschlusspunkte, war es immer möglich, ohne Diskussion, die Punkte einzeln abstimmen zu lassen. Und von daher, bitte erklären Sie, inwieweit sich die Geschäftsordnung seitdem geändert hat oder inwieweit das Rechtsamt jetzt plötzlich zu einer anderen Auffassung kommt. Das würden wir doch sehr gerne jetzt hier und heute erfahren.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Genau, weil wir in dem Gespräch mit dem Rechtsamt nicht vor 25 Jahren oder 15 Jahren, sondern jetzt kürzlich erst so weit die Erkenntnis erlangt haben, dass es in Teilen nicht möglich ist, getrennte Abstimmungen vorzunehmen. Und dem versuche ich an dieser Stelle Rechnung zu tragen. Gleichzeitig haben wir uns gerade eben nochmals beraten, ich habe ja gesagt, ich unterbreche kurz die Sitzung zur Beratung. Und da war dann die Auffassung, es ist dann sinnvoll, den entsprechenden Beschluss darüber fassen zu lassen.

Stadtverordnete RASCHEN:

Ich habe mal eine Bitte, kann man das im Nachgang prüfen. Wir reden hier 20 Minuten über dieses Verfahren. Der erste Punkt ist Kenntnisnahme, es sind zwei Abschlüsse, die Mehrheiten stehen, dann wären wir schon lange durch gewesen. Also wir reden hier seit 20 Minuten dann über nichts. In der Bremischen Bürgerschaft wird übrigens auch so verfahren.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss (Ziffer 1 der Vorlage):

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Senatsbeschluss vom 08.07.2025 zur Klimaanpassungsstrategie 2025 für das Land Bremen und die Stadtgemeinde Bremen zur Kenntnis.

Beschluss (Ziffer 2 der Vorlage):

2. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Endfassung der Klimaanpassungsstrategie Bremen-Bremerhaven 2025 zu und beschließt die

Umsetzung der Klimaanpassungsstrategie für Bremerhaven, soweit im Kapitel „Schlüsselmaßnahmen für die Stadtgemeinde Bremerhaven“ enthalten.

Der Beschluss ergeht bei 2 Nein-Stimmen (AfD).

Beschluss (Ziffer 3 der Vorlage):

3. Die Stadtverordnetenversammlung bittet alle federführenden Organisationseinheiten und Betriebe, die Umsetzung der Schlüsselmaßnahmen der Klimaanpassungsstrategie im Rahmen der verfügbaren Mittel entschieden voranzubringen.

Der Beschluss ergeht bei 6 Nein-Stimmen (BD, AfD).

**TOP 3.7 Änderung der Ausschussbesetzung
(Einzelstadtverordnete Baltrusch, Neuhaus und Schäfer)**

StVV - V 73/2025

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Einzelstadtverordnete Baltrusch gem. § 41 Abs. 2 GOSTVV in folgenden vier Ausschüssen einen Sitz als beratendes Mitglied erhält:
 - Ausschuss für Schule und Kultur
 - Bau- und Umweltausschuss
 - Ausschuss für öffentliche Sicherheit
 - Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass der Einzelstadtverordnete Schäfer gem. § 41 Abs. 2 GOSTVV in folgenden vier Ausschüssen einen Sitz als beratendes Mitglied erhält:

- Ausschuss für Schule und Kultur
- Bau- und Umweltausschuss
- Finanz- und Wirtschaftsausschuss
- Ausschuss für Sport und Freizeit

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass der Einzelstadtverordnete Neuhaus gem. § 41 Abs. 2 GOSTVV in folgendem Ausschuss einen Sitz als beratendes Mitglied erhält:

- Ausschuss für öffentliche Sicherheit

Der Beschluss ergeht einstimmig.

**TOP 3.8 Regionalforum Unterweser
Hier: Neustrukturierung der Gremien**

StVV - V 64/2025

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Ich war vor einigen Jahren mal auf einer solchen Sitzung dieses Unterweser-Forums. Da gehörte, meiner Erinnerung nach, sogar noch die Stadt Delmenhorst dazu. Ich habe mich damals schon gefragt, was das Ganze soll, und frage mich das heute immer noch. Insbesondere wenn ich hier die Vorlage lese, wo Sie dann erkennen können, dass die Stadt Brake und der Landkreis Wesermarsch, der also den gesamten Bereich von Nordenham bis Delmenhorst quasi bespielt, ausgetreten ist. Stattdessen aber die Börde Lamstedt und die Ortschaft Hemmoor oder Gemeinde Hemmoor dem beitreten soll oder schon beigetreten ist. Also Lamstedt und Hemmoor gehören gerne in ein Regionalforum, aber doch dann bitte mit Hamburg, Cuxhaven und der Elbe. Also stellt sich die Frage, was macht das Ganze hier für einen Sinn? Aus meiner Sicht gar keinen. Und wenn Sie oder wen wir dann noch lesen „keinerlei finanzielle Auswirkungen“, ha ha, kann ich nur sagen, das glaube ich nicht, weil alleine schon Reisekosten dadurch entstehen, dass der Oberbürgermeister dahinfährt und auch andere. Und hier ist ja auch von einer Geschäftsstelle die Rede, die muss ja auch irgendwie bezahlt werden. Vielleicht glücklicherweise nicht von Bremerhaven, mag ja sein, aber bestimmt vom Steuerzahler. Also von daher ist das Ganze Quatsch, wir brauchen nicht noch eine Institution, wo wir wieder Leute hin übersenden, die durchaus dann auch Kosten und Ressourcen verbrauchen, sei es auch nur ihre Arbeitszeit. Insoweit bitte ich darum, um Einsicht, dass wir hier diese ganze Sache beerdigen.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die anliegende „Vereinbarung zur Neustrukturierung des Regionalforum Unterweser“.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der „Geschäftsordnung des Regionalforum Unterweser“ zu.

Der Beschluss ergeht bei 2 Nein-Stimmen (AfD) und 6 Enthaltungen (GRÜNE+P, Kocaaga).

**TOP 3.9 Freizeit- und Kulturkarte - "Bremerhaven-Karte"
hier: Beendigung des Angebots**

StVV - V 65/2025

Stadtverordnete BRINKMANN:

Die 2011 eingeführte Bremerhavener Karte war seinerzeit sicherlich eine sinnvolle Entscheidung, um auch finanziell nicht gut gestellten Bürgern den Zugang zu Freizeit und Kultur zu erleichtern. Jedoch fand das Angebot nicht den erhofften Anklang, lediglich 2.400 Monatskarten wurden in nicht ganz 15 Jahren verkauft, also ca. 13 Karten monatlich. Die vereinnahmten Erlöse abzüglich Sachkosten von ca. 65.000 Euro, Personalkosten konnten ja nicht beziffert werden, stehen in keinem Verhältnis zum Aufwand. Man darf auch nicht vergessen, dass die meisten kulturellen und Freizeiteinrichtungen auch ermäßigte Karten anbieten für Menschen, die zum Beispiel Sozialleistungen beziehen oder finanziell nicht so gut gestellt sind. Daher halten wir, die Fraktion Bündnis Deutschland, die Einstellung des Angebots Bremerhaven-Karte und die Zuführung des sich nach Abrechnung des Jahres 2025 ergebenen

Mittelbestands, des entsprechenden Verwahrkonto des Haushaltes zum Zweck der Gesamtdeckung, halten wir für sinnvoll.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Einstellung des Angebots der Freizeit- und Kulturkarte „Bremerhaven-Karte“ zum 31.12.2025 und die vorgesehene Zuführung des sich nach Abrechnung des Jahres 2025 ergebenden Mittelbestands des entsprechenden Verwahrkontos zum Haushalt zum Zweck der Gesamtdeckung zur Kenntnis.

TOP 3.10 Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Behandlung von Petitionen auf kommunaler Ebene

StVV - V 75/2025

Stadtverordneter TIMKE:

Die heutige Vorlage zur Änderung des Ortsgesetzes über die Behandlung von Petitionen ist in mehrerlei Hinsicht eine doch sehr außergewöhnliche Vorlage. Es geht ja bei der Modifizierung des Petitionsrechts um insgesamt 24 kleinere und größere Gesetzesänderungen. Und da stellt sich zunächst für mich die Frage, weshalb diese Änderungen nicht wie ansonsten auch üblich, im Rahmen einer Synopse kenntlich gemacht wurden, um auch eine bessere inhaltliche Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten. War es nun Absicht, hier die Opposition, ja, ein bisschen mehr arbeiten zu lassen oder die Arbeit zu erschweren? Man weiß es nicht. Wir werden ja heute noch über einen Antrag debattieren, über eine Gesetzesänderung zur Hundesteuer. Und da fällt auf, dass diese Änderungen in einer Synopse dargestellt worden sind, im Rahmen einer Gegenüberstellung deutlich gemacht worden sind. Und da frage ich mich, warum konnte das bei dieser Vorlage jetzt nicht passieren. Wer legt eigentlich hier in der Stadtverordnetenversammlung fest, wie Gesetzesänderungen hier für dieses Gremium aufbereitet werden müssen. Aber das erst mal nur zu der organisatorischen Kritik. Ich fand es viel bemerkenswerter, dass diese Gesetzesnovelle, die wir bekommen haben, doch über eine ungewöhnliche Art das Licht der Welt erblickt hat. Denn der Verfassungs- und Geschäftsausschuss hat in seiner Sitzung am 02. September dieses Jahres genau diese Vorlage vorgelegt bekommen, die vorher weder Gegenstand der Ausschussberatung war noch aus einem konkreten Anlass heraus erstellt worden war. Es gab keine vorherige Problematik, die als Ursprung für diese Gesetzesänderung, ja, Pate war, so will ich das mal sagen. Ungewöhnlich ist diese Vorlage auch, weil es keine Vorlage war, die von Fraktionen eingebracht wurde. Das ist ja normal immer der Fall, dass in den Ausschüssen Vorlagen der Fraktion beraten werden und danach hier in die Stadtverordnetenversammlung gingen. Nein, diese Vorlage ist ausschließlich durch den Stadtverordnetenvorsteher eingebracht worden als Gesetzesvorschlag. Und in der Vorlage wurde ja auch darauf hingewiesen, dass das Rechtsamt im Zuge der Erarbeitung der Novellierung eingebunden war und das Ortsgesetz modifiziert hat. Und da stellt sich eine weitere Frage für mich, wer eigentlich das Rechtsamt gebeten hat, diese Vorlage juristisch zu begleiten, denn der Fachausschuss war es definitiv nicht, denn wir sind ja selbst von dieser Vorlage überrascht gewesen. Aber genau das wäre ja Aufgabe des Fachausschusses gewesen, das auch entsprechend zu beschließen. Die Erarbeitung von Gesetzesvorlagen ist eben nicht eine Aufgabe des Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrter Herr von Haaren. Was Sie da geritten hat, so eine Vorlage ohne vorherigen und ausdrücklichen Wunsch, zu erarbeiten und einzureichen, das wird vermutlich für

immer Ihr Geheimnis bleiben, denn auf Nachfrage im Verfassungsausschuss konnten Sie da auch keine nachvollziehbare Antwort drauf geben. Und jetzt komme ich mal zum Inhalt der Vorlage, ich zitiere mal aus der Gesetzesnovelle, so wie sie heute beschlossen werden soll. Ich beziehe mich da auf § 4. Dort soll es zukünftig heißen: „Der Petitionsausschuss leitet Petitionen, die nicht in seinen Zuständigkeitsbereich fallen, in der Regel an die zuständigen Stellen weiter. Eine Beschlussempfehlung gemäß § 11 erfolgt nicht.“ Wenn da jetzt mit gemeint ist, dass der Stadtverordnetenvorsteher als Vorsitzender des Petitionsausschusses die alleinige Entscheidung trifft, ob eine Vorlage in die Zuständigkeit fällt oder nicht, dann werden wir diese Vorlage ganz klar ablehnen, denn die Beurteilung und Entscheidung, ob sich der Petitionsausschuss hierfür zuständig erklärt oder nicht, obliegt nicht einer Person, sondern das obliegt dem Fachausschuss in Gänze. Denn die Petition, mag sie sinnvoll sein, mag sie nicht sinnvoll sein oder mag sie berechtigt sein, mag sie nicht berechtigt sein, diese Frage hat nicht einer zu beantworten, sondern der Ausschuss. Und die Petition richtet sich ja auch nicht an den Vorsitzenden, sondern sie richtet sich quasi an das Beschlussgremium, nämlich den Petitionsausschuss in Gänze. Und dann hat auch dieser hier tatsächlich die Entscheidung zu treffen. Und daher beantragen wir, Obacht, Herr Allers, getrennte Abstimmung, einmal über Art. 1, Abs. 1.2 B, das betrifft nämlich eben den in Rede stehenden § 4 des Ortsgesetzes und andererseits über den Rest der vorgelegten Änderungen.

Stadtverordnete SCHILLER:

Wir von Bündnis 90/DIE GRÜNEN+P werden diese Vorlage auch ablehnen, denn diese Gesetzesnovelle ist mit uns vorher, auch bevor sie in den VuG kam, nicht besprochen worden, also es hat keinerlei Rücksprache mit der Opposition gegeben. Es gibt keine ordentliche Synopse, also das dauert wirklich lange, sich diese Änderungen, die da aufgeschrieben sind, also das muss man alles im Einzelnen noch mal aus dem Gesetz rausnehmen, dann gibt es noch ein zweites Dokument und so weiter. Normalerweise findet man zu solchen Gesetzesänderungen eine Synopse, wo man klar sieht, was soll verändert werden. Und wo da dann auch dabei steht, warum genau dieser Punkt verändert werden soll. Für mich geht nicht hervor, warum diese Änderungen hier überhaupt nötig waren, es ist nicht genau erklärt, welche Fälle es irgendwie gab, die zeigen, dass das Gesetz an der Stelle irgendwo ein Problem produziert hat und es deswegen geändert werden muss. Also es ist nicht klar, woher die Ideen zu diesen Änderungen kommen. Es ist mir nicht ersichtlich, nach welchem Konzept die erfolgen. Und es ist eben auch der Opposition, also für mich als ehrenamtliche Oppositionspolitikerin hat es sehr viel Zeit gekostet, mich da überhaupt durchzulesen. Dann finden wir einige Änderungen im Inhalt auch problematisch, nämlich die allerwichtigste Änderung, die dieses Gesetz gebraucht hätte, die fehlt komplett, nämlich eine Stärkung der Rechte der Petent:innen in dem Sinne, dass sie Rederecht erhalten im Petitionsausschuss, das haben wir schon mehrfach beantragt als Fraktion. Es ist aber leider immer abgelehnt worden. Jetzt ist schon wieder eine Chance vertan, den Petent:innen hier mehr Rederecht zu geben. Und auch ein weiteres Beispiel für eine problematische Änderung aus unserer Sicht ist, dass ein Satz gestrichen wurde, der den Petent:innen explizit die Möglichkeit gibt, binnen zwei Wochen auf die Stellungnahme des Magistratsmitglieds noch mal zu antworten. Wir haben natürlich als Opposition entsprechende Nachfragen dann gestellt. Ich habe das tatsächlich nicht verstanden, warum das notwendig sein soll. Es geht für mich auch nicht hervor, also für mich sieht das so aus, als würde hier wieder ein Recht der Petent:innen zumindest abgeschwächt, das finde ich nicht in Ordnung. Und generell sehen wir, ja, Petitionen, also dass keine Stärkung der Stellung der Petent:innen durchgeführt wurde. Genau, deswegen lehnen wir diese Änderungen ab.

Stadtverordnete MILCH:

Herr Timke, ich weiß gar nicht, wie Sie darauf kommen, zu sagen, warum denn eigentlich der VuG-Ausschuss oder der Stadtverordnetenvorsteher als Vorsitzender eines Ausschusses eine Vorlage in den VuG einbringt, ohne dazu aufgefordert zu sein. Jetzt frage ich mich, ob alle anderen Dezernenten in ihren Ausschüssen nur Vorlagen einbringen, wenn der entsprechende Ausschuss sie dazu aufgefordert hat. Also ich weiß nicht, Herr Charlet im Bauausschuss wird wahrscheinlich sehr interessant, wenn Sie jetzt nur noch Vorlagen schreiben, wenn der Ausschuss Sie dazu auffordert. Also, Vorlagen einbringen, das ist der richtige Weg. Und dann ist es ja im Ausschuss besprochen worden. Also Herr Timke, Sie haben gesagt, der Ausschuss wurde nicht beteiligt. Doch, mit einem Entwurf. Und dann steht es dem Ausschuss ja völlig frei, darüber zu debattieren, Änderungsanträge einzubringen und darüber zu befinden. Also theoretisch hätte ja auch eine Ablehnung, Aussetzung, Erweiterung, Streichung, wie auch immer, erfolgen können. Sie haben selber vorhin das Wort mit dem Hundesteuerortsgesetz in den Mund genommen. Das ist bisher auch nicht im Ausschuss, jetzt muss ich überlegen, Finanzausschuss, weil es von dort eingebracht wurde, ja, öffentliche Sicherheit, aber Steuerortsgesetz, Finanzausschuss, es ist auch jetzt hierher gekommen. Und hier wird dann debattiert und darüber befunden. Ähnliches Beispiel aus dem VuG-Ausschuss, wir fordern auch nicht den Stadtverordnetenvorsteher auf, jedes Mal zu Beginn einer Legislaturperiode die Geschäftsordnung neu vorzulegen. Da kommt die Initiative und dann geht das in den normalen Verlauf.

Zwischenfrage Stadtverordneter TIMKE:

Stimmen Sie mir zu, dass der Stadtverordnetenvorsteher nicht Teil des Magistrats ist und daher Ihr Vergleich hinkt, weil der Stadtverordnetenvorsteher als Vorsitzender des VuG-Ausschuss in einer Sonderstellung sich befindet?

Stadtverordnete MILCH:

Und er ist Vorsitzender eines Ausschusses. Und der Ausschuss soll Vorlagen behandeln oder ist er nur Dekoration? Die er logischerweise einbringen muss. Also auch dann wird der VuG-Ausschuss demnächst, glaube ich, ziemlich arbeitslos, wenn er nur noch auf Beschlüsse des VuG-Ausschusses, der nicht einberufen wird, weil es noch keine Arbeitsaufträge gibt. Also der Vergleich, finde ich, bei Ihnen hinkt etwas. Aber gut, Sie haben sich dann darauf bezogen auf den § 4, der geändert werden soll. Also ich gebe zu, eine Synopse ist natürlich einfacher zu überblicken und zu verstehen. Aber wenn man sich die Änderung durchliest, hat man einmal die Änderung die vorgenommen werden und dann gab es eine Anlage, wo auch noch mal die Änderungen begründet werden. Das war jetzt nicht so schwierig zu lesen. Und dann sage ich als Beispiel noch mal, der § 4 zum Beispiel sagt, dass Petitionen, die nicht richtig sind im VuG-Ausschuss, weil die Petition hier keine Zuständigkeit hat, dann an die zuständige Stelle weitergewiesen werden kann. Wenn wir das nicht machen, bedeutet das, es wird eine Petition eingereicht und es ist ersichtlich, die gehört zur Bremischen Bürgerschaft, weil sie Landesthemen betreffen. Dann muss hier jetzt erst die Petition abgewiesen werden. Mit dieser Änderung können wir dafür sorgen, dass die von hier direkt zuständigkeitshalber dorthin überwiesen wird. Das ist jetzt mal ein Beispiel daraus. Ja, ich glaube, das waren die Punkte, die Sie angesprochen haben. Von daher, also wir bitten, das zu unterstützen, weil es ist der richtige Weg. Wir haben im VuG-Ausschuss das inhaltlich debattiert. Wir haben es hier heute noch mal. Und wir finden, es ist der richtige Weg.

Stadtverordneter MIHOLIC:

Die Kritik an einer fehlenden Synopse teile ich ausdrücklich nicht. Die Anlage 2, Begründung, hat eine einfache und genaue Darstellung der Änderung hervorgebracht. Ich fand, damit konnte ich ganz gut leben. Und ein kleiner

Geheimtipp, wenn man ein wenig überfordert damit, das noch mal abzugleichen mit dem aktuellen Petitionsortsgesetz, gibt es ja auch eine künstliche Intelligenz, in der man es eintippen könnte. Ich finde, wir haben in dieser Legislatur die Petenten gestärkt. Ich finde es daher auch unangemessen, dass nun ein Mythos aufgezogen wird, wie dieser Ausschuss quasi die Anliegen der Bevölkerung quasi wegmoderieren oder ignorieren will. Wir haben Berichtersteller eingesetzt, einer aus der Koalition, einer aus der Opposition, damit hat man auch zum Teil positive Erfahrung sammeln können. Wir haben nur darauf geschaut, wie wir die Verfahren künftig noch etwas vereinfachen können. Und einige Änderungen sind doch auch quasi ganz offensichtlich, also wenn wir nun eine Forderung haben, bei der wir auf den ersten Blick schon sehen, das ist eigentlich Landesrecht, wollen wir dann wirklich die Petition noch mal dem Petitionsausschuss hier in Bremerhaven erreichen lassen oder wollen wir das nicht schneller an die passende Stelle bringen? Die Petenten haben wirklich durch dieses Mittel einen kurzen Dienstweg zu den Dezernenten bekommen. Das kann natürlich den Dezernenten auch ein gewisser Mehraufwand bedeuten. Ich persönlich finde, etwas Bürgernähe steht uns gut zu Gesicht. Daher weise ich auf das Schärfste zurück, dass nun diese Änderung hier, die ja weitestgehend auch redaktioneller Natur sind, so in dieser Art und Weise debattiert werden. Also was jetzt ein Zuschauer am Bildschirm denken soll zu der Debatte, Mensch, da gab es jetzt in einer Anlage keine Synopse, das ist doch für die Bevölkerung nicht nachvollziehbar. Daher stimmen wir dem Gesetzesentwurf so zu.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Zunächst einmal, Petitionen richten sich nicht an den Stadtverordnetenvorsteher, sondern sie richten sich an die Stadtverordnete. Von daher sind sie auch die Einzigen, die darüber entscheiden sollten, ob eine Petition angemessen ist, nicht angemessen ist, ob sie korrekt ist, nicht korrekt ist, was auch immer. Eine Petition gehört den Stadtverordneten vorgelegt und nicht durch die Hand des Stadtverordnetenvorsteher vorselektiert. Zum anderen, Herr Miholic, Frau Milch, was reitet Sie eigentlich in Ihrer Arroganz? Ganz ehrlich, Sie reden davon, dass die Synopse, dass wir einfach das nicht raffen. Nein, darum geht es nicht, meine Damen und Herren. Ja, es hätte uns Zeit erspart, aber was Sie vergessen in Ihrer maßlosen, grenzenlosen Arroganz, ist, diese Vorlagen, diese Anträge sind nicht ausschließlich für uns, sondern auch für die Bürgerinnen und Bürger da draußen. Die müssen schnell und einfach nachvollziehen können, was für Änderungen vorgenommen werden. Hier dann zu sagen, Sie würden für Bürgernähe stehen, Herr Miholic, ist absolut unter aller Sau. Tatsächlich. Denn die Bürgerinnen und Bürger, für die machen wir das. Die wollen Transparenz, die brauchen Transparenz, die müssen Transparenz haben. Also von daher erwarten wir, dass bei Gesetzesänderungen immer eine Synopse dabei ist, für die Bürgerinnen und Bürger. Wir können uns das erarbeiten, der Bürger aber im Zweifelsfall nicht, der hat nämlich nicht die Zeit dazu, der hat vielleicht auch keine Lust dazu. Der möchte einfach wissen, worum geht es hier? Worüber soll entschieden werden, um sich eine Meinung bilden zu können.

Stadtverordneter KAMNIARZ:

Ich bin kein Mitglied im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss, aber ich habe das lange Jahre gemacht. Und bei den letzten Änderungen des Petitionsortsgesetzes ist man so vorgegangen, das man eine Arbeitsgruppe gebildet hat. Diese Arbeitsgruppe hat sich unter Beteiligung des Rechtsamtes, von einem Mitarbeiter dort, regelmäßig getroffen, dann einvernehmlich Änderungen vorgeschlagen und dann in den Ausschuss gebracht. Warum hier dieses Vorgehen so anders jetzt durch, offensichtlich durch den Stadtverordnetenvorsteher veranlasst worden ist, mag ich nur zu spekulieren. Es ist tatsächlich auffällig. Und ich halte sie in Anbetracht der einvernehmlichen Änderung in der Vergangenheit durchaus für hinterfragbar. Ich habe mich jetzt aber gemeldet, weil ich mir tatsächlich die

vorgeschlagenen Änderungen noch mal inhaltlich angeguckt habe. Und da sind mir mehrere Punkte aufgefallen, wo ich sagen muss, da habe ich tatsächlich Bedenken. Es sollen Petitionen unter anderem, korrigieren Sie mich, aber unter anderem dann gar nicht angenommen werden, wenn sie geeignet seien, so heißt es unter anderem im Entwurf unter § 8 im Abs. 3 Nr. 11: „Wenn sie geeignet erscheint, den sozialen Frieden zu belasten.“ Das mag durchaus sinnvoll erachten, aber das ist so eine dehnbare Formulierung, dass ich nicht weiß oder andersherum, das lädt tatsächlich dazu ein, das mit Absicht falsch zu verstehen. Und ich habe da tatsächlich aus meiner professionellen Sicht Bedenken. Genauso wie die Regelung, dass ab sofort zum Ende der jeweiligen Wahlperiode alle abgeschlossenen Petitionen von der Internetseite gelöscht werden. Ich glaube nicht, dass es mit dem Datenschutz vereinbar ist, der nicht davor schützt, zu viele Daten rauszugeben, sondern eben auch, dass Daten, insbesondere, die auf staatlicher oder auf städtischer Seite entstehen, wie hier, auch weiter einsehbar sind. Allein deswegen werden wir auch natürlich dagegen stimmen. Frau Schiller hatte eben schon gesagt, dass sie zu Recht auch am Verfahren, genauso wie andere hier im Hause Kritik üben und dagegen stimmen. Aber ich halte das auch für inhaltlich keinen gelungenen Entwurf.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der als Anlage 1 vorgelegte Entwurf des Ortsgesetzes Änderung des Ortsgesetzes über die Behandlung von Petitionen auf kommunaler Ebene wird als Ortsgesetz beschlossen.

Der Beschluss ergeht bei 15 Nein-Stimmen (BD, GRÜNE+P, MÖWEN, AfD, Baltrusch, Kocaaga).

- | | | |
|-----------------------|--|-------------------------|
| TOP
3.11 | Empfehlungen des Petitionsausschusses | StVV - V 62/2025 |
| | <u>Beschluss:</u>
Die Vorlage wird vertagt. | |
| TOP
3.12 | Rechnungslegung der Fraktionen und der Gruppe für das Jahr 2024 | StVV - V 74/2025 |
| | <u>Beschluss:</u>
Die Vorlage wird vertagt. | |
| TOP
3.12.1 | Rechnungslegung der WfB-Fraktion für das Jahr 2024 - Tischvorlage | StVV - V 80/2025 |
| | <u>Beschluss:</u>
Die Vorlage wird vertagt. | |
| TOP
3.13 | Wahl einer/eines Beisitzerin/Beisitzers im Vorstand der Stadtverordnetenversammlung | StVV - V 76/2025 |
| | <u>Beschluss:</u> | |

Die Vorlage wird vertagt.

- TOP 3.14** **Ortsgesetz zur Änderung des Hundesteuerortsgesetzes - Tischvorlage** **StVV - V 79/2025**

Beschluss:

Die Vorlage wird vertagt.

- TOP 4** **Anträge**

- TOP 4.1** **Frauenberatungsstelle Zukunft im Beruf (ZIBnet) in Bremerhaven erhalten (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P)** **StVV - AT 15/2025**

Beschluss:

Der Antrag wird vertagt.

- TOP 4.2** **Die Zukunft der Häfen in Bremerhaven (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P)** **StVV - AT 16/2025**

Beschluss:

Der Antrag wird vertagt.

- TOP 4.3** **Nutzung der Wärmepotentiale von Nordsee und Weser für die Fernwärmeversorgung von Bremerhaven (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P)** **StVV - AT 17/2025**

Beschluss:

Der Antrag wird vertagt.

- TOP 4.4** **Gebühren für die Nutzung von Außenflächen neu regeln - Abschaffung der sog. „Terrassensteuer“ (BD-Fraktion)** **StVV - AT 19/2025**

Beschluss:

Der Antrag wird vertagt.

- TOP 4.5** **Weiterentwicklung der SAIL Bremerhaven – familienfreundlicher, moderner, attraktiver (BD)** **StVV - AT 21/2025**

Beschluss:

Der Antrag wird vertagt.

- TOP 5** **Anfragen**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die folgenden Anfragen zur Kenntnis.

- TOP 5.1** **Empirische Befunde zum Bildungs- und Teilhabepaket. Expertise vom Paritätischen Wohlfahrtsverband (GRÜNE+P)** **StVV - AF 21/2025**
- TOP 5.2** **Sachstand Erstellung eines Konzeptes Städtepartnerschaften (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P)** **StVV - AF 22/2025**
- TOP 5.3** **Schülerbeförderung – Antragsstellung und Verfahrensabläufe (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P)** **StVV - AF 24/2025**
- TOP 6** **Mitteilungen**
Beschluss:
 Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die folgenden Mitteilungen zur Kenntnis.
- TOP 6.1** **Mitteilung zu Ä-AT 5/2024 Kommunale Wärmeplanung** **MIT-AT 1/2025**
- TOP 6.2** **Empirische Befunde zum Bildungs- und Teilhabepaket. Expertise vom Paritätischen Wohlfahrtsverband (GRÜNE+P) - Tischvorlage** **MIT-AF 21/2025**
- TOP 6.3** **Schülerbeförderung – Antragsstellung und Verfahrensabläufe (Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage** **MIT-AF 24/2025**

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN schließt die Sitzung um 17:37 Uhr.

 T. von Haaren
 Stadtverordnetenvorsteher

 Stadtverordnete:r

 M. Jährling
 Schriftführung